

## Großmachtpolitik ohne Großmachtressourcen: Rußlands Irak- und Nahostpolitik

Sapper, Manfred

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sapper, M. (1999). *Großmachtpolitik ohne Großmachtressourcen: Rußlands Irak- und Nahostpolitik*. (HSFK-Report, 1/1999). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-75375-7>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



HESSISCHE  
STIFTUNG  
FRIEDENS- UND  
KONFLIKT-  
FORSCHUNG

Manfred Sapper

**Großmachtpolitik ohne Großmachtressourcen.  
Rußlands Irak- und Nahostpolitik**

HSFK-Report 1/1999

**HESSISCHE  
STIFTUNG  
FRIEDENS- UND  
KONFLIKT-  
FORSCHUNG**

Manfred Sapper

**Großmachtpolitik ohne Großmachtressourcen.**

**Rußlands Irak- und Nahostpolitik**

HSFK-Report 1/1999

Januar 1999



Das Manuskript dieses Reports wurde am 14. Dezember 1998, also vor den amerikanisch-britischen Militärschlägen zwischen dem 17. und dem 20. Dezember gegen Ziele im Irak, abgeschlossen. Rußlands Reaktion auf den Vier-Tage-Krieg konnte deshalb in der vorliegenden Untersuchung nicht mehr berücksichtigt werden.

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

Dr. Manfred Sapper  
Universität Mannheim  
FKKS  
Seminargebäude A 5  
68131 Mannheim  
Telefon 06 21-2 92-52 45/-52 62  
Telefax 06 21-2 92-10 38  
Msapper@sowi.uni-mannheim.de

ISBN 3-933293-12-X

DM 12,00



## Zusammenfassung

Zwei Konflikte stehen in jüngster Zeit im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit gegenüber dem Nahen Osten. Der erste ist der Konflikt zwischen dem Irak und den Vereinten Nationen um die Durchführung der Abrüstungskontrollen, die dem Irak nach der Befreiung Kuwaits und dem Ende des zweiten Golfkriegs auferlegt worden waren. Jeweils nachdem die irakische Regierung die Tätigkeit der UN-Rüstungsinspektoren behindert und unterbunden hatte, eskalierte der Konflikt in den Jahren 1997 und 1998 mehrmals zu Krisen mit akuter Kriegsgefahr, als die Vereinigten Staaten mit Militärschlägen drohten, um das Regime von Saddam Hussein zur Einhaltung der Inspektionsbedingungen zu zwingen. Der zweite ist der israelisch-palästinensische Konflikt. Seit 1996 war der Friedensprozeß zunehmend in eine Sackgasse geraten. Im Oktober 1998 versuchten die USA mit ihrer Nahost-Initiative von Wye einen Ausweg zu finden und den Friedensprozeß wieder zu beleben.

Rußlands Einfluß auf die beiden Konflikte ist sehr unterschiedlich. Im israelisch-palästinensischen Konflikt bleibt Rußland ein unbeteiligter Zuschauer ohne Macht und Instrumentarien, um den Gang der Dinge zu beeinflussen. Dies steht im Gegensatz zu der Rolle, welche die UdSSR noch Anfang des Jahrzehnts gespielt hatte, als sie mit den USA als gleichberechtigter Ko-Sponsor den nahöstlichen Friedensprozeß in Gang gesetzt hatte. Ungeachtet der anhaltenden ökonomischen Krise und politischen Instabilität im eigenen Lande tritt Rußland im Irak-Konflikt dagegen wie eine einflußreiche Großmacht auf. In den zwei Schlüsselfragen des Irak-Problems, Abrüstung und Sanktionen, weicht Rußland von der Linie der Vereinigten Staaten deutlich ab: Kategorisch widersetzt sich die rußländische Außenpolitik einem militärischen Vorgehen gegen den Irak, um die Inspektionen zu erzwingen. Seit 1994 hat Moskau mehrere Initiativen gestartet, um die Sanktionen zu lockern, die nach dem Überfall auf Kuwait gegen Irak verhängt worden waren. In der UNO tritt Rußland als Wortführer für die Aufhebung der internationalen Sanktionen auf.

Diese Gleichzeitigkeit von Marginalisierung und Machtentfaltung ist erklärungsbedürftig. Aufgrund der fehlenden anderen Machtpotentiale wie ökonomische Stärke, Modernisierungsfähigkeit oder kulturelle Ausstrahlung ist Rußland in zunehmendem Maße nur noch dann fähig, Macht zu entfalten, wenn Konflikte oder Politikfelder im UN-Sicherheitsrat institutionalisiert sind. Die Institutionalisierung des Irak-Konflikts kommt Rußland entgegen. Hier stellt der Ständige Sitz mit Vetorecht eine wichtige Machtressource dar. Rußlands politische Elite benutzt die Vereinten Nationen, um den Großmachtstatus des Landes und außenpolitische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Diese Machtdemonstration hat eine hohe symbolische Bedeutung sowie eine innen- und eine außenpolitische Funktion.

Außenpolitisch ist der Irak-Konflikt ein Aktionsfeld, auf dem Rußland den Kurs verfolgt, der seit Jewgeni Primakows Berufung zum Außenminister im Januar 1996 zur diplomatischen Leitlinie erklärt wurde: Seitdem soll an die Stelle der als „einseitig“ verurteilten Ausrichtung Rußlands auf die USA eine „diversifizierte Außenpolitik“ treten. Die Beziehungen zu Europa, China, Japan oder zu Regionen wie Südostasien und dem Nahen Osten sollen an Bedeutung gewinnen. Damit verbunden sind eine schärfere Abgrenzung von den Vereinigten Staaten sowie das Bestreben, auf unterschiedliche Weise die Dominanz der USA im internationalen System zu begrenzen. Diese Politik der „Gegenmachtbildung“ zielt darauf, die internationale Ordnungsfigur der „Multipolarität“ zu stärken. Aus rußländischer Sicht ist diese an die Stelle der bipolaren Weltordnung aus der Zeit des Ost-West-Konflikts getreten, und von ihr verspricht sich die außenpolitische Elite Rußlands den größten Nutzen für das eigene Land. Insbe-



sondere bei der Kooperation zwischen den Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der UNO läßt sich die rußländische Politik der Gegenmachtbildung erkennen. Doch anders als während des Ost-West-Konflikts findet die Gegenmachtbildung statt, ohne daß die Kooperation mit den USA grundsätzlich in Frage gestellt würde: Analysiert man Rußlands Irak-Politik in den neunziger Jahren, so läßt sich im Verhalten gegenüber den USA als der Führungsmacht der Anti-Irak-Koalition im Golfkrieg und als dem zentralen Akteur im Sicherheitsrat eine Phase konsensualer Kooperation von einer antagonistischer Kooperation unterscheiden.

Die Gegenmachtbildung auf UN-Ebene strahlt nach Rußland zurück. Außenpolitisches Handeln ist mit der innenpolitischen Entwicklung verwoben: Nach innen wirkt die äußere Gegenmachtbildung integrierend. Im Irak-Konflikt kam es während der Winterkrise 1997/98 in Rußlands polarisiertem politischen System zu einem bemerkenswerten Schulterschuß zwischen Präsident, Regierung und der nationalpatriotisch-kommunistisch dominierten Staatsduma. Einhellig verurteilten alle ein militärisches Vorgehen. Die Demonstration außenpolitischer Handlungsfähigkeit kann vorübergehend die Abstiegs Erfahrungen des politischen Establishments kompensieren, die mit der Auflösung der UdSSR und der Zerstörung des Großmachtbewußtseins verbunden sind.

Doch Rußlands Irak-Politik ist mehr als symbolische Politik. Rußland engagiert sich für die Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak, weil es mit Frankreich und China die Meinung vertritt, daß der Irak seinen Abrüstungs- und Überwachungsverpflichtungen im Rahmen des Inspektionsregimes weitgehend nachgekommen ist. Dieses war dem Irak mit den Waffenstillstandsvereinbarungen auferlegt worden. Rußland bezieht sich auf den Nuklearkomplex und den Bereich ballistische Raketen. Hier sind die Untersuchung, Beseitigung und Vernichtung der Potentiale weitgehend abgeschlossen. Die USA oder Großbritannien dagegen beziehen sich auf die biologischen und chemischen Waffenprogramme. Hier existieren bis heute Inkonsistenzen zwischen den irakischen Angaben und den Erkenntnissen der Inspektorenteams der UN-Sonderkommission (UNSCOM).

Überdies legen Rußland und die USA die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates unterschiedlich breit aus. Die Aufhebung der Sanktionen liegt in der Kompetenz des Sicherheitsrats. Zunächst müßte darüber befunden werden, daß der Irak alle Bedingungen der einschlägigen UN-Resolutionen erfüllt hat. Für Rußland sind diese in der Resolution 687 fixiert: Es sind vor allem die Anerkennung der Grenzen und der Souveränität Kuwaits und die Zerstörung aller irakischen Massenvernichtungswaffen. Vom Sturz Saddam Husseins ist nicht explizit die Rede. Es heißt lediglich, der Irak müsse den Forderungen „aller anderen Resolutionen“ Folge leisten. Für die USA gehört dazu auch die Resolution 688. Diese verurteilt die irakische Unterdrückung der eigenen Bevölkerung, ohne daß genaue Bedingungen formuliert worden wären, welche die irakische Regierung einzuhalten hat. Mittlerweile verhehlt die Clinton-Administration nicht mehr, daß sie auf den Sturz des Hussein-Regimes zielt. Für Rußland gehört die Resolution 688 dagegen nicht zur Geschäftsgrundlage.

Mehr noch: Hinter dem Engagement für die Aufhebung der Sanktionen stehen direkte ökonomische Interessen Rußlands oder rußländischer Interessengruppen aus der Energie- und Rüstungswirtschaft. Im einzelnen lassen sich folgende Interessen bestimmen, die mitunter über den Irak hinausgehen und für die gesamte Region gelten:

1. Rußland benötigt die Zurückzahlung von Schulden aus sowjetischen Waffenlieferungen. Der Irak schuldet Rußland 7,24 Mrd. US-Dollar aus Waffengeschäften. Dazu kommen Verbindlichkeiten von 586,7 Mio. US-Dollar aus militärtechnischer Zusammenarbeit. Rußlands Gesamtausfall von ausgebliebenen Schuldenerstattungen, Öllieferungen und



Handelsbeziehungen infolge der Sanktionen läßt sich auf ca. 50 Mrd. US-Dollar beziffern. Im Falle Libyens betragen die Außenstände über zehn Mrd. US-Dollar. Angesichts der Wirtschaftskrise und der aktuellen Auslandsverschuldung Rußlands in Höhe von 183,2 Mrd. US-Dollar sind das relevante Größenordnungen.

2. Die rußländische Energiewirtschaft hat mit dem Irak vielfältige Kooperationen eingeleitet. Bereits 1994 wurde ein Abkommen im Wert von zehn Mrd. US-Dollar unterzeichnet. 1995 vereinbarten der Irak und rußländische Unternehmen die Modernisierung alter und die Erschließung neuer Ölfelder sowie den Bau einer Ölpipeline von Rumaila nach Hadit. Diese Geschäfte treten in Kraft, sobald die Sanktionen aufgehoben werden. Weitere Investitionen sind für die rußländische Energiewirtschaft attraktiv, weil die Förderkosten des irakischen Öls unter denen in Rußland liegen und somit höhere Erträge zu erzielen sind.
3. Aus humanitären Gründen darf der Irak im Rahmen des Programms „Öl gegen Lebensmittel“ pro Halbjahr Öl im Gegenwert von 5,26 Mrd. US-Dollar verkaufen. Es sind rußländische Unternehmen und Konsortien, die einen Großteil der Exporte und des Verkaufs abwickeln. Mitglieder der irakischen Regierung haben explizit zum Ausdruck gebracht, an einer vertieften Kooperation mit Unternehmen aus Rußland interessiert zu sein.
4. In der „Dritten Welt“ waren der Nahe Osten und hier insbesondere der Irak in den achtziger Jahren die größten Absatzmärkte für konventionelle sowjetische Rüstungsgüter. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und den beiden Golf-Kriegen ist der nahöstliche Rüstungsmarkt drastisch geschrumpft. Gleichwohl bemüht sich Rußlands Rüstungswirtschaft, verlorene Marktanteile zurückzugewinnen. Sie setzt auf die Abhängigkeit zahlreicher Armeen der Region von Ersatzteilen und Waffen aus sowjetischer Produktion. Die wiederholt artikulierte Hoffnung, über mehr Rüstungsexporte die rußländische Wirtschaft anzukurbeln, ist illusionär. Erstens ist ein Großteil der rußländischen Waffenangebote veraltet. Zweitens ist der Nahe Osten trotz seines großen Konfliktpotentials und der daraus folgenden überdurchschnittlich hohen Nachfrage nach Rüstungsgütern infolge der schwächeren Finanzkraft der nahöstlichen Staaten nicht mehr in der Lage, ähnlich große Mengen Rüstungsgüter zu erwerben wie noch vor einem Jahrzehnt. Und drittens ist die Rüstungswirtschaft ein vergleichsweise enges Marktsegment: Für 1998 wird das Gesamtvolumen aller aus Rußland exportierten Rüstungsgüter auf nur noch zwei Mrd. Dollar geschätzt.
5. Durch die anhaltende Krise und den Existenzkampf vieler rußländischer Betriebe aus der Rüstungs- und Nuklearwirtschaft sind illegale Geschäftspraktiken wahrscheinlicher geworden. Wiederholt wurden Vorwürfe laut, rußländische Unternehmen leisteten der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen Vorschub. In zwei Fällen liegen nun Beweise vor, daß Betriebe gegen internationale Exportkontrollen verstoßen haben. Einmal scheiterte an der aserbaidshanisch-iranischen Grenze ein Versuch, falsch deklarierten Spezialstahl zum Raketenbau aus Rußland nach Iran zu bringen. Eine flagrante Verletzung der Exportkontrollen und der herrschenden Sanktionen gegen den Irak stellt die 1995 erfolgte illegale Lieferung von Raketenantriebskreisläufen an das Hussein-Regime dar. Sie stammen aus dem „Wissenschaftlichen Testinstitut für Chemischen Maschinenbau“ in der Nähe von Moskau, das mit der Demontage sowjetischer Nuklearwaffen betraut ist. Diese ist jedoch nicht das Ergebnis einer systematischen Politik, sondern Folge der verlorenen Kontroll- und Steuerungsmechanismen durch die Schwäche des rußländischen Staates.

Rußlands außenpolitische Elite artikuliert den Wunsch, stärker an der Konfliktlösung im Nahen Osten beteiligt zu sein. In der Nähe Südrußlands und des Kaukasus zum Nahen Ostens mit seiner komplizierten Konfliktstruktur, den instabilen politischen Systemen und dem Wirken



militanter Strömungen eines politisierten Islam sehen rußländische Beobachter ein Gemenge von Risiken, aus dem für Rußland eine „Bedrohung aus dem Süden“ entstehen könne. Deshalb solle Rußland mitwirken, die Ursachen der Instabilität zu beseitigen. Im Zentrum dieser Instabilität steht der israelisch-palästinensische Konflikt.

Rußlands Versuche, durch eigene Vermittlungsinitiativen den Friedensprozeß zu befördern, waren nicht erfolgreich. Auch Initiativen, nach dem Vorbild der KSZE ein regionales System kollektiver Sicherheit im Nahen Osten aufzubauen, haben bislang keine Unterstützung von den USA oder Israel gefunden.

Dabei scheinen die Ausgangsbedingungen für einen rußländischen Einfluß auf den nahöstlichen Friedensprozeß gut. Die Beziehungen zwischen Israel und Rußland sind besser denn je. Das hat mit Israels veränderter Bevölkerungsstruktur zu tun. Israel ist innerhalb eines Jahrzehntes „russischer“ geworden. Von 1989 bis Ende 1997 wanderten über 720.000 russischsprachige Juden aus der UdSSR und ihren Nachfolgestaaten nach Israel aus. Heute sind fast 15 Prozent der Bevölkerung Israels russischsprachige Immigranten. Erst 1991 waren die diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Israel wiederaufgenommen worden. Bei einem Handelsvolumen von 840 Mio. US-Dollar im Jahr 1996 ist Israel zu Rußlands wichtigstem Handelspartner im Nahen Osten geworden.

Rußland ist nicht in der Lage, für seine sicherheitspolitischen Intentionen und Initiativen internationale Unterstützung zu finden. Dies liegt daran, daß es ihm an adäquaten finanziellen und politischen Mitteln fehlt, um im Nahen Osten erfolgreich eigene politische Interessen zu verfolgen oder aber institutionell strukturbildend zu wirken. Wenn Rußland eine erfolgreiche Regionalpolitik im Nahen Osten verfolgen möchte, ist die Machtressource des Ständigen Sitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht genug. Vielmehr setzt dies die ökonomische und politische Stabilisierung des Landes und seinen Aufstieg voraus. Erst daraus lassen sich neue Machtressourcen ableiten. Somit ist Rußlands Nahostpolitik als Teil der Außenpolitik auch in diesem Sinne zuerst Innenpolitik. Eine Großmachtpolitik ohne Großmachtressourcen ist zum Scheitern verurteilt.

# **Inhalt**

<b>1. Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>2. Der Nahe Osten in der internationalen Politik</b>	<b>5</b>
<b>3. Der Nahe Osten in der sowjetischen und rußländischen Außenpolitik</b>	<b>10</b>
<b>4. Ökonomische Restriktionen und politische Potentiale der rußländischen Außenpolitik</b>	<b>15</b>
<b>5. Rußland und der Irak-Konflikt</b>	<b>18</b>
5.1. Der Irak als Gegenstand konsensualer Kooperation	21
5.2. Der Irak als Gegenstand antagonistischer Kooperation	24
5.3. Rußlands Haltung zu den Sanktionen und dem Abrüstungsregime gegen Irak	30
<b>6. Rußlands ökonomische Interessen im Irak und im Nahen Osten</b>	<b>36</b>
6.1. Rüstungsexporte	39
6.2. Ökonomische Interessen als Proliferationsrisiko	42
<b>7. Rußlands politische und sicherheitspolitische Interessen im Nahen Osten</b>	<b>47</b>



## 1. Einleitung

Der israelisch-palästinensische Friedensprozeß und der Irak-Konflikt haben dem Nahen Osten in den vergangenen Monaten große internationale Aufmerksamkeit gesichert. Rußlands Einfluß als Nachbar und Rechtsnachfolger der UdSSR auf diese beiden Konflikte ist sehr unterschiedlich. Die jüngste Nahost-Initiative der USA im Oktober 1998 in Wye fand ohne die Beteiligung Rußlands statt. Für Moskau, das 1991 mit Washington gleichberechtigter Ko-Sponsor der Madrider Konferenz zur Regelung des israelisch-palästinensischen-Konflikts gewesen war, blieb die Rolle eines Zuschauers. Das scheint mit dem vorherrschenden Bild übereinzustimmen, das der größte Flächenstaat der Welt abgibt und das von Schwäche und Machtverlust gekennzeichnet ist. Die politische Instabilität und die ökonomische Krise in Rußland absorbieren einen Großteil der politischen Kapazitäten des Landes. Von einer wirtschaftlichen Stabilisierung oder einem Aufschwung kann nicht die Rede sein. Das Bruttoinlandsprodukt Rußlands beträgt heute weniger als ein Drittel dessen, das die UdSSR zu Beginn der Perestroika hatte. Im Sommer 1998 mußte Rußland erstmals vorübergehend seine Zahlungsunfähigkeit gegenüber den internationalen Gläubigern erklären. Rußland verfügt somit kaum über außenpolitisches Gestaltungspotential. Infolgedessen droht Rußlands Abstieg als zentraler Akteur der internationalen Politik voranzuschreiten.

Im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt werden in Ost und West Rußlands Macht und Einfluß in der internationalen Politik betont. In seiner Jahresbilanz 1997 urteilte der damalige Außenminister Jewgeni Primakow, seit 11. September 1998 Rußlands Ministerpräsident, sehr zufrieden: „Es gibt kein großes Ereignis in der Welt, an dem Rußland nicht direkt beteiligt war.“<sup>1</sup> Die amerikanische Publizistik dämonisierte Primakow als denjenigen, der Amerika bei jeder sich bietenden Gelegenheit entgegentrete, ob in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, Iran oder im Irak.<sup>2</sup> Um seiner Irritation über Rußlands Nahostpolitik Ausdruck zu verleihen, verstieg sich der Chefredakteur von „US News and World Report“ zu der Äußerung: „Mag der Kommunismus auch tot sein, die Rolle, die Rußland heute spielt, ist ihrer gefährlichen destabilisierenden Wirkung nach schlimmer als stalinistische Intrigen.“ Im selben Zusammenhang warf er die Frage auf: „Was beabsichtigt Rußland zur Zeit? Warum tritt es in der Rolle als Verteidiger der zwei Pariastaaten Irak und Iran auf?“<sup>3</sup>

Hintergrund dieser Äußerungen bildete die Irak-Krise vom Sommer 1997 bis Februar 1998, als der Nahe Osten am Rande eines Krieges stand. Das Hussein-Regime hatte die Arbeit der UN-Waffeninspektoren zunächst behindert und dann unterbunden. Es wollte so die Aufhebung der internationalen Sanktionen erzwingen, die seit dem Überfall auf Kuwait gegen das Land verhängt sind. Den darauf von den USA angedrohten militärischen Konsequenzen widersetzte sich Rußland. Nicht nur die Vermittlungsaktivitäten in Bagdad, sondern auch wiederholte Forderungen, die Sanktionen gegen den Irak aufzuheben, ließen gravierende politische Differenzen zwischen Rußland und den USA deutlich werden. Mehr noch: Rußlands Kooperation mit China und Frankreich im UN-Sicherheitsrat schränkte die Handlungsfähigkeit der USA ein, weil

1 ITAR-TASS, 23.12.1997.

2 Siehe: Russia and Amerika Aren't Foes but Have to Be Rivals, in: International Herald Tribune (IHT), 2.4.98.

3 Novaja ugroza so storony Rossii, in: Moskovskie novosti (MN), 1998, Nr. 22, (7.-14.6.). Bei diesem Beitrag handelt es sich um die Übersetzung eines Leitartikels von Mortimer B. Zuckerman. Darin erhebt er schwere Vorwürfe gegen Moskau, Irak und Iran mit Militärgütern unterstützt zu haben, die für die Produktion von Massenvernichtungswaffen geeignet seien.



so die Erteilung eines neuen UN-Mandats für einen Militärschlag gegen Irak unmöglich wurde. Als UN-Generalsekretär Kofi Annan im Februar 1998 schließlich einen diplomatischen Kompromiß mit Bagdad erzielte, sah sich Moskau in seiner Politik bestätigt, feierte ihn nicht nur als eigenen Erfolg, sondern sah darin seine Rückkehr auf die weltpolitische Bühne, von der das Land nach der Auflösung der Sowjetunion weitgehend verschwunden war. Auch im November 1998, als die Krise aus denselben Gründen und nach einem ähnlichen Muster erneut zu eskalieren drohte, lehnte Rußland als einer der wenigen Staaten einen amerikanischen Militärschlag weiterhin kategorisch ab. Am Einlenken des Irak scheint Moskau wieder durch Vermittlungsinitiativen beteiligt gewesen zu sein. Und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen blockierte Rußland eine britische Resolution, in der dem Irak mangelnde Zusammenarbeit mit UN-Waffeninspektoren vorgeworfen wurde.<sup>4</sup>

Worin liegen Moskaus Motive, nicht nur in der Irak-Krise, sondern beispielsweise auch gegenüber Iran, einen anderen Kurs zu verfolgen als die Weltführungsmacht USA? Welche Rolle spielt der Nahe Osten in der rußländischen Außenpolitik?<sup>5</sup> Und schließlich: Wie läßt sich dieses Nebeneinander von Ohnmacht und Machtbildung Rußlands im Nahen Osten erklären?

Diese Kernfragen der vorliegenden Untersuchung lassen sich nicht mit einem bloßen Blick in die Vergangenheit beantworten. So zu verfahren ist verführerisch für diejenigen, die an die Wiederkehr des ewig Gleichen glauben. Bereits 1996 meinten manche Beobachter, hinter Rußlands Krieg in Tschetschenien und der abweichenden Haltung zum Irak eine *grand strategy* zu erkennen:

„Was sich hinter Rußlands Nahostpolitik tatsächlich verbirgt, ist Moskaus Entschluß, eine Rolle als Weltmacht zu spielen, zumindest in den traditionellen zaristischen und sowjetischen Interessengebieten: im Nordkaukasus und Transkaukasus, in Mittelasien und ebenso in dem eher traditionell definierten Nahen Osten. Rußlands erster Schritt war, um jeden Preis militärische Macht in den Nordkaukasus und nach Mittelasien zu projizieren; der zweite ist die Wiederherstellung seiner strategischen Position in diesem Gebiet gewesen, was wiederum die Behauptung der rußländischen Machtstellung im weiteren Nahen Osten ermöglicht.“<sup>6</sup>

Diese Interpretation hinkt: Sie verkennet, daß die „militärische Machtprojektion“ im Nordkaukasus ein militärisches und politisches Debakel ersten Ranges war, von der Widerstellung einer „strategischen Position“ in diesen Gebieten keine Rede sein kann, und die Rolle der UdSSR als Weltmacht an die Ära des Ost-West-Konflikts gekoppelt war. Die weltpolitische Bipolarität ist beendet - und damit auch Rußlands Rolle als Weltmacht passé. Die Zeiten, als das Verhalten Moskaus oder Washingtons im Nahen Osten oder in Regionalkonflikten als bloße Funktion der bipolaren Machtkonkurrenz gedeutet werden konnte, sind vorbei.

Eine Antwort auf die aufgeworfenen Fragen muß vielmehr drei Ebenen berücksichtigen: Erstens die Interessen und Kapazitäten rußländischer Außenpolitik. Rußland und einige seiner

4 S neizbežnost'ju udarov po Iraku smirilis' daže araby, Izvestija (Iz), 14.11.98. Rußland blockiert UN-Kritik am Irak, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 26.11.98.

5 Abweichend von der umgangssprachlichen Praxis wird in diesem Text nicht der auf die ethnische Zugehörigkeit bezogene Begriff „russisch“, sondern der übernationale, auf den Staat bezogene Begriff „rußländisch“ verwendet.

6 Stephen J. Blank, Russia's Return to Mideast Diplomacy, in: Orbis, Jg. 40, 1996, Nr. 4, Herbst, S. 517-535, hier S. 520.



handlungsfähigsten Interessengruppen wie die Rohstoff- oder Rüstungsbranchen haben spezifische ökonomische und politische Interessen im Nahen Osten. Diese sind nicht identisch mit denen der USA oder verschiedener EU-Staaten. Zweitens die Interessen und das Eigengewicht der zentralen Akteure im Nahen Osten. Diese suchen aus unterschiedlichen Motiven die Kooperation mit Rußland oder rußländischen Interessengruppen. Drittens die Bedeutung, die der Nahe Osten in den internationalen Beziehungen und der Neuordnung der Weltpolitik nach dem Ende der Bipolarität hat.

Dabei gilt es, die allgemeine Bedeutung des Nahen Ostens von der besonderen Bedeutung des Irak-Konflikts für Rußland zu unterscheiden. Im Nahen Osten treffen die Kooperationsangebote der rußländischen Außenpolitik auf eine passende „Nachfrage“. Dies ist das Ergebnis spezifischer sozioökonomischer und politischer Bedingungen. Die Verfügung über die Rohstoffe oder zumindest eine möglichst gesicherte Teilhabe an ihnen garantiert der Region auf absehbare Zeit weltweite Aufmerksamkeit. Bereits heute läßt die komplizierte Konflikttektonik und hohe Konfliktdynamik in diesem Raum die Nachbarn in Europa, Afrika und Asien nicht unberührt. Der Nahe Osten als Konfliktregion bietet somit externen Mächten auf vielfältige Weise Möglichkeiten und Anlaß zur Einmischung und Strukturbildung. Der Nahe Osten bleibt ein politischer Raum, in dem die gesamte Bandbreite des Außenverhaltens konkurrierender Staaten, die Logik von Machtbildung und Gegenmachtbildung, Hegemoniestreben und reaktiver Gleichgewichtspolitik unmittelbar zu beobachten sind. Rußlands politische Elite nimmt hier das Übergewicht des einstigen Gegners USA besonders deutlich wahr und bemüht sich, die Dominanz der USA auf unterschiedliche Weise auszubalancieren. Hierin liegt die besondere Bedeutung der Irak-Krise in den 90er Jahren. Sie ist für Rußlands außenpolitische Elite ein konkreter Gegenstand, um eigene Interessen zu verfolgen und gleichzeitig die Dominanz der USA zu begrenzen. Unverzichtbar dafür sind die Vereinten Nationen. Erst die Institutionalisierung des Irak-Konflikts im Sicherheitsrat der UN bietet Rußland als Ständigem Mitglied mit Vetorecht die Möglichkeit, Einfluß auszuüben und Machtbildung zu betreiben. Bei der Regulierung des Irak-Konfliktes im Sicherheitsrat sind konfrontative Elemente von kooperativ-integrativen und schließlich antagonistischen aber nicht-konfrontativen Formen abgelöst worden.

Rußlands Verhältnis zum Irak und zum Nahen Osten steht damit für eine Beziehung, die drei Funktionen hat. Zum einen handelt es sich um ein Feld, wo die Partner direkte ökonomische, außen- und sicherheitspolitische Interessen verfolgen. Zum anderen spiegelt sich in Rußlands Nahostpolitik die innenpolitische Entwicklung der Rußländischen Föderation wider. Sie illustriert, wie schwierig die Transformation des sowjetischen Weltmachtbewußtsein unter den Angehörigen der politischen Elite ist. Und schließlich bietet die Nahostpolitik auch Anhaltspunkte dafür, welche Perspektiven Rußland in der internationalen Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert hat.

## 2. Der Nahe Osten in der internationalen Politik

Unter „Naher Osten“ wird der Raum zwischen der Ostküste des Mittelmeeres im Westen, den taurisch-iranischen Faltengebirgsketten im Osten, dem Kaukasus im Norden und dem Golf von Aden im Süden verstanden. Er ist vom umgangssprachlichen Verständnis von „Middle East“, dem französischen „Moyen Orient“ sowie dem russischen „Bližnij Vostok“ abzugrenzen. Je nach Kontext beziehen jene sich auf Räume mit anderen Grenzen. Nach dem vorliegenden Ver-



ständnis umfaßt der „Nahe Osten“ die Staaten: Ägypten, Bahrein, Irak, Iran, Israel, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Saudi-Arabien, Syrien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE).<sup>7</sup> Die ökonomische und politische Bedeutung des Nahen Ostens resultiert vor allem aus seinen Rohstoffvorkommen. Die Region ist der größte Ölförderer der Welt. 1997 entfielen 28,3 Prozent der Erdölförderung auf den Nahen Osten. Die acht Staaten Saudi-Arabien, Irak, Iran, Kuwait, Oman, Katar, Bahrain und die VAE verfügen über nahezu zwei Drittel der nachgewiesenen Welterdölreserven.

Tabelle 1

*Die Erdölreserven der Welt<sup>8</sup>*

*Prozentualer Anteil an den nachgewiesenen Reserven.*

Saudi-Arabien	25,7
Irak	9,8
VAE	9,7
Kuwait	9,5
Iran	8,7
Oman	K. A.
Katar	K. A.
Bahrain	K. A.
Naher Osten	(63,4)
USA	8,5
Ex-UdSSR	5,5

K.A. steht für keine Angaben.

Bei gleichbleibender Weltjahresförderung würden die derzeit bekannten Reserven nach übereinstimmenden Berechnungen aus Wissenschaft und Energieindustrie insgesamt noch 39,5 Jahre reichen, in Nordamerika nur sieben, in Rußland und den anderen GUS-Staaten noch 22 Jahre, dagegen im Nahen Osten 93 Jahre. Da die weltweite Nachfrage nach Energie weiterhin zunimmt, ohne daß die Substitution fossiler Brennstoffe durch regenerative oder andere Energieträger wesentliche Fortschritte macht, steigt die Wahrscheinlichkeit, daß es in den kommen-

7 Dem Begriff liegt die räumliche Abgrenzung der „National Geographic Society“ von 1957 zugrunde. Ohne auf die nahezu babylonische Sprachverwirrung hier näher eingehen zu wollen, umfaßt im Englischen „Middle East“ mal den Balkan, mal den gesamten Raum, der während des Zweiten Weltkrieges das „Middle East Command“ umfaßte, also alle arabischen Staaten bis einschließlich Libyen. Heute entspricht der „Middle East“ in etwa dem deutschen Begriff des Nahen Ostens, dagegen ist der „Mittlere Osten“ im wesentlichen der Raum zwischen Iran und China: also Afghanistan, Indien, Pakistan, Nepal. Auch bei der Verwendung des russischen Ausdrucks „Bližnij Vostok“ ist Vorsicht geboten. Mitunter schließt er die Maghreb-Staaten ein, aus politischen Gründen vereinzelt sogar die Staaten Mittelasiens. Siehe als Beispiel für diese gegensätzliche Verwendung: Aleksej Čistjakov, *Rossija i Bližnij Vostok*, in: *Meždunarodnaja žizn' (MŽ)*, 1995, Nr. 8, S. 52-56 sowie Aleksandr Zotov, *Potencial sotrudničestva*, in: *Azija i Afrika segodnja*, 1993, Nr. 5, S. 28-29. Allgemein: Rolf Friedrich Krause, *Orient, Naher und Mittlerer Osten. Die Begriffe im Wandel der Zeit*, in: *Geographische Rundschau*, Jg. 45, 1993, Nr. 1, S. 4-9; Westermanns Lexikon der Geographie, Band 3, Braunschweig (Westermann) 1973. Geographisch gehört auch die Türkei zu diesem Raum, doch aufgrund der Sonderstellung durch die NATO-Mitgliedschaft der Türkei unterscheiden sich die Beziehungen Rußlands zu diesem Staat erheblich von denen zu den übrigen Ländern des Nahen Ostens. Sie werden deshalb hier ausgespart.

8 BP (Hg.), *Statistical Review of World Energy 1996*, London (British Petroleum Company) 1996.



den Jahrzehnten zu Verteilungskonflikten um das Erdöl des Nahen Ostens kommen wird, von dem insbesondere die größten Mineralölverbraucher der Welt, die USA, Japan und die EU abhängig sind. Insbesondere Chinas Öl-Bedarf wird sich bis zum Jahr 2015 mehr als verdoppeln. Auch die USA, die bislang nur zehn Prozent ihrer Erdöl-Einfuhren aus dem Nahen Osten beziehen, werden zukünftig in wachsendem Maße auf das Öl aus Nahost zurückzugreifen versuchen.<sup>9</sup> Deshalb ist offensichtlich, daß die Bedeutung des Öls weiter wachsen wird. Nach Berechnungen des US Department of Energy wird der Weltölverbrauch von 77,8 Millionen Barrel pro Tag im Jahr 1995 auf 104,6 im Jahr 2015 steigen.<sup>10</sup> Um diese Nachfrage zu befriedigen, müßten die Golfstaaten ihre Produktion nahezu verdoppeln. Aus der Staatengruppe des Nahen Ostens verfügen Iran, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und der Irak über relevante Erdgasreserven, auch wenn das Gas aufgrund größerer Transportprobleme im Außenhandel dieser Länder in der Regel einen weniger wichtigen Faktor darstellt als der Erdöllexport. Insofern sind die politische, ökonomische oder militärische Kontrolle über diese Region oder eine garantierte Teilhabe an den Ressourcen für globale Machtansprüche unverzichtbar. Dies erklärt die internationale Aufmerksamkeit, welche die Region genießt.

Gleichzeitig bleibt die wirtschaftliche Entwicklung der Region weit hinter den Möglichkeiten zurück. Das hat weniger mit der Bevölkerungsentwicklung zu tun, die stark ansteigen wird. Hochrechnungen zufolge werden im Jahr 2050 in Iran 160 Mio. Menschen statt heute 62,5 Mio. und im Irak 50 Mio. statt heute 21,3 Mio. leben. Das sind fast so viele Menschen, wie heute in der gesamten Region leben. Insgesamt ist bereits in den nächsten 30 Jahren von einer Verdoppelung der Bevölkerung auszugehen.<sup>11</sup> Für die wirtschaftlichen Schwächen sind andere Faktoren verantwortlich. Die beiden Golfkriege bedeuteten eine enorme Vernichtung von Kapital. Wichtiger noch sind die gravierenden sozio-ökonomischen Strukturmängel, von denen die Region geprägt ist. Die Abhängigkeit vom Ölexport macht die Volkswirtschaften anfällig für Schwankungen auf dem Weltmarkt. Der Rückgang des Ölpreises seit Mitte der 80er Jahre hat den Golfstaaten Haushaltsdefizite beschert, während Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen zunehmen.<sup>12</sup> Selbst in Saudi-Arabien, dem weltgrößten Erdölförderer und -exporteur, ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen drastisch gefallen. Hatte es etwa im Jahr 1980 noch etwa 19.000 US-Dollar betragen, so 1996 nur noch 6.900 US-Dollar.<sup>13</sup>

Sozioökonomische Entwicklungsunterschiede prägen auch den israelisch-arabischen Vergleich. Dieser ist durch ein großes Wohlstandsgefälle gekennzeichnet. Mitte der 90er Jahre betrug das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Israel 13.373 US-Dollar, das der arabischen Staaten im Durchschnitt 2.209 US-Dollar. Nur zwei arabische Staaten, nämlich die Vereinigten Arabischen Emirate (19.496 US-Dollar) und Katar (14.781 US-Dollar) lagen über Israel. Die Diskrepanz wird beim jährlichen Durchschnittseinkommen am deutlichsten. 1996 betrug es bei den

---

9 Georgij Mirskij, Bližnij Vostok i politika SŠA, in: SŠA, 1998, Nr. 3, S. 30-43, hier S. 31.

10 US Department of Energy (Hg.), International Energy Outlook 1997, Washington, December 1996, Tabelle A 3. Siehe dazu auch das Zahlenmaterial zur globalen „Energiewirtschaft“, in: Fischer-Weltalmanach 1999, Frankfurt/M. (Fischer) 1998, Sp. 1107-1134.

11 Aleksej Čistjakov, Rossija i Bližnij Vostok, in: MŽ, 1995, Nr. 8, S. 52-56. Charles William Maynes, The Middle East in the Twenty-First Century, in: Middle East Journal, Jg. 52, 1998, Nr. 1, S. 9-16.

12 Siehe als Übersicht Gary Sick, The Coming Crisis in the Persian Gulf, in: The Washington Quarterly, Jg. 21, 1998, Nr. 2, S. 195-212.

13 Pressures Mount as Oil States Dither, in: Financial Times, 8.11.96.



Bewohnern der Palästinensischen Autonomiegebiete 652 US-Dollar, bei den Israelis dagegen 16.900 US-Dollar. Das entspricht dem 26fachen.<sup>14</sup>

Das Wohlstandsgefälle ist nur eine der Konfliktlinien, die den Nahen Osten durchziehen. Wegen zahlreicher territorialer, religiöser, politischer und ökologischer Konflikte stellt diese Region den konfliktträchtigsten Raum der Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dar. Zwischen 1945 und 1995 waren von 30 Staaten des Vorderen und Mittleren Orients 27 mindestens einmal an einem Konflikt beteiligt, in dem massiv mit Gewalt gedroht wurde bzw. in dem es zu Kriegshandlungen kam.<sup>15</sup> Die bloße Aufzählung der latenten oder akuten Konflikte zeigt, daß die momentane staatliche und gesellschaftliche Ordnung außerordentlich instabil ist - und dies auf absehbare Zeit wohl auch bleibt. Die Zukunft des Irak und seiner multinationalen und multikonfessionellen Bevölkerung ist unklar; die Kurdenfrage, die vier Länder des Nahen Ostens tangiert, bleibt ungelöst. Der israelisch-palästinensische Friedensprozeß bleibt ungeachtet der Vereinbarungen von Wye verletzungsanfällig. Trotz der Resolution 425 des UN-Sicherheitsrates, die den Abzug des israelischen Militärs verlangt, bleibt der Südlibanon besetzt. Das bereitet den politischen und militärischen Aktivitäten der schiitisch-islamistischen Gruppen im Umfeld der Hizb Allah einen günstigen Nährboden. Auch die syrischen Golan-Höhen bleiben besetzt. Dazu kommen weitere ungelöste Territorial- und Grenzkonflikte. Hier sei an die Gebietsansprüche zwischen dem Irak und Kuwait, dem Irak und Iran, dem Irak und den Vereinigten Arabischen Emiraten, Iran und Bahrein, Saudi-Arabien und Jemen, Syrien und Türkei erinnert. Dazu kommen zahlreiche Konflikte um die Versorgung mit Oberflächenwasser oder die Grundwasserentnahme, welche die Grundwasserneubildungsrate bereits heute übersteigt.<sup>16</sup>

Mit seinen zahlreichen, sich überlagernden Konflikten und der damit verbundenen Instabilität der Region, in der autoritäre Regime mit starken Repressionsapparaten dominieren, gilt der Nahe Osten als eine der militarisiertesten Regionen der Welt. Dazu kommt eine weitere Besonderheit des Raumes. Im Gegensatz etwa zu Südostasien, wo Bildungsoffensive und technologischer Wandel bewiesen haben, daß es keiner territorialen Expansion bedarf, um eine nach quantitativen Parametern erfolgreiche Entwicklung zu erreichen, „bleibt der Nahe Osten eines der wenigen Gebiete der Welt, wo der Kampf über Ressourcen wie Öl oder Wasser andauern wird und wo sich deshalb Krieg lohnen könnte.“<sup>17</sup> Das Ergebnis all dieser Faktoren sind

---

14 Vladimir I. Gusarov, Bližnevostočnoe uregulirovanie: problemy i perspektivy, in: Vostok, 1998, Nr. 2, S. 175-178, hier S. 177-78. Die Angaben basieren auf Zahlen der Vereinten Nationen.

15 Siehe Bernd J. Trautner, Hegemonialmächte im Vorderen und Mittleren Orient, in: Welttrends, 1997, Nr. 16, S. 7-42. Der Untersuchungsraum reicht über die Grenzen des Nahen Ostens hinaus. Der Studie des „Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung“ liegt als Untersuchungsregion das Gebiet von der West-Sahara im Westen bis Tadschikistan im Osten zugrunde. Aufgrund der kulturellen Prägung der Bevölkerungsmehrheit dieser Staaten wird er übergreifend als „islamischer Orient“ bezeichnet. Allerdings werden damit die existierenden vielfältigen sprachlichen, ethnischen und weltanschaulichen Differenzen in diesem Raum ausdrücklich nicht geleugnet oder zugunsten scheinbarer innerer Homogenitätsvorstellungen nivelliert.

16 Zum Wasser als Konfliktursache siehe Anthony J. Allan, Middle East Water, Local and Global Issues, Working Paper of the Water Issues Group, August 1995, London (School of Oriental and African Studies at the University of London) 1995 sowie Stephan Libiszewski, Das Wasser im Nahostfriedensprozeß. Konfliktstrukturen und bisherige Vertragswerke unter wasserpolitischer Perspektive, in: Orient, Jg. 35, 1995, Nr. 4, S. 625-648.

17 Charles William Maynes, The Middle East in the Twenty-First Century, in: Middle East Journal, Jg. 52, 1998, Nr. 1, S. 9-16, hier 14-15.



konventionelle Rüstungswettläufe, die über massive Rüstungsimporte gespeist werden: Nach den letzten verfügbaren Angaben absorbierten die Staaten des Nahen Ostens im Jahr 1995 43,3 Prozent der weltweiten Rüstungsimporte.<sup>18</sup> Dies macht die Region für die größten Rüstungsexporteure USA, Großbritannien, Rußland und Frankreich zu einem attraktiven Absatzmarkt. Damit ist dem Nahen Osten erneut überdurchschnittliche Aufmerksamkeit sicher - im wesentlichen von seiten derselben Staaten, die ihn auch als Rohstoffquelle im Auge haben.

Mit der hohen Konflikträchtigkeit, der politischen Instabilität und den konventionellen Rüstungswettläufen sind die zentralen Ursachen genannt, die im Nahen Osten das Streben nach Massenvernichtungswaffen ausgelöst haben. Auch dies garantiert der Region einen hohen Stellenwert in der internationalen Politik. Der Nahe Osten gehört zu den globalen *hot spots* der Proliferation. Der Atomwaffensperrvertrag, der 1970 erstmals in Kraft getreten war und 1995 mit unbefristeter Geltungsdauer verlängert wurde, konnte nicht verhindern, daß sich Israel ein Nuklearwaffenmonopol im Nahen Osten aufgebaut hat. Israels Nuklearpotential wird übereinstimmend auf 100-200 Sprengköpfe geschätzt. Israel verfügt über die erforderliche Raketen-technik und über eigene Kapazitäten, um waffenfähiges Plutonium zu produzieren. Dies alles, ohne je den Nichtverbreitungsvertrag als Nuklearmacht unterzeichnet oder den Besitz von Nuklearwaffen offiziell eingeräumt zu haben. Die arabischen Staaten und Iran nahmen dieses Ungleichgewicht entweder zum Anlaß für den Versuch, Israel zum Verzicht auf sein Atomwaffenpotential zu bewegen und dafür auch die fünf offiziellen Nuklearmächte zu gewinnen, oder aber zum Vorwand für eigene Nuklearwaffenprogramme. Insbesondere der Irak hatte enorme finanzielle und technische Anstrengungen unternommen. Auch wenn diese durch die internationalen Kontrollen aufgedeckt wurden, bleibt die Proliferationsgefahr ein akutes Problem.<sup>19</sup> Chemische und biologische Waffen sind bereits weiter verbreitet als nukleare. Der Irak verfügte bis zu seiner Entwaffnung nicht nur über große Mengen chemischer Kampfstoffe wie Senfgas, Sarin, Tabun sowie Vorprodukte für den hochletalen, binären Kampfstoff VX, sondern hatte sie auch im Krieg gegen Iran sowie gegen die eigene kurdische Bevölkerung im Norden des Landes eingesetzt. Auch Iran setzte im ersten Golfkrieg C-Waffen ein. Von Ägypten, Syrien, Libyen und Iran wird ebenfalls angenommen, daß sie über chemische Massenvernichtungswaffen verfügen. Diesen und weiteren Staaten werden Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen im Bereich biologischer Waffen nachgesagt.<sup>20</sup> Die Rolle der internationalen Staaten- und Gesellschaftswelt auf diesem Sektor ist ambivalent. Einerseits wurde westlichen Firmen die Lieferung von Anlagen oder Substanzen für die Produktion von B- und C-Waffen nachgewiesen. Ähnliche Vorwürfe werden gegen Firmen und Institutionen aus Rußland im Zusammenhang mit dem Irak und Iran erhoben. Andererseits bekennen sich nicht nur die führenden westlichen Industriestaaten, sondern auch Rußland seit der Auflösung der

---

18 Siehe U.S. Arms Control and Disarmament Agency (Hg.) World Military Expenditures and Arms Transfers 1996, Washington 1997, S. 11-12.

19 Andrej G. Baklanov, Posle jadernych vzryvov v Indii i Pakistane, in: MŽ, 1998, Nr. 7, S. 21-29. Baklanov liefert Beispiele für die kritische Haltung der arabischen Staaten gegenüber dem Nichtverbreitungsvertrag, die sich aus dem von ihnen als unbefriedigend empfundenen Zustand um Israel speist. Zu Israels Standpunkt, daß das Land aufgrund der schlechten sicherheitspolitischen Konstellation im Nahen Osten über machtvollere Abschreckungsmittel verfügen müsse, siehe: Shmuel Limone, The Arab Threat: The Israeli Perception. National Threat Perceptions in the Middle East, UNDIR Reserach Paper 37, New York-Geneva (United Nations) 1995.

20 Eine konzentrierte Übersicht bieten: Margret Johannsen/Götz Neuneck, Proliferation und Kontrolle von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hg.), Friedensgutachten 1998, Münster (Lit) 1998, S. 303-316.



UdSSR immer wieder dazu, daß die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen eine hohe sicherheitspolitische Priorität genieße. Dies schlug sich nicht zuletzt in der konstruktiven Haltung Rußlands zur unbegrenzten Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrags nieder.<sup>21</sup>

Schließlich garantiert auch die Bedeutung des Nahen Ostens als Kulturraum der Region internationale Beachtung. Hier befinden sich die drei heiligsten Stätten des Islam, so daß nicht nur die religiöse, sondern auch die politische Entwicklung in den arabischen Staaten und im Iran überall dort mit Aufmerksamkeit verfolgt wird, wo es kulturelle, religiöse oder ethnopolitische Verbindungen mit dem Zentrum der islamischen Welt gibt. Dies gilt auch heute für Rußland. Zwischen 17 und 20 Millionen Menschen der 148 Mio. zählenden Bevölkerung sind islamischen Glaubens. Ähnlich verhält es sich mit der weltweiten jüdischen Diaspora in bezug auf Israel.

### 3. Der Nahe Osten in der sowjetischen und rußländischen Außenpolitik

Neben Europa ist der Nahe Osten die Region, wo die Dynamik der weltpolitischen Veränderungen der letzten Jahre am augenfälligsten ist. Im Verlauf eines Jahrzehnts hat sich die Bedeutung des Nahen Ostens für Moskau erheblich verändert. Im Zusammenspiel mit den USA bzw. den westlichen Staaten, die im Nahen Osten über erheblichen Einfluß verfügen, lassen sich drei Phasen unterscheiden: die konfrontativ-antagonistische vor 1988, die kooperativ-integrative zwischen 1988 und 1995 und die kooperativ-antagonistische seit 1996.

Ähnlich wie die gesamte sowjetische Politik gegenüber der „Dritten Welt“ war auch die Nahostpolitik der UdSSR in der konfrontativ-antagonistischen Phase durch zwei Kalküle bestimmt. Das erste war geostrategischer Natur und durch die globale Supermachtrivalität mit den USA bestimmt. Hier galt es, nach der Logik des Nullsummenspiels etwaige Positionsverluste durch eigene Positionsgewinne auszugleichen. Das zweite bestand aus regionalen Sicherheitsinteressen. Die sowjetische Führung sah die Region, die sich an die eigenen Grenzen im Kaukasus anschloß, als eine sicherheitspolitische Pufferzone im Süden an - ganz so wie Finnland im Nordwesten oder Ostmitteleuropa im Westen des Landes.<sup>22</sup> Folglich nahm sie die amerikani-

21 Siehe die Äußerungen des damaligen Außenministers Primakow zur außenpolitischen Strategie Rußlands, wo der Kampf gegen die Proliferation besonders hervorgehoben wird: Novoe v staroj koncepcii Primakova, Nezavisimaja gazeta (NG), 17.3.98 sowie die beiden offiziellen Berichte des Auslandsnachrichtendienstes, die übrigens damals ebenfalls unter Primakows Ägide entstanden: Novyj vyzov posle 'cholodnoj vojny': rasprostranenie oružija massovogo uničtoženija. Služba vnešnej razvedki RF, Moskva 1993; Dogovor o nerasprostranenij jadernogo oružija: problemy prodlenija. Služba vnešnej razvedki RF, Moskva 1995. Aleksandr Kaljadin/Elina Kiričenko, Nerasprostranenie posle konferencii v N'ju-Jorke, in: MŽ, 1995, Nr. 7, S. 33-40; O. Grinevskij, Perspektivy nerasprostranenija: popytka zaglijanut' za 1995 god, in: MŽ, 1994, Nr. 7-8, S. 10-18 Siehe auch die Arbeiten von Valerij F. Davydov, Jadernoe oružie i ego nerasprostranenie v zerkale rossijskoj pečati, in: SŠA, 1993, Nr. 7, S. 74-86; Nerasprostranenie i komercija, in: SŠA, 1995, Nr. 9, S. 26-37; Vladimir Davydov, Žurnalisty i jadernoe oružie. Sredstva massovoj informacii i nerasprostranenie jadernogo oružija, Moskva 1995.

22 Die globale Dimension und Interpretation der Nahost-Konflikte als Funktion der Supermachtrivalität unterstreicht etwa Robert O. Freedman, Soviet Policy toward the Middle East since 1970, New York 1982; die regionale sicherheitspolitische betonen Adeed Dawisha/Karen Dawisha, The Soviet Union in the Middle East, London 1982. Eine vorzügliche, kritische Auseinandersetzung mit dem ersten Inter-



sche Militärpräsenz im Golf, die besonderen Beziehungen der USA zu Israel oder die guten Beziehungen zu Iran unter der Pahlawi-Regentschaft als akute Bedrohung des eigenen Landes wahr und strebte danach, sie durch die Unterstützung anderer Regime und Koalitionsbildung im regionalen Rahmen zu neutralisieren. Als Verbündete für die regionale und globale Politik gewann Moskau vorübergehend Ägypten sowie dauerhaft Syrien und den Irak, die hauptsächlich die Rolle als regionale Gegenmacht zu den USA ausübten. Daneben unterhielt die UdSSR aus ideologischen Gründen noch diplomatische Beziehungen zu einigen anderen Staaten der Region wie Libyen oder Süd-Jemen, die als Verbündete im „internationalen Klassenkampf“ oder „Partner des sozialistischen Internationalismus“ galten. Die UdSSR und die USA traten in dieser Phase gegenüber den jeweiligen Verbündeten als Hegemonialmacht auf.<sup>23</sup>

Das „Neue Denken“ in der Außenpolitik unter dem letzten Generalsekretär der KPdSU, Michail S. Gorbatschow, und dem Außenminister Eduard Schewardnadse bedeutete auch für den Nahen Osten eine Zäsur. Es markierte den Übergang zu einer kooperativ-integrativen Nahostpolitik. In dem Maße, in dem sich in der sowjetischen Führung das Bewußtsein durchsetzte, daß aufgrund der existierenden Interdependenz im Nuklearzeitalter Sicherheit nicht konfrontativ-militärisch, sondern nur kooperativ und auf politischem Wege zu erreichen sei, verlor die Nullsummenlogik ihre Bedeutung als außen- und sicherheitspolitische Handlungsanleitung in einzelnen Regionen oder Regionalkonflikten. Damit veränderte sich auch im Falle des Nahen Ostens die sowjetische Bedrohungsperson. Einer der wichtigsten und einflußreichsten Vordenker dieser Wende war der heutige Ministerpräsident Jewgeni Primakow. Als außenpolitischer Berater plädierte er dafür, die Brille des Ost-West-Konflikts abzulegen, die inneren Konfliktursachen zu analysieren und die Konflikte unter Beteiligung der beiden Weltmächte kooperativ zu regeln.<sup>24</sup> Darüber hinaus hielt das Kosten-Nutzen-Kalkül Einzug in die sowjetische Außenpolitik. Auch im Nahen Osten stellte noch die Gorbatschow-Administration die Weichen für eine neue Politik. Sicherheitspolitisch oder ideologisch motivierte Beziehungen zu den Verbündeten kühlten drastisch ab. Die Rüstungslieferungen und Wirtschaftshilfen an den Irak, Syrien oder Libyen wurden innerhalb von drei Jahren praktisch eingestellt. Zwischen 1989 und 1992 gingen die sowjetischen Rüstungslieferungen an Syrien um 94 Prozent, an den Irak um 97 Prozent zurück. Libyen erhielt keine mehr.<sup>25</sup> Gleichzeitig suchte Moskau nach neuen Partnern im Nahen Osten. Ab 1989 begann die Annäherung an Israel. Zur Erinnerung: Die UdSSR hatte nach dem Sechstagekrieg zwischen Israel und Ägypten, Syrien und Jordanien im Jahr 1967 alle Beziehungen mit Israel abgebrochen gehabt. Ungeachtet palästinensischen und arabischen Protests gestattete die Sowjetführung nun einer schnell steigenden Zahl sowjetischer Juden die Ausreise nach Israel. Im Oktober 1991 wurde die Normalisierung des Verhältnisses durch die formelle Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen abgerundet. Auch die Emirate am Persischen Golf rückten in den Mittelpunkt der spätsowjetischen Nahostpolitik. Dem lag das Kalkül zugrunde, hier Kapital und Investitionen für die Modernisierung der So-

---

pretationsansatz bietet Efraim Karsh, Cold War, Post-Cold War: Does It Make a Difference for The Middle East? In: Review of International Studies, 1997, Nr. 23, S. 271-291.

- 23 Siehe das Kapitel „Russian Interests in the Middle East“, ein trotz des Titels konzentrierter, weitgehend historischer Überblick über die sowjetische Nahostpolitik, in: Nicolai N. Petro/Alvin Z. Rubinstein (Hg.), Russian Foreign Policy. From Empire to Nation-State, New York (Harlow Longman) 1997, S. 237-264.
- 24 Siehe Evgenij Primakov, Sovetskaja politika v regional'nych konfliktach, in: MŽ, 1988, Nr. 5, S. 3-9; sowie ders., Novaja filosofija vnešnej politiki, Pravda, 10.7.87.
- 25 Siehe Richard Grimmett, Conventional Arms Transfers to the Third World; 1985-1992, Washington 1993, S. 30-31.



wirtschaft anziehen zu können. Damit schuf die Gorbatschow-Administration die Grundlagen für das dichte Netz von diplomatischen Beziehungen, das die Rußländische Föderation heute mit allen Staaten der Region von Ägypten bis zu den Vereinigten Arabischen Emiraten unterhält.

Wie stark sich das außenpolitische Koordinatensystem Anfang der 90er Jahre verändert hatte, zeigt Moskaus Reaktion auf die Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen am 2. August 1990. Obwohl formal mit dem Irak seit 1972 durch einen Freundschaftsvertrag besonders verbunden, verurteilte die sowjetische Führung sofort den Einmarsch. An die Stelle der bisherigen amerikanisch-sowjetischen Konfrontation rückte nun die Unterstützung der USA durch die UdSSR im Sicherheitsrat. Auch der militärischen Befreiung Kuwaits widersetzte sich die UdSSR nicht. Mit dem Sieg der Golfkoalition unter dem Oberbefehl der USA verschob sich das Kräfteverhältnis im Nahen Osten. Im Rückblick erscheint das als ein für Moskau kontraproduktives Ergebnis: „Tatsächlich war der Ausgang des Golfkrieges im Grunde nicht im Interesse Moskaus, denn er ließ die Region für die nahe Zukunft in der alleinigen Einflußsphäre der USA.“<sup>26</sup>

Doch dies war zu diesem Zeitpunkt nicht die Perspektive der sowjetischen Führung gewesen. Im Gegenteil. Ähnlich wie der Truppenrückzug aus Afghanistan im Frühjahr 1989 fungierte die Nahostpolitik als weiteres wichtiges Symbol für das „Neue Denken“. Ganz im Sinne der Primakowschen Vorschläge zur Regelung von Regionalkonflikten stand die Idee der Kooperation zwischen den Weltmächten auch Pate bei dem Versuch, den israelisch-palästinensischen Konflikt zu befrieden. Zunächst untergrub der sowjetische Verzicht auf die traditionell verfolgte Politik der Gegenmachtbildung den arabischen Widerstand gegen die amerikanischen Friedenspläne. Auf der Madrider Nahost-Friedenskonferenz im Oktober 1991 traten die UdSSR und die USA gemeinsam als Sponsoren auf. Die erste Runde der multilateralen Friedensgespräche im Januar 1992 in Moskau fand unter gemeinsamem Vorsitz statt. An die Stelle der Sowjetunion war nun Rußland als Rechtsnachfolger getreten. Präsident Boris Jelzin übernahm in den Verhandlungen die Washingtoner Vorschläge. Ungeachtet dessen sah sich Moskau weiterhin als gleichberechtigter Partner und unabhängiger Akteur im Nahen Osten, auch wenn die Relevanz der Region in der rußländischen Außenpolitik sank. Rußlands Führung unter Jelzin, dem ersten Ministerpräsidenten Jegor Gaidar und Außenminister Andrei Kosyrew verfolgte andere Prioritäten. Hier hatte die Orientierung auf die USA und den Westen, kurz: Rußlands „Wiedereintritt in die zivilisierte Völkergemeinschaft“ (Kosyrew), Vorrang. Der Nahe Osten galt als marginal und lag außerhalb der rußländischen Interessensphäre. Keiner der Konflikte im Nahen Osten wurde als so bedeutend angesehen, daß er das rußländische Außenverhalten beeinflußt hätte. Dies bedeutete den Verzicht auf eine eigenständige Politik und eine weitgehende Anlehnung an die USA sowohl im palästinensisch-israelischen Friedensprozeß als auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegenüber dem Irak.

Die Abkehr von dieser Politik und die Herausbildung einer eigenständigen rußländischen Nahostpolitik, in der kooperative und antagonistische Elemente koexistieren, war vor allem innenpolitisch motiviert. Wieder spielte Jewgeni Primakow eine wichtige Rolle. Im Frühjahr 1992 kritisierte er als Chef des Auslandsgeheimdienstes den einseitig pro-amerikanischen Kurs unter Außenminister Kosyrew. Er empfahl, Rußland solle im Nahen Osten und in der Dritten Welt

---

26 Rainer Freitag-Wirminghaus, Rußland und der Nahe Osten, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 1995, Nr. 6, S. 1-2.



eine unabhängige Politik verfolgen, weil Rußland in diesen Regionen eigene Interessen habe.<sup>27</sup> Diese Position gewann nach den ersten Wahlen zur Staatsduma im Dezember 1993 mehr Gewicht. Aus ihnen gingen die Kommunisten und Nationalisten als Sieger hervor. Nun wurde die Außenpolitik zu einer Münze mit innenpolitischem Tauschwert, mit der die Regierung und Präsident Jelzin für ihren pro-westlichen Kurs bezahlen sollten. Diese Orientierung sei ein Verrat an den eigentlichen „nationalen Interessen“ Rußlands. Zu einem Instrument und zur Projektionsfläche der rot-braunen Kritik wurden die Entwicklungen in Jugoslawien und im Irak. Hier wie dort habe die Politik der Regierung den Interessen Rußlands geschadet, wirtschaftliche Beziehungen unterbrochen, die internationale Position Rußlands unterminiert und damit den amerikanischen Einfluß gestärkt. Politiker aus den Kreisen der Kommunisten und Nationalpatrioten reisten nach Belgrad und Bagdad, um ihre Unterstützung zu demonstrieren und die eigene Regierung zur Änderung ihres Kurses aufzufordern.<sup>28</sup> Tatsächlich hatte dieser Druck insofern Erfolg, als seit 1994 eine Verschiebung der außenpolitischen Prioritäten zu erkennen war, indem an die Stelle der eindeutigen Fixierung auf die USA eine Diversifizierung der rußländischen Außenpolitik trat. Neben Westeuropa sollten nun vor allem die Beziehungen zu den Staaten der GUS, zu China und Indien als wichtigste Wirtschafts- und Handelspartner im Mittleren und Fernen Osten sowie zum Nahen Osten an Bedeutung gewinnen.

Bereits im Februar 1994 setzte sich Moskau im nahöstlichen Friedensprozeß von den USA ab. Anlaß war das Massaker von Hebron, als ein jüdischer Extremist unter betenden Muslimen ein Blutbad anrichtete. Außenminister Kosyrew verlangte eine härtere Haltung gegenüber Israel und unterstützte die Forderungen der PLO. Damit begann eine Reihe von Reisen und Initiativen, um eine eigenständige Vermittlungsdiplomatie mit Israel und der PLO zu initiieren.<sup>29</sup> Ähnliche Töne schlug Präsident Jelzin in seinen jährlichen Botschaften an die Staatsduma und den Föderationsrat an. Zum Nahen Osten führte er 1994 aus, daß es den langfristigen nationalen Interessen Rußlands zugute komme und den internationalen Einfluß Rußlands festigen werde, wenn Rußland eine aktive Rolle zur Förderung des nahöstlichen Friedensprozesses spiele. Ein Jahr später kritisierte er, daß in der Region die Skepsis gegenüber vor einer unipolaren Weltordnung stark ausgeprägt sei. Die Staaten des Nahen Ostens sähen in Rußland einen notwendigen Faktor des globalen und regionalen Gleichgewichts. Und 1996 stellte er die ökonomische Bedeutung des Nahen Osten als Rüstungsmarkt heraus.<sup>30</sup>

27 Evgenj Primakov, *Preobražennaja Rossija v novom mire*. Naučno-praktičeskaja konferencija MID RF, in: MŽ, 1992, Nr. 3, S. 86-100.

28 Zur Instrumentalisierung des Jugoslawien-Krieges im innenpolitischen Machtkampf vgl. die Studie: Peter Bonin, *Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien*, Untersuchungen des Forschungsschwerpunkts Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim (FKKS), 1994 Nr. 6. Zur oppositionellen Reisediplomatie nach Bagdad siehe: *Saddamu Chusejnu vnov' podana ruka*, in: NG, 16.4.93; *Uroki stojkosti: Saši Umalatova o poezdke v Irak*, *Sovetskaja Rossija* (SR), 10.10.92.

29 Zur Rolle Rußlands im Nahostfriedensprozeß siehe: Richard K. Herrmann, *Russian Policy in the Middle East. Strategic change and Tactical Contradictions*, in: *Middle East Journal*, Jg. 48, 1994, Nr. 3, S. 455-474, hier S. 459; sowie die russischen Darstellungen: Aleksandr Šein, *Bližnij vostok „po vertikali“ i „po gorizontali“*, in: MŽ, 1997, Nr. 8, S. 63-68; Georgij Mirskij, *Bližnij vostok i politika SŠA*, in: SŠA, 1998, Nr. 3, S. 30-43.

30 Ob ukreplenii Rossijskogo gosudarstva. Osnovnye napravlenija vnutrennej i vnešnej politiki, *Rossijskaja gazeta* (RG), 25.2.94; O dejstvennosti gosudarstvennoj vlasti v Rossii, RG, 17.2.95; *Svoboda i demokracija - glavnoe uslovie progressa i procvetanija*, RG, 24.2.96.



Seinen konzeptionellen, politischen Niederschlag fand das Denken von einer eigenständigen rußländischen Nahostpolitik erst, nachdem im Januar 1996 Jewgeni Primakow zum Außenminister berufen wurde. Er betonte, daß sich die Welt hin zur „Multipolarität“ entwickle. Primakow sah Rußlands Rolle darin, ein Gegengewicht gegen das Land aufzubauen, das versuche, diese Tendenz zu unterbinden und die internationalen Beziehungen zu dominieren. In den ersten Monaten vermied er es allerdings, explizit die USA zu nennen.<sup>31</sup> Mit Argumenten gestützt wurde dieser Kurs aus Kreisen der rußländischen Wirtschaft. Mitte 1996 formulierte etwa ein Autor des Wirtschaftsmagazins „Kommersant“ die Erwartung, daß unabhängig von der Tatsache, „daß Rußland heute natürlich nicht mehr die Rolle einer Supermacht beanspruchen kann“, Moskau sich entscheiden müsse, welchen Weg es in seiner Nahostpolitik nehme: „den an der Seite mit Washington oder einen eigenen, der auch zu einer offenen Konfrontation“ führen könne.<sup>32</sup> Vor allem die ökonomischen Interessen rußländischer Unternehmen in Iran, im Irak oder Libyen, gegen die Washington Wirtschaftssanktionen verhängt hatte, machten es nach Einschätzung dieses Autors nötig, gegen die USA Position zu beziehen - möglichst mit Rückendeckung aus Paris und London, wo aus ökonomischen Interessen ebenfalls die amerikanische Politik skeptisch betrachtet werde.

Seitdem sind aus der außenpolitischen Elite Rußlands immer häufiger ähnliche Stimmen zu vernehmen, wie die des Direktors des Orientinstituts der Akademie der Wissenschaften, Alexei Wassiljew, zur „Zukunft der rußländischen Politik im Nahen Osten“. Die Unterstützung der USA und der anti-irakischen Koalition sowie die anschließende Zusammenarbeit hätten Rußland keine „reale politische oder ökonomische Dividende gebracht. Sogar die Ko-Sponsorenschaft in den Nahostverhandlungen ist zum Zierwerk geworden, mit dem die dominierende Rolle der USA verschleiert wurde.“<sup>33</sup> Nach dem Golf-Krieg sei das Kräfteverhältnis im Nahen Osten gestört: Die militärisch-technologische Vormacht Israels habe zu einer „kolossalen strategischen Disbalance“ geführt. In den arabischen Staaten, so Wassiljew, „lösen die Fakten der unipolaren Welt unter politischen und intellektuellen Eliten sowie den Massen Gereiztheit und das Gefühl der Verzweiflung aus.“<sup>34</sup> Zwar sei der ehemalige Status als zweite Weltmacht verloren. Heute stelle sich ein doppeltes Problem: Einerseits müsse die Rückkehr zur Konfrontation aus den Zeiten des Ost-West-Konflikts und andererseits die Gefahr vermieden werden, im Nahen Osten mit Washington bzw. mit dem Westen identifiziert zu werden. Doch müsse Rußland einen eigenständigen Kurs im Nahen Osten verfolgen.

Dieses Streben, sich von den USA abzusetzen, steht auch hinter Rußlands Haltung in der Irak-Krise. Verstärkt wird es von direkten ökonomischen und politischen Interessen. Dies gilt auch für die Politik gegenüber Iran, den Golfstaaten oder Israel. Allerdings erleichtern die beschränkten ökonomischen und politischen Potentiale es Rußland nicht, eine eigenständige Politik in dieser Region zu verfolgen.

- 
- 31    Rossija iščet novoe mesto v mire. Interv'ju ministra inostrannyh del E. Primakova polit. obozrevatelju S. Kondrašovu, Iz, 6.3.96. Siehe dazu auch seinen programmatischen Beitrag mit dem bezeichnenden Titel „Am Horizont - eine multipolare Welt“: Evgenij Primakovs, Na gorizonte - mnogopoljusnyj mir, in: MŽ, 1996, Nr. 10, S. 3-13.
  - 32    Ivan Sergeev, Bližnij Vostok: posle buri Moskva vozvraščается v pustynju, in: Kommersant, 1996, Nr. 30, (13.8.), S. 26-28, hier S. 28.
  - 33    Aleksej M. Vasil'ev, Buduščee rossijskoj politiki na Bližnem Vostoke, in: Vestnik RAN, Jg. 68, 1998, Nr. 6, S. 493-504, hier 495.
  - 34    Ebenda, S. 498.



#### 4. Ökonomische Restriktionen und politische Potentiale der rußländischen Außenpolitik

Bereits in der Spätphase des Ost-West-Konflikts galt die Handlungsfähigkeiten der UdSSR als limitiert. Angesichts der im Vergleich zu den USA mäßigen ökonomischen Kapazitäten, des technologischen Rückstands und der schwachen kulturellen Ausstrahlung prägte Zbigniew Brzezinski das Wort von der UdSSR als „eindimensionaler Weltmacht“, deren Status einzig auf dem Militärpotential beruhe.<sup>35</sup> Aus dieser Zeit der Bipolarität rührt die Fixierung der rußländischen Elite auf die USA. Sie ist ein Erbe des sowjetischen Großmachtbewußtseins, ganz gleich ob sie mit positiven oder negativen Wertungen verbunden ist. Die USA bleiben *der* Bezugspunkt in der öffentlichen Debatte - und dies nicht nur im Rahmen der Nahostpolitik, sondern auch auf den anderen relevanten außenpolitischen Feldern, sei es bei der NATO-Osterweiterung, im Jugoslawien-Krieg oder in der Kosovo-Krise. Es lohnt sich, diese Fixierung auf die USA aufzunehmen, um eine Vorstellung von den ökonomischen Restriktionen zu erhalten, mit denen Rußland heute konfrontiert ist. Erst der Vergleich macht deutlich, in welchem Ausmaß sich die sozioökonomische Leistungsfähigkeit der beiden Länder in kaum mehr als einem Jahrzehnt auseinanderentwickelt hat.<sup>36</sup>

Verschärft wurde diese wirtschaftliche Auseinanderentwicklung durch die Auflösung der UdSSR. Belief sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der UdSSR zu Beginn der Perestroika noch etwa auf die Hälfte des amerikanischen, so beträgt das rußländische BIP nach einem Jahrzehnt weniger als ein Zehntel des amerikanischen.

Tabelle 2

*Die Entwicklung der sozioökonomischen und militärischen Faktoren der USA und Rußlands im Vergleich<sup>37</sup>*

Jahr	BIP in Mrd. \$		Verteidigungsausgaben in Mrd.\$		Bevölkerung in Mio.		Streitkräfte in Mio.		BIP pro Kopf in \$	
	UdSSR RF	USA	UdSSR RF	USA	UdSSR RF	USA	UdSSR RF	USA	UdSSR RF	USA
1985	2118	4054	277	258	278,9	238,5	3,9	2,2	9937	22240
1991	2531	5741	260	280	293,0	252,6	3,0	2,1	9072	23860
1995	626	6920	40	275	147,9	258,2	1,7	1,5	4221	26200

35 Zbigniew Brzezinski, The Soviet Union: The World Power of a New Type, in: Erik P. Hoffmann (Hg.), The Soviet Union in the 1980s, New York (Proceedings of the Academy of Political Science) 1984, S. 147-159, hier 151.

36 Das trotz kleiner Inkonsistenzen beste Zahlenmaterial liefern die Arbeiten von Sergej Rogov, dem Direktor des Amerika- und Kanada-Instituts der Rußländischen Akademie der Wissenschaften: Sergej Rogov, Rossija i SŠA na poroge XXI veka in: Svobodnaja mysl', 1997, Nr. 4, Nr. 29-45 und 1997, Nr. 5, S. 92-102. Siehe auch die Basisdaten in: Sergej Rogov, Bezopasnost' Rossii v mnogopoljarnom mire, in: Vestnik RAN, Jg. 66, 1996, Nr. 3, S. 201-221.

37 Sergej Rogov, Rossija i SŠA na poroge XXI veka in: Svobodnaja mysl'; 1997, Nr. 4, S. 29-45 hier S. 31. Die Zahlen basieren auf World Military Expenditures and Arms Transfers 1993-1994, Washington 1995, S. 80, 82 und 87; Rossija v cifrach 1995, Moskva 1996, S. 376; Statistical Abstract of the United States 1995, Washington 1995, S. 456.



Das Jahr 1995 stellt nicht den Endpunkt dieser divergierenden Entwicklung dar. 1996 ging das Bruttosozialprodukt Rußlands nochmals um sieben Prozent zurück, 1997 gab es ein Nullwachstum, während die USA ein Wachstum von 2,3 und 3,8 Prozent zu verzeichnen hatten.<sup>38</sup> Zwar verfügt Rußland noch immer über ca. fünfzig Prozent der weltweit vorhandenen Nuklearwaffen, zehntausende Tonnen biologischer und chemischer Kampfstoffe sowie etwa 20-25 Prozent der konventionellen Rüstung, „aber“, so Sergei Rogow, „diese kolossale Diskrepanz zwischen der militärischen Infrastruktur und der ökonomischen Basis wird unweigerlich zum ‘Austrocknen’ des Verteidigungspotentials Rußlands führen.“<sup>39</sup> In allen zentralen Bereichen der sozioökonomischen Leistungs- und Modernisierungsfähigkeit wie Ausbildung, Wissenschaft und Infrastruktur ist Rußland auf den 48. Rang aller Staaten der Welt zurückgefallen. Illusionslos warnt Rogow deshalb davor, sich auf den Irrweg einer Großmachtideologie zu begeben. „Die Vorstellung, Rußland sei verdammt, Großmacht zu sein, ist ein gefährlicher Mythos.“<sup>40</sup>

Wie eng die Grenzen außenpolitischer Aktionsfähigkeit gezogen sind, verdeutlicht eine andere Untersuchung, die von Alexei Arbatow durchgeführt wurde.<sup>41</sup> Mit dem genannten Bruttoinlandsprodukt, so der Befund, bewegt sich Rußland hinter Ländern wie Indien, Brasilien, Indonesien oder Mexiko. Mit nur sechs Prozent der Weltbevölkerung produzieren die USA 22 Prozent des Weltbruttosozialprodukts, während Rußlands Anteil mittlerweile auf weniger als zwei Prozent zurückgegangen ist. Arbatows Prognosen gehen davon aus, daß sich an dieser Konstellation in den kommenden zwei Jahrzehnten kaum etwas ändern wird. Denn da der Trend zur regionalen ökonomischen Integration verläuft, was insbesondere die Bedeutung Europas und Südostasiens steigern dürfte, ist auf absehbare Zeit selbst unter den für Rußland optimalen Bedingungen der Multipolarität keine substantiell wachsende Bedeutung auf internationaler Ebene zu erwarten.<sup>42</sup> Gleichzeitig wächst Rußlands Auslandsverschuldung. Bis Mitte 1998 mußte Rußland für Zinsen und Kredittilgung monatlich zwischen 800 Mio. und einer Mrd. Dollar aufbringen, ehe die Regierung nach dem Finanz-Crash im August 1998 die vorübergehende Zahlungsunfähigkeit und eine Aussetzung der Rückzahlungen verkündete.<sup>43</sup>

Vor dem Hintergrund dieser ökonomischen Lage differiert das Urteil der beiden Experten kaum. Einigkeit herrscht darüber, daß mit dem Ende der Bipolarität das militärische Machtpotential Rußlands an Relevanz verloren hat. Mit dem beispiellosen inneren Niedergang sei ein

---

38 Knowledge for Development. World Development Report 1998/99, Oxford (Oxford University Press) 1998, S. 191.

39 Sergei Rogov, Novaja povestka dnja v rossijsko-amerikanskich otnošenijach: ekonomičeskie aspekty, in: SŠA, 1998, Nr. 2, S. 3-18, hier S. 5.

40 Sergei Rogov, Rossijska i SŠA na poroge XXI veka, in: Svobodnaja mysl', 1997, Nr. 4, S. 29-45, hier 36. Die Parameter der Staaten finden sich in: Sergei Rogov, Bezopasnost' Rossii v mnogopoljarnom mire, in: Vestnik RAN, Jg. 66, 1996, Nr. 3, S. 201-221, hier S. 207.

41 Aleksej Arbatov ist Abgeordneter der Staatsduma, Mitglied der Jabloko-Fraktion und Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses. Bekannt wurde er als einer der profiliertesten russischen Wissenschaftler auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und amerikanischen Außenpolitik.

42 Siehe dazu Aleksej Arbatov, Vybor bez vybora. Rossijskaja federacija v XXI veke ne budet igrat' kakojlibo suščestvennoj roli, in: NG scenarii, 1998, Nr. 4, S. 13 [= Beilage zu NG, 8.4.98]; Aleksej Arbatov, Nacional'naja ideja i nacional'naja bezopasnost', Teil 1, in: Mirovaja Ekonomika i Meždunarodnye Otnošenija (MEiMO), 1998, Nr. 5, S. 5-21; Nacional'naja ideja i nacional'naja bezopasnost', Teil 2, in: MEiMO, 1998, Nr. 6, S. 5-19, hier S. 15-18.

43 Finansovyje rynki: uroki osennego krizisa, NG, 20.11.97.



dramatischer Bedeutungsverlust Rußlands in der internationalen Arena verbunden. Dies strahle auch auf die Gestaltungsmöglichkeiten Rußlands im Nahen Osten aus, meint Rogow:

„Moskau hat die Möglichkeit verloren, die Entwicklung in Europa, im Nahen Osten und im Fernen Osten, also in all den Regionen zu beeinflussen, die über Jahrhunderte lebenswichtige Bedeutung für Rußland hatten. In der Praxis wird Rußland von allen Bemühungen ferngehalten, den arabisch-israelischen Konflikt und die Situation auf der koreanischen Halbinsel zu regulieren.“<sup>44</sup>

Arbatow verlangt, illusionslos endlich die eigentlichen Prioritäten anzuerkennen: „Die Verhütung der endgültigen Desintegration und des Chaos' und nicht die Wiedergeburt der globalen Größe Rußlands ist in der nahen Zukunft die Hauptaufgabe jeder nationalen Politik.“<sup>45</sup> Dabei habe jedoch auch die westliche Welt anzuerkennen, daß es spezifische Interessen Rußlands geben könne, die nicht zwangsläufig mit denen Amerikas oder Europas identisch seien. Doch das ändere nichts an der eigentlichen Lage der rußländischen Außenpolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert:

„Heute und auf absehbare Zukunft wird Rußland lediglich in die Angelegenheiten seiner nächsten postsowjetischen Nachbarn einbezogen und lediglich marginal in die angrenzenden Gebiete Europas, des Nahen und des Fernen Ostens, Kleinasiens und Südasiens. [...] Das globale Spiel Moskaus ist auf lange Zeit beendet.“<sup>46</sup>

Die begrenzten ökonomischen Kapazitäten Rußlands stellen übrigens eine Versicherung gegen all die außenpolitischen Unwägbarkeiten dar, die sich aus der politischen Instabilität des Landes und den immer wieder zu hörenden mannigfaltigen Drohgebärden einzelner Politiker vom Schlage eines Schirinowski gegen Nachbarstaaten zu ergeben scheinen. Der fortgeschrittene Verlust ökonomischer Machtfähigkeit, der Abstieg des Landes zu einer wirtschaftlichen Mittelmacht, darf jedoch nicht als Beweis dafür fehlinterpretiert werden, Rußland sei international ohnmächtig. Es genügt, an Max Webers klassische Definition von Macht zu erinnern, als *„jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“*<sup>47</sup>

44 Sergej Rogov, Novaja povestka dnja v rossijsko-amerikanskich otnošenijach: ekonomičeskie aspekty, in: SŠA, 1998, Nr. 2, S. 3-18, hier S. 5.

45 Aleksej Arbatov, Nacional'naja ideja i nacional'naja bezopasnost', Teil 2, in: MEiMO, 1998, Nr. 6, S. 5-19, hier S. 9.

46 Ebenda, S. 8. Um der völligen äußeren Marginalisierung zu entgehen und eine innere Reformperspektive zu eröffnen, plädiert er in den hier erwähnten Arbeiten für ein Denken in langfristiger Perspektive. Im beiderseitigen Interesse stehe die Vereinigung von Rußland und West-Europa zu einem „Groß-Europa“. Dieses werde die Folge der zu beobachtenden ökonomischen Regionalisierungsprozesse in der Weltwirtschaft sein, die bereits heute durch wachsenden politischen Regionalismus unterfüttert werden. Rußland werde von dieser Regionalisierung und diesem Regionalismus ordnungs- und sicherheitspolitisch profitieren. Zum einen könne so der unvermeidliche Modernisierungsschub forciert werden, zum anderen wachse eine sicherheitspolitische Rückversicherung gegen China, in dem Arbatow wegen konkurrierender territorialer Ansprüche und der disparaten demographischen Entwicklung in den beiden Ländern nördlich und südlich des Amur den potentiell realistischsten Konfliktpartner der Rußländischen Föderation in der Zukunft sieht.

47 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen (J.C.B. Mohr), 1985, S. 28. Hervorhebungen von M.S.



Das politische Machtpotential bleibt der Rußländischen Föderation bis auf weiteres erhalten. Der gleichzeitig konkrete und amorphe Charakter der rußländischen Macht ist unverkennbar. Eine „Macht-Chance“ bietet der Ständige Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Dieser bietet die institutionell abgesicherte Basis für eine eigenständige Politik, die entweder durch das Vetorecht oder durch Koalitionsbildungen mit anderen Ständigen Mitgliedern ausgeübt werden kann. In der Regel bleibt diese eine reaktive oder eine Verhinderungs-Macht. Doch die Fähigkeit zur Gegenmachtbildung bleibt bestehen. Ob „aktiv“ oder „reaktiv“ - das ist in einer Hinsicht egal: Jeweils lassen sich nach innen und außen die eigene Handlungsfähigkeit und der Status der herrschenden Regierung oder des Landes demonstrieren. Daneben zeichnen sich auch aktive und konstruktive Machtpotentiale ab. Gerade die ökonomische und vermeintlich auch die technologische Machtarmut Rußlands gegenüber den USA bietet Machtressourcen, die die Voraussetzung bietet, *den eigenen Willen* und eigene Interessen im Nahen Osten zu verfolgen. Es handelt sich hier um die Macht des Schwächeren. Wie jede Macht ist auch diese relativ und relational, es handelt sich also um eine „nur verhältnismäßige“ Macht, und sie „ist in Beziehung stehend“ - in diesem Fall zur Macht und Stärke des Mächtigen. Im vorliegenden Fall verrät sie viel über die Entwicklung der politischen Systeme und Gesellschaften im Nahen Osten. Noch mehr steht sie in Beziehung zur Stellung der Vereinigten Staaten in dieser Region. Dies illustriert der Konflikt um die Rüstungskontrollen im Irak besonders deutlich.

## 5. Rußland und der Irak-Konflikt

Der Konflikt zwischen dem Irak und den Vereinten Nationen geht ins neunte Jahr. Den Anlaß gab die irakische Annexion von Kuwait am 2. August 1990. Noch am selben Tag verurteilte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen den Einmarsch und verlangte den sofortigen und vollständigen Rückzug. Mit der Resolution 661 vom 6. August 1990 verhängte der Rat ein Wirtschaftsembargo und verschärfte die Sanktionen, als der Irak keine Anstalten machte, seine Truppen aus Kuwait abzuziehen. Seitdem besteht ein umfassendes Handels-, Finanz- und Waffenembargo.<sup>48</sup> Für den Fall, daß der Irak die UN-Resolutionen ignorieren würde, bereiten die USA einen militärischen Feldzug zur Befreiung Kuwaits vor. Am 29. November 1990 ermächtigte der Sicherheitsrat qua Resolution 678 Kuwait und alle „Mitgliedsstaaten, die mit der Regierung Kuwaits kooperieren“, den Irak „mit allen erforderlichen Mitteln“ zur Befolgung der bisherigen Resolutionen, vor allem zum Rückzug aus Kuwait, zu zwingen. Nachdem Kuwait durch die Anti-Irak-Koalition befreit worden war und der Irak kapituliert hatte, formulierte der Sicherheitsrat in der Resolution 687 vom 3. April 1991 detaillierte Waffenstillstandsbedingungen, die mit der Annahme durch den Irak in Kraft traten. Darin wird geregelt, unter welchen Umständen der Irak mit der Aufhebung der Sanktionen rechnen kann. Unter anderem sind es die Anerkennung der Grenzen und der Souveränität Kuwaits, die Freilassung von verschleppten Personen sowie die Rückgabe von gestohlenem Eigentum und Reparationszahlungen. Doch vor allem verlangt der Sicherheitsrat die Zerstörung aller irakischen Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen. Für die Erfassung, die Zerstörung und die Überprüfung wurde ein Nebenorgan des Sicherheitsrates gebildet, die „UN-Sonderkommission für

---

48 Siehe dazu die einschlägigen Resolutionen 660 vom 2.8.90, 661 vom 6.8.90, 665 vom 25.8.90, 666 vom 13.9.90, 670 vom 25.9.90, alle unter <http://www.un.org>.



die Vernichtung der Massenvernichtungswaffen im Irak“ („United Nations Special Commission for the Elimination of Iraq's Weapons of Mass Destruction, UNSCOM“). Mit der Überprüfung, Verwahrung und Beseitigung eventuell vorhandener nuklearer Waffen und kernwaffenfähigen Materials wurde die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) beauftragt.<sup>49</sup>

Die Sowjetunion trug alle gegen den Irak gerichteten Resolutionen mit. Allerdings hatte es darüber zuvor einen internen Richtungsstreit gegeben. Gorbatschow, in dieser Phase innenpolitisch unter Druck, weil er zwischen alle Fronten aus nationalen Unabhängigkeitsbewegungen im Baltikum, Kaukasus und den Machtansprüchen Jelzins auf rußländischer Ebene auf der einen und der wachsenden konservativen Opposition auf der anderen Seite geraten war, repräsentierte die eine Strömung. Diese strebte nach stärkerer Abgrenzung von den USA. Er bediente sich dabei seines außenpolitischen Beraters und Mitglieds im Präsidialrat, Jewgeni Primakow, der als „Sondergesandter“ nach Bagdad reiste, um auf diplomatischem Wege Saddam Hussein zum Einlenken zu bewegen und einen eigenen Friedensplan durchzusetzen - vergeblich. Dagegen setzte die offizielle Außenpolitik unter Schewardnadse auf die multilaterale Konfliktlösung. Für sie war die Golf-Krise ein Testfall der Prinzipien des „Neuen Denkens“. Insbesondere wurde die übergeordnete Rolle deutlich, die Moskau den Vereinten Nationen bei der Regelung regionaler Konflikte beimaß. Doch die sowjetische Intention ging ins Leere. Tatsächlich verstanden es die zu dieser Zeit im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vertretenen Staaten überhaupt nicht, diese Chance zu nutzen. Der Sicherheitsrat begnügte sich durch die Resolution 678 mit der Mandatierung und der Legitimation der Militäraktion und bezog sich hier auf das in Artikel 51 der UN-Charta verbürgte Recht auf kollektive Selbstverteidigung. Die existierenden Ansätze, seine Kompetenzen auszudehnen und Einfluß auf die Art der Kriegsführung zu gewinnen, etwa durch die Aktivierung des Generalstabsausschusses, wurden nicht ernsthaft verfolgt.<sup>50</sup> Die Abkehr vom Irak zum einen und die von Schewardnadse repräsentierte Politik zum anderen stießen in der UdSSR auf heftige Kritik von seiten führender Militärs und konservativer Abgeordneter im Obersten Sowjet. Ohnehin sahen sie im „Neuen Denken“ die Zerstörung des eigenen Bündnissystems, einen Verrat an den Interessen der Sowjetunion und des Sozialismus. Letztlich nutze diese Politik einzig den USA.<sup>51</sup> Es gehört zur Ironie der Geschichte, daß die kommunistischen Hardliner hier Recht behalten sollten. Doch nicht das „Neue Denken“ in der Außenpolitik, sondern sie selbst trieben mit ihrem Putschversuch am 19. August 1991 den Nagel in den Sarg der UdSSR, aus dem seither die mitunter nostalgisch parfümierten Verwesungsgerüche des Staatssozialismus und des „sozialistischen Bündnissystems“ hervordringen. Und was die Stellung der USA betrifft, so schufen ihre politische Durchsetzungsfähigkeit, das Zögern des Sicherheitsrates und die innerstaatliche Schwächung und Ablenkung der zwei Ständigen Mitglieder China und UdSSR die Voraussetzungen für eine besondere Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika, die sie bis heute in der Irak-

49 Siehe dazu die Res. 678 vom 29.11.90, 686 vom 2.3.91, Res. 687 vom 3.4.91 unter <http://www.un.org>.

50 Siehe Erskine B. Childers, Gulf Crisis Lessons for the United Nations, in: Bulletin of Peace Proposals, Jg. 23, 1992, Nr. 2, S. 129-138.

51 Siehe Richard Weitz, The USSR and the Confrontation in the Gulf, in: Report on the USSR, Jg. 2, 1990, Nr. 33, S. 1-7; Suzanne Crow, Soviet Union Pursues Dual Policy on Iraq, in: Report on the USSR, Jg. 2, 1990, Nr. 40, S. 6-8; Richard Weitz, The Gulf Conflict and the USSR's Changing International Position, in: Report on the USSR, Jg. 2, 1990, Nr. 41, S. 1-5; Suzanne Crow, The Gulf Conflict and Debate over Soviet „National“ Interest, in: Report on the USSR, Jg. 3, 1991, Nr. 6, S. 15-17; Christian Zänker, Zwischen alten Interessen und „neuem Denken“: Die Haltung der Sowjetunion, in: Gert Krell/Bernd W. Kubbig (Hg.), Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven, Frankfurt (Fischer) 1991, S. 111-119.



Krise spielen, etwa wenn sie Beschlüsse des Sicherheitsrates durch die Androhung und Durchführung amerikanischer Luftangriffe zu erzwingen versuchen. Sie schlüpfen damals, nach der glücklichen Formulierung des Ex-Diplomaten und Harvard-Professors Philip Zelikow, in „die Maske der Institution“. Die Motivlage hinter dieser Konstellation liegt auf der Hand. Es ist nicht nur die Möglichkeit, die finanziellen Lasten des Krieges auf mehrere Länder verteilen zu können. „Die USA bevorzugen das multilaterale Instrument der UN, um sich nicht als einsamer ‘Weltpolizist’ zu exponieren; [...] die anderen Großmächte ihrerseits finden es für ihr Prestige erträglicher, bei der ‘Maskerade’ mitzuspielen, statt einen offenen amerikanischen Unilateralismus tolerieren zu müssen, zumal Gewinnerwartungen in anderen Bereichen für die Kooperation mit den USA sprechen.“<sup>52</sup>

Im rußländischen Meinungsspektrum waren mit dem Angriff der konservativen Kräfte auf Schewardnadses Kurs die Konfliktlinien markiert, entlang derer seither der Irak-Konflikt wahrgenommen wird. Für jene politischen Kräfte, die entweder der Rolle des eigenen Landes als furchterregende Großmacht nachtrauern, sich dem so überraschend verschiedenen Gedanken des weltweiten Klassenkampfes verpflichtet fühlen oder einfach nur stabile anti-amerikanische oder anti-semitische (und damit anti-israelische) Ressentiments als Fixpunkte ihrer Weltanschauung pflegen, ist der Platz an der Seite des Irak, dessen Politik sie leicht in ihr Koordinatensystem integrieren können. Für sie sind Saddam Hussein oder der Irak Märtyrer der Staatenwelt, die sich den USA nicht beugen. Das Verhalten des übrigen politischen Spektrums in der Rußländischen Föderation, einschließlich der Regierung, ist differenzierter.

Unter den Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen herrschte in den ersten Jahren des Konflikts Übereinstimmung darüber, daß der Irak die eingegangenen Verpflichtungen der Resolution 687 zu erfüllen hat, ehe über die Aufhebung der Sanktionen gesprochen werden kann. Daran änderte sich zunächst auch nichts, als Rußland als Rechtsnachfolger den Sitz der Sowjetunion übernahm. Gelegenheit, diese Einigkeit unter Beweis zu stellen, bot sich sehr bald, als das Regime unter Saddam Hussein die erste Machtprobe mit den Vereinten Nationen suchte. Anderthalb Jahre nach Unterzeichnung des Waffenstillstands hinderte der Irak am 24. Oktober 1992 zum ersten Mal UN-Inspektoren am Zutritt zu Gebäuden, in denen sie Waffenkontrollen durchführen wollten. Anschließend provozierte der Irak andere Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens. Im Januar 1993 setzte Hussein Truppen bis über die kuwaitische Grenze in Bewegung. Wenig später brach er das Flugverbot in den Schutzzonen im Süden und Norden des Landes - beides beantworteten die USA, einmal mit französischer und britischer Unterstützung, mit Bombardements. 1994 kündigte er die neuerliche Annexion Kuwaits an und machte Truppen mobil. Vor allem aber die Behinderungen der Waffen-Inspektionen durch die UNSCOM gehören seitdem zur Praxis.<sup>53</sup> Allein 1998 unterband das irakische Regime dreimal die Arbeit der Inspektoren vollständig: so geschehen am 13. Januar, am 4. August und am 30. Oktober 1998. Jeweils drohte so der Konflikt zwischen dem Irak und den UN in eine Krise oder einen Krieg zu eskalieren.

Kern des bis heute nicht ausgeräumten Konflikts sind zwei sich ausschließende Forderungen. Der Irak verlangt die sofortige Aufhebung aller Sanktionen. Der Sicherheitsrat der Vereinten

---

52 So die Analyse von Werner Link, *Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, München (Beck) 1998, S. 114. Zelikow entwickelt seinen Gedanken bei der Untersuchung der amerikanischen Interessen an der Osterweiterung der NATO in Europa. Vgl. Philip Zelikow, *The Masque of Institutions*, in: *Survival*, Jg. 38, 1996, Nr. 1, S. 6-18.

53 Eine Chronik seit 1990, auf der im folgenden, wenn nicht anders erwähnt, die ereignisgeschichtliche Darstellung der Eskalation basiert, bietet: *Machtpoker zwischen Bagdad und den UN*, FAZ, 24.2.98.



Nationen besteht zuvor auf der vollständigen und ungehinderten Durchführung der Inspektionen und macht die Aufhebung der Sanktionen von der Erfüllung der Bedingungen abhängig, die dem Irak auferlegt worden waren. Das Kalkül des irakischen Diktators ist seit Jahren dasselbe. Er versucht, Druck auf die Vereinten Nationen in der Hoffnung auszuüben, so einen Keil zwischen die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zu treiben und Unterstützung für sein Anliegen zu erhalten. Der ursprüngliche Konsens ist zerbrochen. Immer lauter macht sich Rußland - in dessen Windschatten auch China und Frankreich -, für die Aufhebung der Sanktionen und eine neue Politik mit dem Irak stark. Dagegen zeigen sich die USA - unterstützt von Großbritannien - unversöhnlich und verweigern die Aufhebung der Sanktionen. In Rußlands Irak-Politik im Sicherheitsrat lassen sich zwei Phasen unterscheiden. Die erste ist von konsensualer Kooperation mit den anderen Ständigen Mitgliedern des Rates geprägt. Die zweite zeichnet sich durch antagonistische Kooperation aus, wobei Rußland Gegenmachtbildung zu den USA betreibt. Beide Kooperationsformen schlagen sich auch in der innenpolitischen Instrumentalisierung und der Bedeutung des Iraks in der öffentlichen Meinung Rußlands nieder.

### 5.1. Der Irak als Gegenstand konsensualer Kooperation

Das Verhalten Rußlands bzw. zunächst das der UdSSR war von Konsens mit den anderen Ständigen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat geprägt. Diese erste Periode datiert von der Verhängung der Sanktionen im August 1990 bis Ende 1994. Die Belastungsprobe war die erste Krise 1993, als der Irak die UN-Resolution verletzte: Nachdem irakische Truppen über die Grenze nach Kuwait eingedrungen waren, bombardierten amerikanische Kampfflugzeuge am 13. Januar 1993 irakische Raketenstellungen in der Flugverbotszone. Am 27. Juni 1993 kam es zu einer neuen Beschießung von irakischen Aufklärungsstellungen mit amerikanischen Marschflugkörpern. Im Vorfeld beider Entscheidungen war Moskau kontaktiert worden. In Rußland meldeten sich vor allem Stimmen aus dem Umfeld der radikalen nationalpatriotischen oder kommunistischen Opposition zu Wort. So erklärten Vertreter der „Front der nationalen Rettung“ ihre Solidarität mit dem Irak. Politiker wie Sergei Baburin verdammt die amerikanischen Reaktionen als „Angriffe des US-Imperialismus“ und verlangten, Rußland solle seine Kooperation mit den USA im Sicherheitsrat abbrechen und statt dessen dem Irak militärischen Schutz gewähren. Für Wladimir Schirinowski stellte diese Krise den Auftakt zu regelmäßigen Reisen in den Irak dar, wo er seither immer wieder mit Saddam Hussein zusammentrifft. Die Fraktion seiner rechtsextremen Liberaldemokratischen Partei (LDPR) startete in der Staatsduma Initiativen, mit denen die Regierung aufgefordert wurde, das Embargo gegen den Irak und Libyen brechen. Die Unterstützung des Irak und die Wiederherstellung der Kontakte zu den traditionellen sowjetischen Partnern im Nahen Osten stellt für die LDPR seither eine außenpolitische Priorität dar.<sup>54</sup> Vor dem Außenministerium versammelten sich gerade mal drei Dutzend Demonstranten. Diese schwachen Proteste verhallten ungehört. Außenminister Kosyrew und Vertreter seines Ministeriums stellten sich demonstrativ hinter die Vereinigten Staaten. Der

---

<sup>54</sup> Anatolij V. Kasatkin, Stanet li Bližnij Vostok Rossijskim prioritetom?, in: MŽ, 1994, Nr. 4, S. 68-74, hier S. 72/73.



Irak habe die Angriffe durch sein intransigentes Verhalten zu verantworten und damit den Schlüssel zur Entspannung der Lage selbst in der Hand.<sup>55</sup>

Die offizielle Politik hatte andere Prioritäten, vor allem innenpolitische. Wenn ein außenpolitisches Thema überhaupt Beachtung befand, dann war es der Krieg im ehemaligen Jugoslawien. In der Öffentlichkeit genoß das Thema Irak keine Aufmerksamkeit. Die wenigen Untersuchungen zur Öffentlichen Meinung, die aus dieser Zeit vorliegen, mahnen zur Vorsicht anzunehmen, daß die jahrzehntelangen Beziehungen zwischen dem Irak und der UdSSR das Irak-Bild in der Bevölkerung nachhaltig positiv beeinflußt hätten. Eine 1993 an der Moskauer Staatsuniversität durchgeführte Untersuchung setzte sich das Ziel, politische Stereotypen über insgesamt 90 Länder zu analysieren und so ein Bild von der „subjektiven politischen Geographie“ zu zeichnen.<sup>56</sup> In einer Cluster-Analyse wurden insgesamt 36 Deskriptoren wie „innere Ordnung“, „Stabilität“, „eigenständige Außenpolitik“, „Industrialisierung“, „Ökonomische Abhängigkeit“, „Prosperität“, „Bildung“ abgefragt. Die Respondenten konnten ihre Einschätzung auf einer numerischen Skala eintragen. Diese Faktoren wurden zu letztlich fünf Grundkategorien aggregiert: 1) „Politische Stabilität und Prosperität“, 2) „Ökonomische Freiheit“, 3) „Freundschaftlich gegenüber Rußland“, 4) „Militärische Macht“ 5). „Religiosität und geistige Traditionen.“ Das Ergebnis der im vorliegenden Fall interessanten Grundkategorien eins bis vier ist aus den beiden folgenden Koordinatensystemen zu ersehen.

---

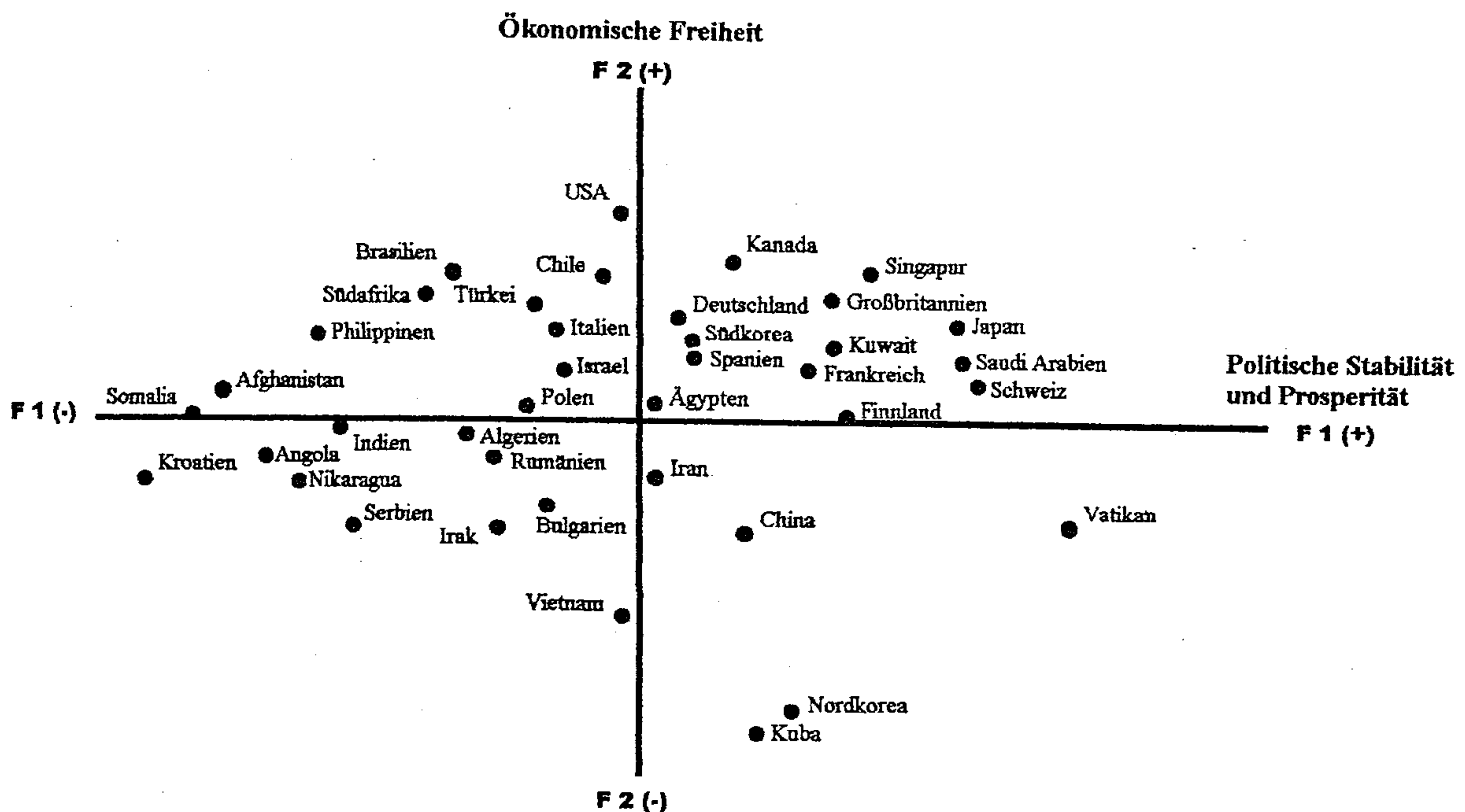
55 RFE/RL News Briefs, 2, 1993, 4, 4 sowie ebd. 2, 1993, 5, 1-2, Zajavlenie predstavitelja MID RF po povodu aviaudara SŠA, Anglii i Francii po Iraku 13 janvarja 1993, Moskva 14.1.93, in: Diplomaticeskij vestnik, 1993, Nr. 3-4, S. 51.

56 V. F. Petrenko/O. V. Mitina, Imidž Kuvejta i Iraka v rossijskom obščestvennom soznanii, in: V. F. Petrenko/O. V. Mitina (Hg.), Psichosemantičeskij analiz dinamiki obščestvennogo soznanija: Na materiale političeskogo mentaliteta, Moskva (MGU-izd.) 1997, S. 98-103.



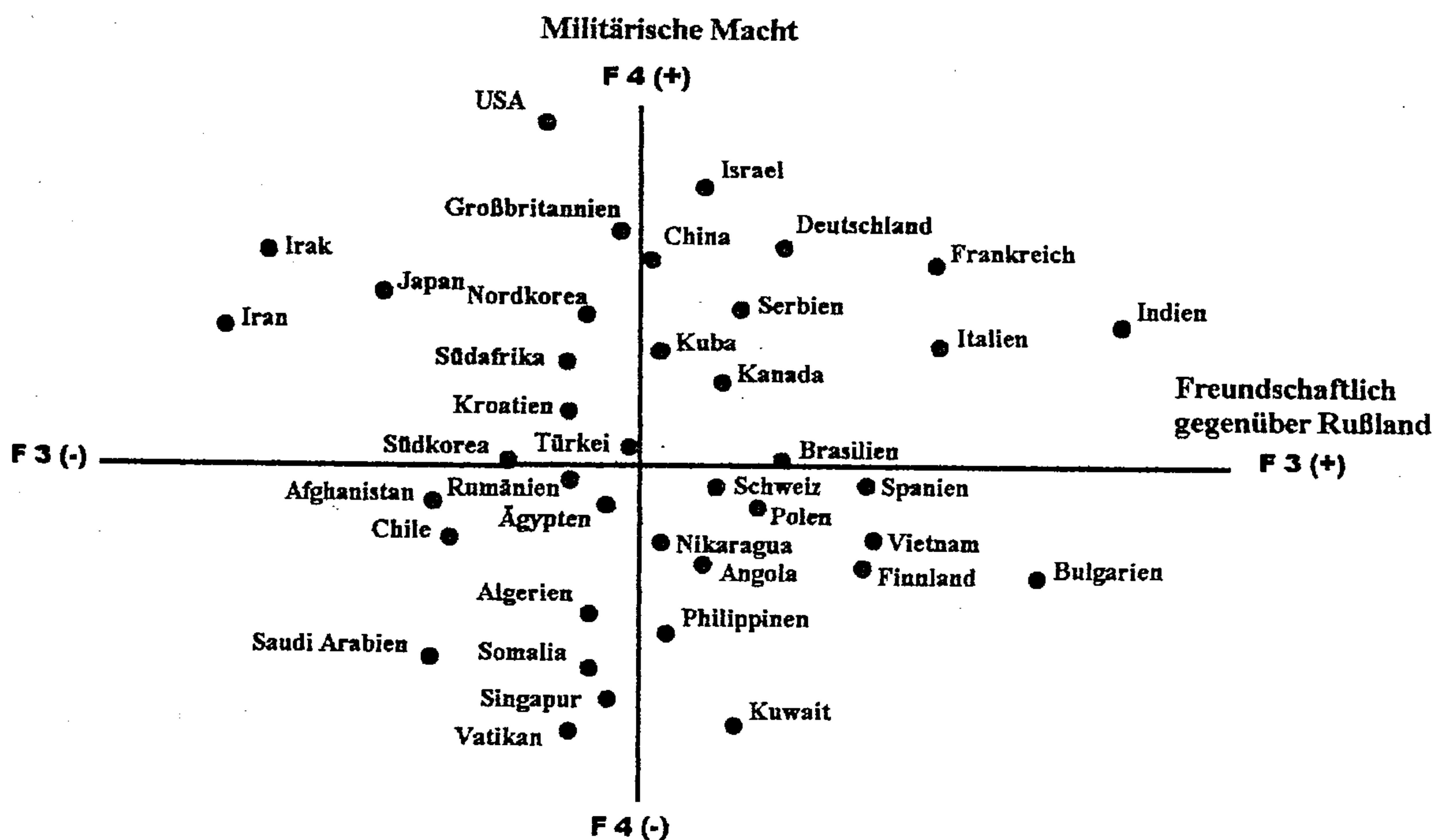
Graphik 1

1) „Politische Stabilität und Prosperität“, 2) „Ökonomische Freiheit“



Graphik 2

3) „Freundschaftlich gegenüber Rußland“, 4) „Militärische Macht“



Was die „ökonomische Freiheit“ betrifft, stehen die USA und Kanada an der Spitze, doch Kanada wird deutlich als politisch stabiler und prosperierender eingeschätzt. Auf dieser Achse genießen Vatikan, Schweden, Saudi-Arabien und Japan die höchste Anerkennung in der ruß-



ländischen Stereotypenbildung. Kuwait gilt danach als deutlich politisch stabiler und ökonomisch attraktiver und leistungsfähiger als der Irak. Die eigentliche Überraschung bietet der dritte Faktor: Als am stärksten „freundschaftlich gegenüber Rußland“ gesonnen galten 1993 Bulgarien, Finnland, Indien. Aber als am wenigsten freundschaftlich gesonnen wurden der Irak, Iran und - nota bene: wohl wegen der bis heute ungeklärten Kurilenfrage - auch Japan eingestuft. Das Bild Kuwaits war besser als das des langjährigen Verbündeten Irak.

Die Solidarisierung mit dem Irak war während dieser Zeit ein randständiges Phänomen. Erst während der zweiten Krise zerbrach der Konsens. Im Oktober 1994 setzte sich Moskau zum ersten Mal für die Aufhebung der Sanktionen ein. Seitdem vertritt Rußland diese Forderung. Von diesem Dissens blieb die Kooperation unter den Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats unbeeinflusst. Der Krise war ein irakischer Truppenaufmarsch in Richtung Kuwait vorausgegangen. Nun setzte sich Rußland von den anderen Ständigen Mitgliedern ab und forderte für den Fall, daß der Irak Kuwait anerkennen würde, eine Gegenleistung vom Sicherheitsrat. Außenminister Kosyrew gelang es, die irakische Führung dazu zu bewegen. Am 11. November 1994 erkannte der Irak die Grenzen und die Souveränität Kuwaits an und erfüllte so eine wichtige Voraussetzung für die Aufhebung des Embargos.<sup>57</sup>

## 5.2. Der Irak als Gegenstand antagonistischer Kooperation

Der Beginn der kooperativ-antagonistischen Phase läßt sich auf Jewgeni Primakows Amtsantritt als Außenminister am 9. Januar 1996 datieren. Zu seinen Leitbegriffen sollten „Diversifizierung“ und „Multipolarität“ werden. Er bemühte sich nun, Rußlands Westorientierung abzuschwächen und sich insbesondere stärker gegenüber den USA abzugrenzen. Daß damit auch antagonistische Elemente in den Beziehungen zwischen Rußland und den USA an Bedeutung gewannen, zeigte sich im Irak-Konflikt. Dies wurde auf dem Höhepunkt der Eskalationsspirale während der dritten Krise vom Oktober 1997 bis Februar 1998 besonders deutlich. Über die gesamte Zeit grenzte sich Rußland nicht nur rhetorisch von Washington ab, sondern verfolgte eine eigenständige Politik, die der amerikanischen entgegenlief. Der rußländischen Diplomatie gelang es nun auch, Positionen zu formulieren, welche die Unterstützung anderer Ständiger Mitglieder des Sicherheitsrates und anderer Staaten fanden. Bemerkenswert waren auch die innenpolitischen Folgen: Primakows Gegenmachtbildung auf UN-Ebene wirkte mobilisierend und integrierend. Der Irak-Konflikt gewann in der Publizistik mehr Aufmerksamkeit. Im innenpolitischen Kräftespiel hob er vorübergehend die wechselseitige Lähmung auf. Hier kam es erstmals zu einem Schulterschuß zwischen Präsident, Regierung und der von Kommunisten und Nationalpatrioten dominierten Staatsduma.

Den Auftakt der neuerlichen Krise bildete wiederum eine Verletzung der UN-Resolutionen: Am 17. Oktober 1997 kündigte der Irak an, die Zusammenarbeit mit den UN-Inspektoren einzustellen, am 2. November verweigerten die irakischen Behörden den Inspektoren den Zutritt zu einigen Militäranlagen und Mitte November verwiesen sie zehn amerikanische Inspektoren des Landes. Als Begründung nannte die irakische Führung, die USA mißbrauchten die Inspektionen zur Spionage. Erst wenn die Amerikaner nicht mehr die Inspektionsteams dominierten und die Aufhebung der Sanktionen zugesagt werde, könne UNSCOM seine Tätigkeiten fort-

---

57 Moskve nužen pročnyj mir, Vašingtonu - malen'kaja pobedonosnaja vojna, NG, 12.11.94; RFE/RL Daily Report 196, 14.11.94.



setzen. Der Sicherheitsrat verurteilte diese Haltung, und auch die USA reagierten unzweideutig. Präsident Clinton drohte am 10. November 1997 mit „schwerwiegenden Konsequenzen“ und ließ, um Mißverständnisse über die Art dieser Konsequenzen auszuschließen, die amerikanische Militärpräsenz in der Region verstärken.

In Moskau reagierte die Staatsduma zuerst. Auf Initiative der LDPR-Fraktion verabschiedete sie am 14. November mit 259 zu 37 Stimmen eine Resolution, in der Präsident Jelzin aufgefordert wurde, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um eine Militäraktion zu verhindern, im UN-Sicherheitsrat ein Veto gegen derartige Pläne einzulegen und sich für die Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak einzusetzen.<sup>58</sup> Diese Resolution verstanden die Hauptakteure als Startfreigabe für eine neue Runde oppositioneller Reisediplomatie: Als Speerspitze slawischer Solidarität mit dem Irak flogen der Chef der Kommunistischen Partei, Gennadi Sjuganow, und der LDPR-Boß und notorische Hussein-Freund Wladimir Schirinowski herbei. Der KP-Chef beließ es während seines dreitägigen Bagdad-Besuchs Ende November bei Worten und forderte die sofortige Aufhebung der Sanktionen. Wladimir Schirinowski startete mit 21 Parteifreunden einen Monat später, um fünf Tonnen Medikamente nach Bagdad zu bringen. Ein auf Einladung von Saddam Hussein gestarteter dritter Flug mit zahlreichen Abgeordneten der LDPR und anderen Mitgliedern der Staatsduma geriet gar zur Posse. Schirinowskis Maschine erhielt wegen der Sanktionen und der fehlenden Ausnahmegenehmigung durch die UNO keine Überflugrechte für Aserbaidschan und Iran. So wurde sie nach einem Zwischenstopp in der armenischen Hauptstadt Jerewan festgehalten, wo es, um den Start zu erzwingen, nicht nur zu einem Hungerstreik, sondern auch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Herrn Schirinowski und dem Botschafter Rußlands in Armenien kam.<sup>59</sup>

Lange bevor die Oppositionsführer in Bagdad ihre Aufwartung machen konnten, hatte die offizielle Diplomatie bereits gehandelt und vollendete Fakten geschaffen. Diese Handlungsfähigkeit des rußländischen Außenministeriums, unabhängig von den Vereinten Nationen einen Vermittlungsversuch zu starten, um einen Militärschlag der USA abzuwenden, hatte viel mit der Person Primakow und der besonderen Konstellation zu tun, die sich nach seiner Berufung zum Chef des Außenministeriums (MID) ergeben hatte. Zum einen unterhielt Primakow seit über 30 Jahren persönliche Beziehungen zu Saddam Hussein und zu anderen führenden Politikern des Nahen Ostens. Diese Kontakte gehen zum Teil zurück auf die Zeit von 1966 und 1970, als Jewgeni Primakow, der übrigens über ausgezeichnete Arabischkenntnisse und eine gute Reputation als Wissenschaftler und Nahost-Kenner verfügt, als Sonderkorrespondent der *Prawda* aus dem arabischen Raum berichtet hatte.<sup>60</sup> Die Handlungsfähigkeit und die Glaubwürdigkeit Rußlands als Vermittler wuchsen durch ein geradezu „orientalisches Netzwerk“, das Primakow im Außenministerium installiert hatte und das über exzellente Kenntnisse über die Region und gute Beziehungen zu wichtigen Akteuren im Nahen Osten verfügte. In einem fragilen politischen System wie dem Rußlands, das weniger über formale institutionelle Kompetenzen und Prozeduren funktioniert als über Seilschaften und Protektionen, sind funktionie-

58 Duma rabotala, predvkušaja otstavki v pravitel'stve, NG, 15.11.97; RFE/RL Newslines, Vol. 1, No.157, Part I, 11.9.97. Die 37 Gegenstimmen stammten aus dem Umfeld der demokratischen Jabloko-Fraktion, deren Mitglied Vladimir Lukin in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses einen eigenen Resolutionsentwurf eingebracht hatte, der zurückhaltender formuliert war.

59 RFE/RL Newslines, Vol. 1, No.169, Part I, 1.12.97 und Vol. 1, No.186, Part I, 29.12.97.

60 Siehe das Portrait von Evgenij Primakov: Igrok mnogopoljusnogo mira, in: Figury i lica, Nr. 12 (13), Juli 1998, S. 9 u. 11 (Beilage zur NG, 4.7.98). Vgl. auch Uwe Halbach, Ein Jahr Primakov. Bilanz russischer Außenpolitik, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 1997, Nr. 4.



rende personale Netzwerke auch in der Außenpolitik unverzichtbar. Hier wirkten mit Primakow, dem Stellvertretenden Außenminister Wiktor Possuwaljuk und dem Leiter der „Abteilung Naher Osten und Nordafrika“, Andrei Wdowin, drei Orientalisten als Hauptakteure. Zwei weitere Schlüsselstellen im Außenministerium unterstanden in dieser Phase qualifizierten Arabisten: Gennadi Tarassow die Informations- und Presseabteilung sowie Robert Markarjan das Generalsekretariat.<sup>61</sup> Da erstaunt es nicht, daß die Diplomatie die Rolle Rußlands im Nahen Osten aufzuwerten verstand und die Chance zur Profilbildung beim Schopfe packte.

Tatsächlich gelang es Primakow und seinem Team, der irakischen Führung am 19. November 1997 die Zusage abzurufen, daß die ausgewiesenen Inspektoren ihre Tätigkeit wiederaufnehmen könnten. Im Gegenzug versprach er, sich stärker für die Lockerung der Sanktionen und die Erhöhung der aus humanitären Gründen erlaubten Ölausfuhren einzusetzen. Zunächst schien Primakows Initiative von Erfolg gekrönt - nimmt man die Reaktionen diesseits und jenseits des Pazifiks zum Maßstab. In Rußland wurde dieses Ergebnis überschwenglich begrüßt: Moskau habe seine Fähigkeit als Konfliktlöser unter Beweis gestellt und die Welt vor einem neuen Krieg bewahrt. „Dieser Erfolg ist der erste seiner Art in den letzten Jahren. Diesmal trat Rußland nicht als Land auf, das seine Rechte verteidigt, wie das in den letzten Jahren aus vielen Gründen nötig war, sondern als Weltmacht.“<sup>62</sup> Ein anderer außenpolitischer Beobachter verstieg sich zu dem Urteil, die Regelung der Irak-Krise durch Primakow habe gezeigt, daß Moskau den amerikanischen Ansprüchen auf globale Führung die Waage halten könne.<sup>63</sup> Besser läßt sich kaum ausdrücken, daß sowohl die rußländische Politik als auch ihre Rezeption in der öffentlichen Meinung des Landes den Ideen der *Balance of Power* und damit der Gegenmachtbildung verpflichtet sind. Da erstaunt es dann auch nicht, daß die vorherrschende Einschätzung von Vertretern des „ausbalancierten“ Hegemons anders ausfiel. Diese brachte Richard Perle, ehemaliger Stellvertretender Verteidigungsminister in der Reagan-Ära, pointiert zum Ausdruck. Die offensichtlich gewordenen Differenzen zwischen Rußland und den USA empfand er als „enttäuschend“: „Primakow hat uns in die Ära von Breschnew und Gromyko zurückversetzt. Er gehört zu jenen, die bedauern, daß die Sowjetunion den Kalten Krieg verloren hat.“<sup>64</sup>

Doch als die USA einen Teilabschluß der Rüstungskontrollen und eine Lockerung der Sanktionen ablehnten und stattdessen darauf bestanden, daß zuvor alle Auflagen der UNO erfüllt sein müßten, erwies sich der scheinbare diplomatische Erfolg Rußlands als Pyrrhussieg. Der Irak lehnte die Inspektionen als Eingriffe in seine Souveränität und Sicherheit ab, zumal, so die Begründung, die Inspektoren ihr Mandat überschritten. Die Krise spitzte sich weiter zu, als der Irak dann am 24. November 1997 den UN-Inspektoren den Zugang zu 63 Gebäuden und Residenzen von Saddam Hussein verwehrte. In ihnen vermuteten die UNSCOM-Inspektoren Lagerstätten verbotener Kampfstoffe. Am 2. Januar kam es zu einem Anschlag auf das Hauptquartier der Vereinten Nationen in Bagdad. Und als am 13. Januar 1998 einem Team erneut der Zugang zu einer Anlage verwehrt wurde, schien es nur noch eine Frage der Zeit, ehe die militärische „Operation Wüstendonner“ der USA beginnen sollte.

61 Siehe dazu: Sergej Strokan', Bližnij Vostok - delo topkoe, in: Itogi, 1997, Nr. 44 (11.11.), S. 30-32.

62 Rossii udalos' predotvratit' novuju vojnu v persidskom zalive, NG, 21.11.97.

63 SŠA načinajut otkryto revnovat' Rossiju, NG, 28.11.97. Der Autor Aleksej Puškov spricht hier von der wiedergewonnenen Fähigkeit Rußlands, „uravnovešivat' amerikanskije pretenzii“.

64 Zit. nach Alain Gresh, Diplomatische Schattenspiele am Golf, in: Le Monde diplomatique, (dt. ) 1998, Nr. 6, Juni, S. 18/19.



Nicht nur die rußländische Diplomatie blieb bei der Ablehnung eines Militärschlages. Auch der überwiegende Teil der Gesellschaft zeigte sich kritisch gegenüber dieser Option. In einer Anfang März 1998 durchgeführten repräsentativen Umfrage, wie sich Rußland in der Irak-Krise verhalten solle, äußerte ein Drittel den Wunsch, daß Rußland sich aktiv für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen solle, 22 Prozent, daß Rußland zwar gegen eine militärische Lösung auftreten, aber kein besonderes Engagement zeigen müsse. 19 Prozent meinten, der Konflikt sei einer zwischen dem Irak und den USA, aus dem sich Rußland ganz heraushalten solle, und 13 Prozent plädierten dafür, daß Rußland den Druck auf den Irak zwar unterstützen, aber gegen militärische Maßnahmen plädieren solle.<sup>65</sup>

In der politischen Elite war die Ablehnung eines Militärschlages noch ausgeprägter. Hier kam es zu einer Radikalisierung der Positionen. Mitglieder der politischen Klasse schlugen nicht nur antagonistische, sondern konfrontative Töne an, die sich in der Regel gegen die USA richteten. Einige glaubten, in den amerikanischen Drohungen gegen den Irak nur den Teil einer *grand strategy* zu erkennen, die auf die Kontrolle der Ressourcen nicht nur im Nahen Osten, sondern auch im angrenzenden Kaspischen Raum zielt. Genährt wird diese Perzeption durch die wachsende Rivalität zwischen Rußland, den USA, China und den Anrainerstaaten des Kaspischen Meers um die Ausbeute der dortigen Ölvorkommen. Sowohl bei der Förderung des Öls als auch in der Frage der Transportwege ist Rußland mit seinen Vorschlägen ins Leere gelaufen.<sup>66</sup> Durch diese Brille schaute etwa Wladimir Filin, führendes Mitglied der „Bewegung zur Unterstützung der Armee“: „Wenn es den Amerikanern gelänge, mit dem Irak militärisch abzurechnen, würde vielleicht Aserbaidschan zu ihrem nächsten Interessengebiet erklärt, und das könnte so weitergehen, bis irgendeine der Regionen Rußlands an der Reihe ist.“<sup>67</sup>

Führende Mitglieder der Fraktion „Unser Haus Rußland“, der der ehemalige Ministerpräsident Tschernomyrdin vorsteht und die damals die Regierung und den Präsidenten in der Regel kritiklos unterstützte, warnten, daß ein militärischer Angriff auf den Irak unter Führung der USA die bilateralen Beziehungen weiter belasten werde. Den Höhepunkt der Radikalisierung stellten die rhetorischen Eskapaden von Präsident Boris Jelzin dar. Am 4. Februar 1998 warnte er US-Präsident Bill Clinton, ein Befehl zum Angriff auf den Irak könne zu einem Dritten Weltkrieg führen. Es war übrigens jene Formulierung, die er bereits 1995 für den Fall der NATO-Osterweiterung verwandt hatte. Jeweils war die Funktion dieselbe: Positionen der Opposition zu übernehmen, zuzuspitzen und sie damit einzubinden. Denn am selben Tag nahm die Duma mit der überwältigenden Mehrheit von 323 zu 19 Stimmen bei einer Enthaltung eine ver-

65 R. G. Janovskij, Vostok-Zapad. Social'nye izmenenija i dinamika geopolitičeskoj situacii, in: Sociologičeskie issledovanija, 1998, Nr. 7, S. 3-16, hier S. 11.

66 Siehe dazu Johannes Baur, Kampf ums Öl? Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Rußländischen Föderation im Kaspischen Raum. Untersuchungen des FKKS, Mannheim 1998, Nr. 17; Rainer Freitag-Wirminhaus, Geopolitik am Kaspischen Meer. Der Kampf um neue Energieressourcen, Sonderveröffentlichung des BIOst, Köln 1998; Kirsten Westphal, Great Game oder Fair Play? Ölförderung im Kaspischen Raum, in: Friedhelm Solms/Reinhard Mutz/Bruno Schoch (Hg.), Friedensgutachten 1997, Münster (Lit) 1997, 244-259. Zu den Transportwegen: Jean Radvanyi, Die neue Seidenstraße führt an Rußland vorbei, in: Le monde diplomatique (dt.), 1998, Nr. 6, Juni, S. 14-15 sowie Roland Götze, Die kaukasische Ölpipeline und der Weltölmarkt, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 1998, Nr. 24.

67 V moroznoj Moskve vspominali o persidskom zalive, NG, 4.2.98. Die „Bewegung zur Unterstützung der Armee“ war von dem Armeegeneral und Ex-Duma-Mitglied Lev Rochlin gegründet worden, nachdem er die Černomyrdin-Partei „Unser Haus Rußland“ verlassen hatte. Rochlin kam im Sommer 1998 ums Leben, angeblich erschossen von seiner Frau, doch an dieser Version regten sich erhebliche Zweifel. Siehe Lev Rochlin ubit iz sobstvennogo pistolet, NG, 4.7.98.



schärfte Resolution zum Irak-Konflikt an. Darin brachte sie ihre Sorge über eine Eskalation am Golf zum Ausdruck. Wieder wurde der Präsident aufgefordert, daß Rußland im Sicherheitsrat ein Veto gegen eine militärische Eskalation des Konflikts einlegen solle. Außerdem forderte die Duma die Regierung auf, einen einseitigen Ausstieg aus den UN-Sanktionen gegen den Irak zu überprüfen. Einen Tag zuvor hatte der Sprecher der Duma, Gennadi Selesnjow, prominentes Mitglied der KP, ebenfalls gewarnt, die Krise könne die Welt an den Rand eines Dritten Weltkrieges bringen.<sup>68</sup>

Gleichwohl darf die konfrontative Rhetorik nicht darüber hinwegtäuschen, daß die eigentliche Geschäftsgrundlage im Sicherheitsrat und in den bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Rußland weiterhin die Kooperation bildete - und dies selbst auf dem Höhepunkt der Krise. Das gilt bis heute. Nie stellte Rußland - oder auch Frankreich - die Geltung der UN-Resolutionen zur Disposition. Wiederholt drangen beide Länder während der Krise auf die Einhaltung der dem Irak auferlegten Inspektionsbedingungen und forderten den Irak auf, den UN-Inspektoren Zugang zu den Objekten zu ermöglichen.<sup>69</sup> Dies verweist auf die hohe instrumentelle Bedeutung derartigen außenpolitischen Verhaltens für die Innenpolitik.

Wo die Gegenmachtbildung über das Symbolische hinausging und an Substanz gewann, war in der Frage des Militärschlags. Hier blockierten Moskau, Paris und Peking im UN-Sicherheitsrat das amerikanische Vorgehen. Die besondere Qualität der kooperativ-antagonistischen Phase liegt weniger in der Frontstellung zwischen den USA und Rußland, als darin, daß Amerika in dieser Krise zum ersten Mal seit Ende des Ost-West-Konflikts international isoliert war. Denn nicht nur die erwähnte Troika aus dem Sicherheitsrat, sondern auch Saudi-Arabien, 1991 noch wichtigster arabischer Verbündeter der USA, die anderen arabischen Staaten der Anti-Irak-Koalition sowie die meisten europäischen Staaten standen einem militärischen Einsatz skeptisch bis offen ablehnend gegenüber.<sup>70</sup> Deutlicher ist der Zerfall der Anti-Irak-Koalition aus den Jahren 1990/91 nicht zu erkennen. Daß die Durchsetzungsfähigkeit der USA in der Irak-Krise wachsenden Beschränkungen unterworfen wurde, hatte sich bereits 1997 zweimal angedeutet. Im Juni war es den USA nicht gelungen, im Sicherheitsrat den Widerstand Rußlands und Frankreichs gegen eine Verschärfung der Sanktionen zu überwinden. Und im Oktober 1997 scheiterte der Entwurf einer Resolution der USA, mit der eine Verletzung des Waffenstillstands von 1991 durch den Irak festgestellt und damit einem Militäreinsatz grünes Licht gegeben werden sollte.

Schließlich setzten Mitte Februar 1998 Rußland, China und Frankreich zunächst gegen amerikanische Bedenken die Vermittlungsmission des UN-Generalsekretärs Kofi Annan nach Bagdad durch, mit der die angedrohten Militärschläge abgewendet werden sollten. Dies gelang mit dem von Annan und dem stellvertretenden irakischen Ministerpräsidenten Tarik Aziz am 23. Februar 1998 unterzeichneten „Memorandum of Understanding“. Damit konnte die Krise entschärft werden. Der Irak erkannte zunächst alle relevanten UN-Resolutionen an und ließ Inspektionen in den Präsidentenpalästen zu. Die Inspektionen sollten nun unter der Leitung eines

---

68 Klinton „možet narvat'sja na novuju miroviju vojnu“, NG, 5.2.97; RFE/RL NEWSLINE Vol. 2, No. 23 Part I, 4.2.98; Jelzin kritisiert Clintons Irak-Politik und spricht von der 'Gefahr eines Weltkriegs', FAZ, 5.2.98.

69 Vgl. die entsprechenden Verlautbarungen der beiden bilateralen Treffen von Primakow und dem Französischen Außenminister Hubert Védrine am 1.11.97 in Moskau und am 28.1.98 in Paris, RFE/RL NEWSLINE Vol. 1, No. 151, Part I, 3 November 1997; RFE/RL NEWSLINE Vol 2, No. 19, Part I, 29 January 1998.

70 Araby ne podderživajut Vašington, NG, 5.2.98.



von Annan zu bestimmenden Diplomaten stehen. Im Gegenzug sicherten die UN die vordringliche Behandlung der Sanktionsaufhebung zu. In Moskau wurde diese Vereinbarung als eigener diplomatischer Sieg verbucht. Vertreter des Außenministeriums schrieben ihrem Amt eine „besondere Rolle bei der Überwindung der Krise“ zu. Primakow sei es gelungen, Moskau wieder „auf die Weltkarte“ zu setzen.<sup>71</sup> Der Kommentator der Tageszeitung „Segodnja“, Pawel Felgengauer, verstieg sich gar zu der Prognose, der Ausgang der Krise sei für die USA eine bittere Niederlage. Sie könne den Auftakt bilden für den „Niedergang des amerikanischen Imperiums, wie es sich nach 1991 etabliert hat und das nach dem zweiten Golfkrieg aus dem Nahen Osten ein ‘Protektorat des US-Imperiums’ gemacht hat.“<sup>72</sup> Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Wladimir Lukin, analysierte: „Die Irak-Krise hat bestätigt, daß eine einzige Supermacht nicht alle Probleme auf diesem Planeten lösen kann. [...] Obwohl in dieser Phase das Verhalten der USA, vor allem gegenüber den Verbündeten, sehr fragwürdig war, hat es eine Art von Arbeitsteilung in der internationalen Gemeinschaft gegeben. Und daran wird sich Washington gewöhnen müssen.“<sup>73</sup> Auch Jewgeni Primakow zeigte sich äußerst zufrieden. Vor Mitgliedern des „Rates für Außen- und Verteidigungspolitik“, eines Gremiums von Vertretern aus Medien, Militär, Wissenschaft und Interessengruppen, zog der heutige Ministerpräsident ein Fazit seiner Amtszeit als Außenminister. Rußland habe bewiesen, über welch großes politisches Machtpotential es verfüge. Gleichzeitig entwarf er eine außenpolitische Strategie: Es gelte, der „Unipolarität“ und der „NATO-Zentriertheit“ in der Weltpolitik entgegenzuwirken. Zwar fehle es an „Mitteln ökonomischer Einflußnahme“. Ungeachtet dessen solle Rußland in Zukunft vor allem als relevanter Akteur der internationalen Politik zur Beilegung von regionalen Konflikten auftreten. Dies gestatteten Rußlands Status als Ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates und das „große politische Potential“ noch aus sowjetischer Zeit bei Staaten, die mit dem Westen am liebsten keine Kontakte haben möchten. Die Irak-Krise habe gezeigt, welch ernsthafter Akteur Moskau auf der internationalen Ebene sein könne.<sup>74</sup>

Zur gleichen Zeit waren auch skeptische Stimmen zu vernehmen, die aber in der Minderheit waren. So warnte die *Iswestija* wiederholt davor, daß sich Rußland durch die Unterstützung von international geächteten Staaten wie Irak, Iran, Libyen, Nordkorea und Serbien selbst isolieren könne. Sie gab der Befürchtung Raum, daß die intransigente Haltung des Irak die diplomatischen Anstrengungen Moskaus unterminiere und Rußland sich von Bagdad instrumentalisieren lasse.<sup>75</sup>

Daß diese Sorge begründeter war als der vielstimmige Triumphchor über Rußlands vermeintlich gewachsene Bedeutung in der internationalen Politik, sollten die kommenden Monate zeigen. Der Konflikt zwischen dem Irak und den Vereinten Nationen um die Aufhebung der Sanktionen versus Durchführung der Waffeninspektionen bis zum Nachweis der vollständigen Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen ist nicht gelöst. Die Vereinbarungen vom Februar 1998 erwiesen sich als nicht tragfähig. Nach dem bekannten Muster unterbrach das Hussein-

71 So Dmitrij Trenin, zit. nach Astrid von Borcke, Rußland und die Irak-Krise 1997/98, Teil I: Eine Wende in der Weltpolitik? in: Berichte des BIOst, 1998, Nr. 37, hier S. 11. Siehe auch dies.: Rußland und die Irak-Krise 1997/98, Teil II: Die Herausforderung durch Massenvernichtungswaffen, in: Berichte des BIOst, 1998, Nr. 38.

72 Grom v pustyne: ukroščenie stroptivogo, Segodnja 17.2.98.

73 Zit. nach Alain Gresh, Diplomatische Schattenspiele am Golf, in: Le Monde diplomatique, (dt. ) 1998, Nr. 6, Juni, S. 18/19.

74 Novoe v staroj koncepcii Primakova, NG, 17.3.98.

75 Bagdad publicno unizil Rossiju, kotoraja do konca pytalas' spasti Irak ot razgroma, Iz, 4.2.98.



Regime Anfang August 1998 die Zusammenarbeit mit den Waffeninspektoren, denen es vorwarf, im Auftrag der USA Spionage zu betreiben und Teil einer „Lügenfabrik zu sein“.<sup>76</sup> Unter Saddam Husseins Vorsitz faßte Iraks „Revolutionsrat“ am 30. Oktober 1998 gar den Beschluß, die Zusammenarbeit mit UNSCOM einseitig und endgültig einzustellen. Damit war erneut die Eskalationsspirale in Gang gesetzt. Auffällig war die zurückhaltende Reaktion in Moskau. Kommentare von Regierungsmitgliedern wie dem neuen Außenminister Igor Iwanow oder gar von Ministerpräsident Primakow waren nicht zu hören.<sup>77</sup> Dies dürfte zum Teil der innenpolitischen Lähmung des Landes geschuldet sein. Als die Nachricht aus Bagdad bekannt wurde, steckte Primakow gerade in Verhandlungen mit dem Präsidenten Aslan Maschadow aus der abtrünnigen Republik Tschetschenien. Da der territoriale Erhalt der Rußländischen Föderation und der Versuch, einen neuen Krieg im Kaukasus zu vermeiden, Priorität genießen, da unklar bleibt, wie der wirtschaftliche Zusammenbruch des Landes abzuwenden ist und schwierige Umschuldungsverhandlungen mit den westlichen Kreditgebern vor der Tür stehen, scheint Moskau auf eine Politik des stillschweigenden Dissenses einzuschwenken. Damit könnte eine neue Phase in der rußländischen Irak-Politik eingeleitet sein: eine mit *low profil* verfolgte Politik der passiven Gegenmachtbildung - wohl in der Überzeugung, daß die Zeit den rußländischen Interessen am Golf in die Hände spielt: entweder indem ein Militärschlag der USA die Stellung Rußlands in der arabischen Welt als Gegenmacht verbessern würde oder dadurch, daß nach der neuerlichen Vertagung der Krise ohne eine strukturelle Lösung die Position der USA und Großbritanniens zunehmend erodieren und die Bereitschaft zur Aufhebung der Sanktionen steigen würde.

Auch in einer etwaigen neuen Phase der rußländischen Irak-Politik im Sicherheitsrat wird Rußland deutlicher als alle anderen für die Aufhebung der Sanktionen eintreten. Die Motive sind durch die innenpolitische Wende nicht schwächer geworden. Im Gegenteil: Sie haben durch die verschärfte Wirtschaftskrise, die Rückkehr von Politikern aus dem Umfeld der KP in Regierungspositionen und die damit verbundene stärkere Einbindung der Staatsduma in den politischen Prozeß an Bedeutung gewonnen. Daß Rußland bislang am entschiedensten für die Aufhebung der Sanktionen eintritt, ist Ergebnis unterschiedlicher Interpretationen über den Nutzen und die Rechtsbasis der Sanktionen sowie Meinungsunterschiede über die Umsetzung des Sicherheitsregimes. Dazu kommen direkte ökonomischen Interessen im Irak und im Nahen Osten, die von den Sanktionen tangiert werden.

### 5.3. Rußlands Haltung zu den Sanktionen und dem Abrüstungsregime gegen Irak

Über das Ziel der Sanktionen gegen den Irak herrschte von Anfang an Klarheit. Mit ihnen sollte Druck auf das Regime ausgeübt werden, um den Rückzug seiner Truppen aus Kuwait zu erreichen. Nach dem Ende der militärischen Operationen war dieses Ziel erfüllt. Das Wirtschaftsembargo blieb bestehen, um ein Instrument in der Hand zu haben, den Irak zur Kooperation bei der Zerstörung der Massenvernichtungswaffen zu verpflichten. Die Aufhebung der

76 Butler wieder zu Gesprächen in Irak, FAZ, 4.8.98; Butler bricht Verhandlungen mit Bagdad ab, FAZ, 5.8.98; Butler pokinul Bagdad, NG, 5.8.98; Saddam Hussein spielt mit den Vereinten Nationen Katz und Maus, FAZ, 7.8.98.

77 Saddam Hussein sucht wieder den Konflikt mit den UN, FAZ, 2.11.98; Irak obvinjaet inspektorov OON v špionaže, Iz, 3.11.98; Vašington gotov prepodat' urok Chusejnu, Iz, 5.11.98; Pora podumat' o fevrale, MN, 1998, 44 (8.-15.11.).



Sanktionen ist an die Erfüllung der im Inspektionsregime genannten Bedingungen gebunden. Die Feststellung, ob der Irak diese Bedingungen erfüllt hat, obliegt dem Sicherheitsrat. Offensichtlich haben die achtjährigen Wirtschaftssanktionen der politischen Stabilität des repressiven Regimes nicht geschadet. Dagegen werfen die hohen humanitären Kosten der Sanktionen die Frage nach der moralischen Verantwortung des Sicherheitsrates und der internationalen Staatengemeinschaft auf. Selbst wenn es schwierig ist, Kriegsfolgen von Sanktionsfolgen zu trennen und manche Zahlen, die der Irak nennt, aus propagandistischen Gründen übertrieben sein mögen, um aus ihnen politisches Kapital zu schlagen, kann über eines kein Zweifel bestehen: Im Irak spielt sich eine menschliche Tragödie ab. Es ist die Zivilbevölkerung, die den höchsten Preis für den zynischen Machtpoker des eigenen Regimes und die Fortdauer der Sanktionen zu zahlen hat.

Nach Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation stieg von 1990 bis 1994 die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren um das sechsfache. Dieses Problem hat sich seitdem verschärft. Die russische Orientalistin Rudenko spricht auf der Basis von UN-Informationen davon, daß etwa ein Fünftel der Bevölkerung des Irak (das entspricht etwa vier Millionen Menschen) heute auf Lebensmittelhilfe von außen angewiesen seien. Das Weltkinderhilfswerk UNICEF veröffentlichte im Januar 1998 eine andere Untersuchung, nach der mehr als eine Million Kinder als chronisch unterernährt gelten müssen. Irreparable Dauerschäden sind die Folge. Monatlich verhungerten etwa 4500 Kinder.<sup>78</sup> Gerade das Leiden der Zivilbevölkerung bewirkte in der arabischen Welt einen Meinungsumschwung zugunsten des Irak. Je deutlicher es auch jenseits der Grenzen wahrgenommen wurde, desto größere Risse bekam die Anti-Irak-Koalition, und desto lauter forderten immer mehr Stimmen die Lockerung oder Aufhebung der Sanktionen. Auftrieb bekamen diese Forderungen durch den nachlassenden Rückhalt in der arabischen Welt für die USA seit Mitte 1996. Verantwortlich dafür ist der israelisch-palästinensische Friedensprozeß, der nach dem Regierungswechsel in Israel in der zweiten Jahreshälfte 1996 in eine Sackgasse geriet. Dieser hat auf den ersten Blick mit dem Irak nichts zu tun. Und doch hat dessen Entwicklung maßgeblich zum Kurswechsel der arabischen Staaten - mit Ausnahme von Kuwait - und dem Zerfall der ehemaligen Golfkriegsallianz beigetragen. Vereinzelt sind sogar die antiamerikanischen Stimmen unter Intellektuellen und Politikern in der Region wieder lauter geworden. Die Ursache liegt darin, daß die Politik Amerikas zunehmend als unglaubwürdig und inkonsequent wahrgenommen wurde, je klarer die Clinton-Administration auf Israels Position in den umstrittenen Fragen weiterer Siedlungen im Westjordanland oder der Verlegung der Hauptstadt nach Jerusalem einging und je weniger sie Israel zur Einhaltung gegebener Zusagen gegenüber den Palästinensern oder zur Beachtung der UN-Resolutionen 425 von 1978 über den Rückzug aus dem Libanon zu bewegen versuchte. In der Tatsache, daß Israel sich darüber hinwegsetzen könne oder Nuklearwaffen besitzen dürfe, ohne daß dies internationalen Druck oder gar Sanktionen nach sich zieht, während der Irak ihnen unterworfen ist, sahen die arabischen Staaten zweierlei Maß. 1996/97 gerieten die USA im

---

78 Vgl. WHO, The Health Condition of the Population in Iraq Since the Gulf Crisis, March 1996 (WHO/EHA/961); UNICEF, Disastrous Situation of Children in Iraq, PR/GVA 96/035, 4.10.96; L. Rudenko, V tiskach sankcii, in: Azija i Afrika segodnja, 1997, Nr. 4, S. 58-63, hier S. 58; Unter den Irak-Sanktionen leidet vor allem die Zivilbevölkerung, FAZ, 10.2.98. Siehe auch Margret Johannsen, Kräften messen im Nahen Osten, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hg.), Friedensgutachten 1998, Münster (Lit) 1998, S. 88-101, hier S. 95-96; Peter Rudolf, Der Machtpoker des Diktators von Bagdad, FAZ, 3.11.98.



arabischen Raum in eine chronische Glaubwürdigkeitskrise.<sup>79</sup> All dies erleichterte Rußland die Gegenmachtbildung im Sicherheitsrat. Den Stimmungsumschwung nutzten Primakow und die rußländische Diplomatie.

Ansatzpunkt waren die Sanktionen. Bereits der Embargobeschluß hatte humanitär begründete Ausnahmen erlaubt. Motiviert durch die sich zuspitzende Not im Irak und mit der umschlagenden Stimmung der öffentlichen Meinung und der Regierungen der arabischen Nachbarstaaten im Rücken ergriff Moskau die Initiative für ein Entgegenkommen: Der Sicherheitsrat billigte am 14. April 1995 mit der Resolution 986 eine auf ein halbes Jahr befristete Teilaufhebung des UN-Embargos.<sup>80</sup> Damit wurde dem Irak erlaubt, pro Halbjahr Erdöl im Wert von zwei Mrd. US-Dollar zu verkaufen, um Nahrungsmittel und Medikamente zu erwerben. Allerdings sollten nicht alle Erlöse dem Irak zur Verfügung stehen. Fast die Hälfte sollte in einen UN-Fonds fließen, aus dem die Opfer des Krieges in Kuwait entschädigt und die kurdische Bevölkerung in der UN-Schutzzone im Norden des Landes versorgt werden sollten.<sup>81</sup> Weitere zehn Prozent waren für die Finanzierung der UN-Inspektorenteams vorgesehen. Die irakische Regierung lehnte dieses Programm „Öl gegen Lebensmittel“ zunächst ab, da sie hierin einen Eingriff in ihre Souveränität sah, der nur von der eigentlichen Verpflichtung der UN, der vollständigen Aufhebung der Sanktionen ablenke. Erst im Mai 1996 akzeptierte sie die Bedingungen, so daß das Abkommen erstmals am 9.12.96 in Kraft treten konnte.

Im Herbst 1997 plädierte Rußland mit der Unterstützung Frankreichs für eine Lockerung der Sanktionen sowie für eine Erhöhung der Erdöl-Exportquote. Am 20. Februar 1998, also kurz vor der Entschärfung der Winter-Krise 1997/98, beschloß der Sicherheitsrat, daß dem Irak erlaubt wird, zukünftig mehr Öl zu verkaufen. Das Volumen des „Öl gegen Lebensmittel“-Programms wurde auf 5,26 Mrd. US-Dollar pro Halbjahr erhöht.<sup>82</sup> Aufgrund der Zerstörung der Anlagen infolge des Golfkrieges sowie technischer Mängel ist der Irak allerdings nicht in der Lage, Erdöl in diesem Gesamtwert zu verkaufen. Die gegenwärtig erzielbaren Erlöse reichen nicht aus, um die Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Rußland begründet seine Vorstöße zur Aufhebung der Sanktionen in der Regel damit, daß der Irak seinen Abrüstungs- und Überwachungsverpflichtungen im Rahmen des Inspektionsregimes weitgehend nachgekommen sei. Dies beurteilen die USA und Großbritannien anders als Rußland, Frankreich und China. Doch das ist weniger auf unterschiedliche Interpretationen derselben Fakten, als vielmehr darauf zurückzuführen, daß die Untersuchung und Vernichtung der verschiedenen Arten von Massenvernichtungswaffen und der Trägersysteme unterschiedlich weit gediehen sind. Beziehen sich die USA und Großbritannien vor allem auf den Untersuchungsstand der biologischen und chemischen Waffen, so haben Rußland und Frankreich in der Regel die Ergebnisse über den irakischen Nuklearkomplex und die ballistischen Raketen vor Augen.

---

79 Siehe: Markus Kaim, Die USA und der Friedensprozeß im Nahen Osten. Zwischen Hegemonie und Begrenzung. Manuskript des Vortrags auf dem „Atlantischen Sommer 1998“, veranstaltet von der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz, Kaiserslautern und der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/M., Lambrecht, 29.7.98, hier S. 12.

80 Res. 986 vom 14.4. 95, unter <http://www.un.org>.

81 Neftjanaja kapel'nica dlja Saddama Chusejna, Komsomol'skaja Pravda, 30.5.96.

82 Res. 1153 vom 20.2.98 unter <http://www.un.org>. Siehe dazu auch Peter Rudolf, Der Machtpoker des Diktators von Bagdad, FAZ, 3.11.98.



Nach dem militärischen Sieg über den Irak herrschte im UN-Sicherheitsrat von Anfang an Konsens über die Notwendigkeit, das Land einer Zwangsabrüstung zu unterwerfen. Bestandteil dieses Programmes war die Verpflichtung des Irak, künftig auf die Entwicklung, Herstellung und den Erwerb von Massenvernichtungswaffen zu verzichten und eine Überwachung dieser Verbote vor Ort zu akzeptieren. Hierbei handelt es sich um einen Präzedenzfall in der Geschichte der UNO. Ähnliches hatte es zuvor nur mit der Entmilitarisierung Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegeben. Die Erfahrungen mit den irakischen Aggressionen gegen Iran und Kuwait sprachen ebenso dafür wie der Einsatz von Chemiewaffen gegen Iran und die Kurden. Seitdem konnte kein Zweifel herrschen, daß der Irak nicht davor zurückschreckt, seine Massenvernichtungswaffen einzusetzen.

Die Ergebnisse von UNSCOM und IAEA bestätigen, daß der Irak über große Potentiale verfügt hat. Am weitesten gediehen sind die Untersuchung, Beseitigung und Vernichtung in den Bereichen Raketen und Nuklearwaffen. Im Golfkrieg waren durch das militärische Eingreifen der Anti-Irak-Koalition die konventionellen Waffen des Irak weitgehend zerstört worden. Ballistische Raketen mit einer Reichweite über 150 km, die als Trägersysteme von Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden können, galt es nach den Vereinbarungen zu verschrotten. 62 Scud-Raketen, die der Irak zwischen den beiden Golfkriegen von der UdSSR erworben hatte, wurden vernichtet.

Bereits vor dem zweiten Golfkrieg hatte der Irak für Aufsehen gesorgt. Obwohl er dem Nichtverbreitungsvertrag als Nichtatommacht beigetreten war und damit der Überwachung durch die IAEA unterworfen war, hatte der Irak über Jahre ein umfangreiches Kernwaffenprogramm verfolgt, das erst sehr spät aufgedeckt wurde. Dies warf natürlich Fragen über die Zuverlässigkeit des Überwachungsregimes auf. In ihren ersten Berichten wies die IAEA darauf hin, daß der Irak sowohl an der Produktion von waffenfähigem spaltbaren Material als auch an einer Wasserstoffbombe gearbeitet habe.<sup>83</sup> Vor diesem Hintergrund brachten Diplomaten aus dem rußländischen Außenministerium im nachhinein sogar Verständnis für den seinerzeit heftig kritisierten israelischen Militärschlag auf, mit dem 1981 ein irakischer Versuchsreaktor zerstört worden war.<sup>84</sup> Nach dem im April 1998 vorgelegten Abschlußbericht der IAEA kann auch der Nuklearbereich als abgeschlossen gelten. Danach hat der Irak niemals funktionstüchtige Nuklearwaffen besessen. Alle relevanten Materialien und Technologien des irakischen Nuklearsektors sind ermittelt worden. Der Irak verfügt nicht mehr über Kapazitäten zur Forschung oder Herstellung von Nuklearpotential. Außerdem kamen die IAEA-Inspektoren zu dem Ergebnis, daß auf ihrem Sektor selbst bei größten Anstrengungen nur noch marginale zusätzliche Erkenntnisse gewonnen werden könnten. Rußland, Frankreich und China nahmen diesen Bericht zum Anlaß, erneut darauf zu dringen, die Kernwaffeninspektion als abgeschlossen zu betrachten und die Untersuchung in eine langfristige Überwachung zu ändern. Mitte Mai 1998 beschloß der Weltsicherheitsrat dann auch, die Untersuchungen des geheimen Nuklearprogramms des Irak zum 31. Juli einzustellen.<sup>85</sup>

83 Siehe Heinz-Dieter Jopp, ABC-Waffen im Kräftespiel der orientalischen Konflikte, in: Europäische Sicherheit, Jg. 41, 1992, Nr. 1, S. 26-35 und S. 36-38.

84 Andrej G. Baklanov, Posle jadernych vzryvov v Indii i Pakistane, in: MŽ, 1998, Nr. 7, S. 21-29, hier S. 26.

85 Howard Diamond, UN Security Council Sets Terms For 'Closing' Nuclear File on Iraq, in: Arms Control Today, Jg. 28, 1998, Nr. 4, Mai, S. 31.



Schwieriger gestaltet es sich, ein klares Bild über den Stand der bakteriologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen zu erhalten. Zwar wurden seit Beginn der Überwachung in großem Maßstab auch chemische Kampfstoffe vernichtet. UNSCOM-Inspektoren erhielten Einsicht in die bakteriologischen Forschungsprogramme, was der Irak zunächst lange Zeit abgelehnt hatte. Vermutungen, welche die irakische Führung zunächst zurückgewiesen hatte, konnten verifiziert werden, so etwa im August 1995, daß Raketensprengköpfe mit bakteriologischen Kampfstoffen versehen worden waren. Immer wieder wurden dem Irak ähnliche Erkenntnisse nachgewiesen, was sowohl dessen Position als auch Rußlands Forderungen nach Aufhebung der Sanktionen schwächte.

Bis heute bestehen Unklarheiten über das B-Waffenprogramm des Irak, wie der damalige UNSCOM-Leiter Rolf Ekeus in seinem Abschlußbericht vom 16. April 1997 und sein Nachfolger, Richard Butler, hervorhoben. Im Oktober 1997 warnte Butler vor den Gefahren, die von dem vermuteten B-Waffenprogramm für den Frieden in der Region ausgingen. Tatsächlich gelang es dem Irak nicht, Inkonsistenzen in der Datenlage und dem Materialbestand auszuräumen. So wies die UNSCOM darauf hin, daß etwa 32 Tonnen Vorprodukte importiert worden seien, die zur Herstellung von biologischen Waffen verwendet werden könnten. Über 17 Tonnen fehle jeder Hinweis auf eine Verwendung oder den Verbleib. Und im Februar 1998 wurden nicht nur Vermutungen laut, daß der Irak noch immer über erhebliche Grundstoffe verfüge, die zur Produktion des hochletalen Nervengases VX verwendet werden könnten und diese bei der Verifikation nicht angegeben habe. Mehr noch: Der Nachweis von Spuren dieses Nervengases auf irakischen Raketenteilen nährte den Verdacht, daß der Irak keine hinreichenden und zuverlässigen Belege für die Zerstörung aller biologischen und chemischen Potentiale vorgelegt hat.

Nach Auffassung der UN-Inspektoren verfügt der Irak über das Know-how, Ausrüstungen und möglicherweise noch immer Komponenten, um biologische und chemische Waffen herzustellen. Der Irak bestreitet dies. Solange die Widersprüche und Bedenken nicht ausgeräumt werden, ist weder mit einem positiven Abschlußbericht der UNSCOM noch mit der Aufhebung der Sanktionen zu rechnen.<sup>86</sup> Und weder Rußland, noch Frankreich, noch China haben aufgrund der Geschäftsordnung des Sicherheitsrates und des Vetorechts der Ständigen Mitglieder die Möglichkeit, daran etwas zu ändern.

Gleichzeitig werden die Motive der USA und Rußlands als den antagonistischen Hauptakteuren des UN-Sicherheitsrats in der Irak-Frage von Interessen überlagert, die über das Problem der Rüstungskontrolle oder der humanitären bzw. moralischen Dimension der Sanktionen hinausgehen. Die USA stützen ihre Kompromißlosigkeit, die Sanktionen nicht aufzuheben auf eine breite Auslegung der Resolutionstexte. Das dahinter stehende politische Ziel ist der Sturz des Hussein-Regimes. In den einschlägigen UN-Resolutionen, insbesondere der Nr. 687 vom 3. April 1991, ist vom Sturz Saddam Husseins und seines Regimes nicht explizit die Rede. Dort heißt es lediglich, der Irak müsse den Forderungen „aller anderen relevanten“ Resolutionen Folge leisten. Für die Vereinigten Staaten gehört dazu auch die Resolution 688 vom 5.

---

86 Vgl. zum gesamten Komplex: Howard Diamond/Erik J. Leklem, Irak Strikes New Deal on Inspections at Special Sites, in: Arms Control Today, Jg. 28, 1998, Nr. 1, Januar/Februar, S. 29 u. S. 35; Howard Diamond, UN Maintains Sanctions on Iraq as Security Council Split Grows, in: Arms Control Today, Jg. 28, 1998, Nr. 3, April, S. 25 und Astrid von Borcke, Rußland und die Irak-Krise 1997/98, Teil II: Die Herausforderung durch Massenvernichtungswaffen, in: Berichte des BIOst, 1998, Nr. 38 hier S. 25-30.



April 1991.<sup>87</sup> Diese verurteilt die irakische Unterdrückung der eigenen Bevölkerung, ohne daß genaue Bedingungen formuliert wären, die das Hussein-Regime einhalten müßte. „Die Position Washingtons ist eindeutig: Der Irak muß die in den Resolutionen festgelegten Bedingungen erfüllen. Eine abgestufte Lockerung der Sanktionen wird abgelehnt.“<sup>88</sup> Genau dies erwarten Rußland und Frankreich. Für beide ist lediglich die Umsetzung der in Resolution 687 erwähnten Bedingungen und die Erfüllung der Abrüstungsverpflichtungen erforderlich. Für sie gehört die Resolution 688 nicht zur Geschäftsgrundlage. Und je häufiger das Katz-und-Maus-Spiel zwischen Hussein und der UNO über die Bühne geht, desto weniger verhehlt die Clinton-Administration ihre Absicht, den Sturz des irakischen Diktators anzustreben. So äußerte sich der Sprecher des Weißen Hauses, Crowley, während der Krise im August 1998: „Wir sehen einer neuen Regierung in Bagdad entgegen.“<sup>89</sup> Dabei darf nicht vergessen werden, daß eine Aufhebung der Sanktionen für die amerikanische Außenpolitik heißen würde, das Scheitern der Strategie der doppelten Eindämmungspolitik gegen die beiden Paria-Staaten Irak und Iran einzugestehen. In der angelsächsischen wissenschaftlichen Diskussion hat die Meinung bereits Fürsprecher gefunden, daß die Politik des *dual containment* kontraproduktiv sei.<sup>90</sup>

Je länger die USA ihre *dual containment*-Politik betreiben, desto größer werden Rußlands Chancen, mittel- und langfristig in Iran und im Irak zum bestimmenden Kooperationspartner in der Öl- und Nuklearindustrie, auf dem Rüstungsmarkt oder im Maschinenbau zu werden. Auf diesen ökonomischen Interessen beruht ein zweites wesentliches rußländisches Kalkül. War die Gegenmachtbildung im Sicherheitsrat vor allem symbolisch und für die innenpolitische Wirkung bedeutsam, so liegt hier der gemeinsame materielle Kern jeglicher rußländischer Außenpolitik von Kosyrew über Primakow bis zum amtierenden Außenminister Igor Iwanow. Allen politischen Differenzen und veränderten Großwetterlagen zum Trotz sind diese Interessen das Motiv, sich zum Sprachrohr für die Aufhebung der Irak-Sanktionen zu machen. Der Wechsel an der Spitze des Außenministeriums wird hier keine Veränderung auslösen.<sup>91</sup> Im Gegenteil: Bei seinem ersten Auftritt vor der Generalversammlung der UNO am 22. September 1998 meinte Iwanow mit Blick auf die Irak-Krise, „die Stärke des Rechts müsse dem Recht des Stärkeren übergeordnet“ sein. Er kritisierte die „gefährliche Tendenz, die UN gewissen Bedürfnissen anzupassen“, beklagte „die Erosion der Prärogative des Sicherheitsrates, über die Anwendung gewaltsamer Maßnahmen“ zu befinden und warnte vor dem Präzedenzfall, in einer Krisensituation einseitig militärische Maßnahmen zu ergreifen. Das war an Deutlichkeit gegenüber den USA nur schwer zu überbieten.

Solange die Sanktionen existieren, ist es für Rußland schwierig, den eigenen Interessen erfolgreich nachzugehen. Bereits im Sommer 1996 war in Moskaus Presse zu lesen:

„Die Schuldentrückzahlung, der traditionelle Absatzmarkt für die Güter des Militärisch-Industriellen Komplexes, die Joint-ventures auf dem Öl-Sektor, die Nähe zu unseren

87 Res. 688 vom 5.4.91 unter <http://www.un.org>.

88 Die folgende Argumentation stützt sich auf die überzeugenden Ausführungen von Rudolf. Siehe Peter Rudolf, Der Machtpoker des Diktators von Bagdad, FAZ, 3.11.98.

89 Butler bricht Verhandlungen mit Bagdad ab, FAZ, 5.8.98.

90 Beispiele dafür: Adam Garfinkle, Agenda 2000, The U.S. Imperial Postulate in the Mideast, in: Orbis, Jg. 41, 1997, Nr. 1, Winter, S. 15-29; Robin Wright, Dateline Tehran: A Revolution Implodes, in: Foreign Policy, 1996, Nr. 103, Sommer, S. 161-174 und Fawaz Gerges, Washingtons Misguided Iran Policy, in: Survival, Jg. 38, 1996/97, Nr. 4, S. 5-15.

91 Siehe Ivanov razvivaet idei Primakova, NG, 23.9.98.



Grenzen und die wichtige Lage im Nahen und Mittleren Osten - das alles kann Rußland nicht gleichgültig lassen, um bereits heute ernsthafte Vorbereitungen für den Tag X zu treffen.“<sup>92</sup>

Und der Tag X ist der, an dem die Sanktionen gegen den Irak fallen.

## 6. Rußlands ökonomische Interessen im Irak und im Nahen Osten

„Die grundlegenden ökonomischen Veränderungen der vergangenen Jahre führten zu einer hypertroph intensiven Entwicklung der Zusammenarbeit mit dem Westen, während die Wirtschaftsbeziehungen mit der arabischen Welt als nichts anderes als ein außerordentlich negativer Ballast der Vergangenheit angesehen wurden. Dabei wäre es weiser gewesen, das gesamte positive Kapital aus der vergangenen Epoche zu bewahren, jedoch all das aufzugeben, was den nationalen Interessen Rußlands schadet.“<sup>93</sup>

Ein solcher Blick auf die Welt aus dem Umfeld des kommunistisch-nationalpatriotischen Lagers findet breite Zustimmung im Rußland von heute. Tatsächlich ist Rußlands Marktanteil im Nahen Osten gravierend gesunken.

Der Nahe Osten war der wichtigste Absatzmarkt der UdSSR unter allen Entwicklungsländern. Alleine auf den Gebieten der Erdölförderung, der Energiewirtschaft, der Metallindustrie und des Wasserbaus wurden hunderte sowjetische Projekte realisiert. Dazu kamen der ökonomisch bedeutsame Export von Rüstungsgütern und die militärtechnische Zusammenarbeit. Die Verhängung von international geltenden Embargos gegen ehemalige sowjetische Verbündete wie den Irak oder Libyen bedeutet, daß Rußland überproportional hohe finanzielle Ausfälle und Belastungen zu tragen hat. Im Falle Libyens hat Rußland bislang auf die Schuldentrückzahlung von über zehn Mrd. US-Dollar verzichten müssen. Im Falle des Irak beträgt allein das Schuldenvolumen aus sowjetischen Waffengeschäften 7,24 Mrd. US-Dollar. Dazu kommen weitere 586,7 Mio. US-Dollar für militärtechnische Zusammenarbeit.<sup>94</sup> Nach rußländischen Quellen belief sich der wegen der Sanktionen zu verzeichnende Gesamtausfall aus Schuldenzahlungen, Öllieferungen und Handelsbeziehungen auf 40 bis 45 Mrd. US-Dollar für den Zeitraum von 1990-1995. Der Stellvertretende Direktor des Orientinstituts der Akademie der Wissenschaften, Anatoli Jegorin, sprach von 50 Mrd. US-Dollar.<sup>95</sup> Auch wenn es schwierig ist, diese Zahlen zu verifizieren, weil sie hypothetische Fortschreibungen von Handelsvolumina sind, wird die ökonomische Relevanz durch zwei Bezugswerte deutlich. Die Gesamtsumme aller noch aus der sowjetischen Zeit ausstehenden Schulden von Dritte-Welt-Staaten beträgt ca. 150 Mrd.

92 Segodnjašnjaja Rossija i zavtrašnjij Irak, NG, 16.8.96.

93 A. Vavilov, Arabskij mir: biznes i politika, in: Obozrevatel', 1997, Nr. 5-6 (88-89), S. 45-49, hier S. 47.

94 Partnerstvo s Irakom - delo dochodnoe, Segodnja 21.11.97; Segodnjašnjaja Rossija i zavtrašnjij Irak, NG, 16.8.96.

95 V Irake sledy rossijan est' vezde ... i , vidimo, ešče budut, Kommersant Daily, 25.2.95. Siehe auch Sankcii protiv Bagdada udarili po zdorov'ju irakskoj nacii i rossijskoj kazne, KrZ, 16.3.95 und Sergej Babkin, Rossija i arabskij mir: dialog v postsovestkuju epochu, in: Rossija i musul'manskij mir, 1996, Nr. 5 (47), S. 94-98, hier S. 94. Zur Schuldenproblematik siehe auch Aleksej M. Vasil'ev, Buduščee rossijskoj politiki na Bližnem vostoce, in: Vestnik RAN, Jg. 68, 1998, Nr. 6, S. 493-504, hier S. 495.



US-Dollar.<sup>96</sup> Das entspräche fast der aktuellen Auslandsverschuldung Rußlands, die im Oktober 1998 mit 183,2 Mrd. US-Dollar beziffert wurde.<sup>97</sup> Immerhin erwiesen sich die Schulden aus dem arabischen Raum zumindest politisch in einem Falle als nützliche Verhandlungsmasse: Moskau benutzte sie als Vehikel, um in den „Pariser Klub“ aufgenommen zu werden - und damit den nicht nur symbolisch wichtigen Status eines internationalen Gläubigers zu erlangen.

Branchenministerien und Privatunternehmen aus Rußland bemühen sich, in einzelnen Märkten des Irak und im Nahen Osten strategische Positionen aufzubauen. Dabei sind bereits einige Erfolge zu verzeichnen gewesen. Schon im August 1993 unterzeichneten Rußland und der Irak eine Reihe von Vereinbarungen, die in dem Moment in Kraft treten, wenn die Erlaubnis des Sicherheitsrates vorliegt und alle dasselbe Ziel haben: den beiderseitigen Handel wieder zu beleben. Die von der Orientalistin L. Rudenko zum Ausdruck gebrachte Position ist repräsentativ für die vorherrschende Meinung:

„Angesichts der langjährigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit dem Irak und der in den letzten Jahren erreichten vertraglichen Vereinbarungen kann man mit Gewißheit davon ausgehen, daß sich nach der Aufhebung der Wirtschaftssanktionen den rußländischen Firmen und Organisationen ein weites Betätigungsfeld zur Wiederaufnahme und Vertiefung der Beziehungen zu diesem Land eröffnen wird. Das gilt in erster Linie auf den Gebieten Erdölförderungswirtschaft, Energiewirtschaft, Schwarz- und Buntmetallurgie, Chemie und Raffineriewirtschaft, Maschinenbau und Wasserwirtschaft, Förder- und Bewässerungstechnik.“<sup>98</sup>

Andere Beobachter halten den Importbedarf des Nahen Ostens für optimal kompatibel mit den eingeschränkten rußländischen Exportfähigkeiten und der auf vielen Sektoren begrenzten Wettbewerbsfähigkeit. Über die bereits erwähnten Branchen hinaus sei beides auch in der Baumaschinen- und Baustoffindustrie gegeben. Überdies werde die Kooperation dadurch erleichtert, daß Rußland und der Nahe Osten ähnliche Herausforderungen zu bewältigen hätten: die Infrastruktur zu entwickeln, die Wirtschaft zu modernisieren und zu diversifizieren. „Rußland hat hier viele Chancen, seinen Export zu erhöhen. [...] Die für das Land nötigen Devisen zu erhalten, ist hier leichter als in vielen anderen Ländern der Erde.“<sup>99</sup>

In den Handelsbeziehungen haben rußländische Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil. Anders als bei den westlichen Konkurrenten ist der Staat nicht in der Lage, mit Ausfallbürgschaften, Handelskrediten oder anderen finanziellen Unterstützungen aufzuwarten.<sup>100</sup> Doch ungeachtet dieser Beschränkung, die natürlich auch für den Rüstungsexport gilt, und der Konkurrenz mit amerikanischen, europäischen, japanischen und chinesischen Wettbewerbern, zeigen die wirtschaftlichen Kontakte, daß die Perspektive einer wachsenden rußländisch-irakischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und darüber hinaus auch eine stärkere Präsenz im Nahen Osten nicht nur Wunschdenken ist. Besonders erfolgreich sind die Ansätze aus der Energiebranche.

96 Stanislav Žukov/ Oksana Reznikova, Razvivajuščiesja strany i postsovetskaja Rossija, in: MEiMO, 1995, Nr. 4, S. 65-76, hier S. 69.

97 Margaret Heckel, Ein klares Njet, in: Wirtschaftswoche 1998, Nr. 44 (22.10.), S. 56-57.

98 L. Rudenko, V tiskach sankcii, in: Azija i Afrika segodnja, 1997, Nr. 4, S. 58-63, hier S. 63.

99 L. Chodov, Rynki stran Persidskogo zaliva i vozmožnosti rossijskogo eksporta, in: Vnešnjaja trgovlja, 1998, Nr. 1-3, S. 57-59.

100 Auf diesen Mangel weist V. I. Kuzmin, Mitarbeiter des Außenministeriums, in einer Diskussion über die zukünftige Nahostpolitik hin: Siehe Aleksej M. Vasil'ev, Buduščee rossijskoj politiki na Bližnem vostoce, in: Vestnik RAN, Jg. 68, 1998, Nr. 6, S. 493-504, hier S. 503.



So unterzeichneten die beiden Seiten bereits 1994 ein rußländisch-irakisches Kooperationsabkommen im Wert von über 10 Mrd. US-Dollar. Im April 1995 wurde unter Beteiligung von LUKojl eine Vereinbarung über konkrete Zusammenarbeit auf dem Öl- und Gassektor unterzeichnet. Hier ging es um die Instandsetzung von Anlagen der Lagerstätte Westkurna, die Erschließung neuer Ölfelder, die Modernisierung und Steigerung der Förderkapazitäten des Ölfeldes Nordrumeila und den Bau einer neuen Ölpipeline über 232 km von Rumeila nach Hadit. Die Projekte liegen wegen des Embargos noch auf Eis. Zwischen rußländischen Maschinenbauunternehmen und dem irakischen Ölministerium gibt es Absichtserklärungen über die Zusammenarbeit. All dies sind Elemente, die Rußland eine führende Rolle in der zukünftigen irakischen Ölindustrie garantieren könnten. Ähnlich wie im Falle der Rohstoffausbeute des Kaspischen Meeres geht es wieder um massive konkurrierende ökonomische Interessen, denn auch französische, chinesische und amerikanische Firmen hatten sich um die Beteiligung an der Ausbeute der beiden erwähnten Ölfelder bemüht. Daß Unternehmen aus Rußland bei der Auftragsvergabe die Nase vorn hatten, erklärt sich daraus, daß sie dem irakischen Regime nicht nur bei der Rohstoffausbeute und -vermarktung behilflich sein wollen, sondern auch die Herrschaftsansprüche des gegenwärtigen Regimes am wenigsten in Frage stellen. Bereits 1995 hatte der irakische Erdölminister al-Habubi erklärt: „Wir wollen mit Unternehmen verhandeln, die die Entscheidungsträger in ihrem Land beeinflussen können. [...] Wir haben das Gefühl, daß Rußland uns nähersteht als irgendein anderes Land.“<sup>101</sup>

Von dieser Überzeugung rückte das irakische Regime nicht ab, als sich die Chance ergab, über die Absichtserklärungen hinauszugehen. Es sind Unternehmen aus Rußland, die heute einen großen Teil des Ölexports abwickeln, der dem Irak im Rahmen des humanitären Programms „Öl gegen Lebensmittel“ von den Vereinten Nationen zugestanden wird. Im August 1997 unterzeichneten zehn rußländische Ölfirmen, die von „Sarubeschneft“ vertreten und koordiniert wurden, mit dem Irak Verträge, in den folgenden sechs Monaten 3,4 Mio. Tonnen Rohöl zu kaufen.<sup>102</sup> Daran schlossen sich weitere Verhandlungen an. Anfang Januar 1998 unterzeichneten erneut sieben Unternehmen aus Rußlands Ölbranche mit dem Irak Verträge über den Kauf von weiteren 28,84 Mio. Barrel Erdöl.<sup>103</sup> Ein großer Teil des Öls, das rußländische Unternehmen im Rahmen des „Öl gegen Lebensmittel“-Programms aufkaufen, wird übrigens in die USA exportiert.

Auf den ersten Blick könnte die ökonomische Rationalität dieses Verhaltens als zweifelhaft erscheinen. Denn Rußland dürfte aufgrund der großen Abhängigkeit von hohen Exporterlösen aus dem eigenen Ölgeschäft weder Interesse an einer Vergrößerung der Menge des Rohöls auf dem Weltmarkt, noch - wie es bei der Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak der Fall wäre - an einer Zunahme der Ölanbieter haben. Ein weiterer Preisverfall wäre die Folge. Und unter dem heutigen leidet bereits die aktuelle Außenhandelsbilanz. Überdies wäre der Irak nicht irgendein Ölanbieter. Nach Saudi-Arabien verfügt das Land über die größten nachgewiesenen Vorkommen der Welt. Doch diese Rechnung stimmt nicht. Rußland bliebe von einem Wiedereintritt des Irak weitgehend unbeeinflußt. Der Ausfall des Irak, dessen Weltmarktanteil sich vor den Sanktionen auf fünf Prozent belaufen hatte, kompensierten vier andere OPEC-Mitglieder.

101 Zit. nach Rainer Freitag-Wirminhaus, Russische Nahostpolitik in postsowjetischer Zeit, in: Klaus Fritsche (Hg.), Rußland und die Dritte Welt. Auf der Suche nach dem verlorenen Imperium? Baden-Baden (Nomos) 1996, S. 109-138, hier S. 115

102 Rossija zakrepljaetsja v Irake, Iz, 9.8.97. Unter den Unternehmen sind die wichtigsten des rußländischen Ölsektors, etwa: „Zarubežneft“, „LUKojl“, „Nafta-Moskva“, „Mašinoimport“, „Al'fa-Eko“.

103 RFE/RL Newslines, Vol. 1, No. 111, Part I, 5.9.97 sowie Vol. 1, No. 194, Part I, 13.1.98.



Nach einem Wiedereintritt in den Weltölmarkt müßten danach die vier OPEC-Staaten Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und Venezuela ihre Fördermengen proportional reduzieren.<sup>104</sup> Um im Irak das Vorkriegsniveau der Förderung und des Exports von Öl wieder zu erreichen, sind gewaltige Investitionen erforderlich. Nach irakischen Angaben handelt es sich um etwa 25 Mrd. US-Dollar.<sup>105</sup> Für rußländische Unternehmen sind hier Investitionen attraktiv. Und bereits heute ist das Öl im Irak für Rußlands Unternehmen deshalb interessant, weil es leichter und mit ca. zwei Dollar pro Barrel viel billiger zu fördern ist als das in Rußland geförderte Rohöl, das mit sechs bis sieben US-Dollar pro Barrel zu Buche schlägt.<sup>106</sup> Diese Kooperation im Energiesektor ist der augenfälligste und erfolgreichste Bereich, in dem Rußland direkte ökonomische Interessen in der gesamten Region verfolgt.

### 6.1. Rüstungsexporte

Wo es der herrschenden Elite aus Politik und Wirtschaft um die Erschließung von Märkten und um Devisen geht, liegt angesichts der begrenzten Zahl an international wettbewerbsfähigen Branchen der Gedanke an Rüstungsexporte nicht fern. Denn dieser bestimmte nicht nur die Handelsbeziehungen mit Irak. Der Nahe Osten war über Jahre der größte Absatzmarkt für konventionelle Rüstungsgüter. Noch heute ist er von zentraler Bedeutung für den internationalen Rüstungshandel, auch wenn dessen Gesamtvolumen geschrumpft und Rußlands Marktanteil im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts zurückgegangen ist: Zwischen 1987 und 1994 hatte der Nahe Osten einen Anteil von mehr als 55 Prozent aller Importe erreicht. Der rußländische bzw. sowjetische Anteil, der 1984-1989 noch 27,3 Prozent betragen hatte, sank von 1989 bis 1993 auf zehn Prozent.<sup>107</sup> Das Gesamtvolumen aller sowjetischen Rüstungslieferungen in Entwicklungsländer ging zwischen 1987 und 1991 von 17,745 Mrd. auf 3,93 Mrd. US-Dollar zurück.<sup>108</sup> Im ersten Jahr nach dem Zusammenbruch der UdSSR exportierte Rußland Rüstungsgüter im Wert von 2,3 Mrd. US-Dollar in den Nahen Osten. Von 1993 bis 1995 mußte Rußland nochmals einen zurückgehenden Marktanteil beklagen: Es setzte nur noch Rü-

104 Batler vystupit v SB OON, NG 6.8.98. Zum Verhältnis der Ölförderstaaten OPEC und der GUS siehe auch: V. Kukuškin, SNG-OPEK - Konkurenty ili partnery, in: Azija i Afrika segodnja, 1997, Nr. S. 4 und S. 32-33.

105 L. Rudenko, V tiskach sankcii, in: Azija i Afrika segodnja, 1997, Nr. 4, S. 58-63, hier S. 59.

106 Snjatje embargo s Iraka ponizit ceny na neft', NG, 11.3.98.

107 Thomas Sachse, Russische Waffenexporte in die Dritte Welt, in: Klaus Fritsche (Hg.), Rußland und die Dritte Welt. Auf der Suche nach dem verlorenen Imperium? Baden-Baden (Nomos) 1996, S. 67-89, hier 77-78. Die Zahlen von 1989 bis 1993 beruhen auf den Angaben aus Kak prodaetsja oružie, KrZ, 6.11.93. Rußland belegte damit hinter den USA, Großbritannien, Frankreich den vierten Rang unter den größten Rüstungsexporteuren. Die potentiell negativen sicherheitspolitischen Implikationen von mehr Rüstungsexport in eine Grenzregion Rußlands thematisiert der Wissenschaftliche Mitarbeiter des Moskauer Staatsinstituts für Internationale Beziehungen, MGIMO, der Kaderschmiede des Diplomatischen Dienstes, A.V. Kasatkin. Vgl. Anatolij V. Kasatkin, Stanet li Bližnij Vostok rossijskim prioritetom? In: MŽ, 1994, Nr. 4, S. 68-74, hier S. 71.

108 SIPRI-Yearbook 1992, Oxford-New York (Oxford University Press) 1992, S. 272. Vgl auch die Arbeiten von Thomas Sachse, Russische Rüstungsexportpolitik 1992, in: Berichte des BIOst, 1993, Nr. 4 sowie: Rüstungsexportpolitik 1993/94, in: Berichte des BIOst, 1995, Nr. 25.



stungsgüter im Wert von 1,7 Mrd. US-Dollar ab.<sup>109</sup> Vor dem Hintergrund dieses drastischen Einbruchs wirft der Stellvertretende Direktor der Abteilung Naher Osten und Nordafrika im Außenministerium, Alexei Tschistjakow, die Frage auf, warum diese Entwicklung nicht zu einem analogen Rückgang der Rüstungsexporte aus den USA geführt habe. Tatsächlich ging das Volumen der Rüstungsexporte der USA in den Nahen Osten von zwölf Mrd. Dollar im Jahr 1988 nur auf etwa acht Mrd. im Jahr 1992 zurück. Von 1993 bis Ende 1995 setzten die USA Rüstungsgüter in Höhe von 18,4 Mrd. US-Dollar ab.<sup>110</sup>

Während des Ost-West-Konflikts war der Irak der größte Handelspartner und Rüstungskäufer der UdSSR im Nahen Osten gewesen. In den achtziger Jahren hatte er etwa 55 Prozent seiner konventionellen Waffen aus der Sowjetunion bezogen und dafür über 15 Mrd. US-Dollar nach Moskau überwiesen. Die Errichtung von Militäranlagen, Rüstungsfabriken und die Erteilung von 60 Lizenzen für den Nachbau von Waffen, darunter Kalaschnikows, Panzerhaubitzen und Panzer, brachten Moskau noch einmal über 900 Mio. Dollar ein. Um so bitterer traf es die Unternehmen aus der Rüstungsindustrie, daß der Export in den Irak nach dem Ende des ersten Golfkrieges 1988 drastisch gedrosselt und nach der Verhängung des UN-Embargos im August 1991 völlig eingestellt wurde.<sup>111</sup> Rüstungsdirektoren und Politiker versuchen, verlorenes Terrain wiedergutzumachen. Flankenschutz - um im Bild zu bleiben - erhalten sie hier von Wissenschaftlern und Publizisten jeglicher Couleur, die einem offensiven Rüstungsexport das Wort reden. „Natürlich“, so der Orientalist Alexei Wassiljew, „sind Waffen das politisierteste Handelsgut. Doch jegliche Selbstbeschränkung in dieser Angelegenheit ist sinnlos, solange nicht kollektive Maßnahmen und Entscheidungen ergriffen werden.“ Schließlich sei der Einbruch auf dem Rüstungsexport ein selbst zu verantwortender politischer Fehler gewesen.<sup>112</sup>

Seit einigen Jahren unternehmen Rüstungsbetriebe und die staatliche Rüstungsexportgesellschaft „Roswooruschenie“, die 1992 gegründet wurde, große Anstrengungen, verlorene Marktanteile zurückzugewinnen. Das Nahost-Engagement zielte zunächst erfolgreich auf die Golf-Emirate, wo sich Rußland Hoffnungen machte, neben der Aquisition von Investitionen auch Märkte für Waffen zu erschließen. Auf Rüstungsmessen wie der IDEX in Abu Dhabi oder der FIDAE in Chile sind Vertreter aus Rußland präsent.<sup>113</sup> Bis Mitte der 90er Jahre gelang es, gute Kontakte zu Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten herzustellen. Diese schienen vorübergehend die Quellen ihres Rüstungsbezugs diversifizieren und so ihre Abhängigkeit von den USA verringern zu wollen. Allerdings hat ein Kauf von Rüstung rußländischer Herkunft eher politische als ökonomische oder gar miliärische Implikationen. Er ist als Zeichen an die potentiellen Gegner Irak und Iran zu verstehen, daß an der Unabhängigkeit Kuwaits oder der Emirate die USA, Frankreich und auch Rußland interessiert sind. Darüber hinaus sind an-

109 Siehe S. A. Vorob'ev, Rossijsko-arabskoe sotrudničestvo: Voennyj aspekt, in: Rossijskij mir. Sankt Peterburg 1994, S. 130-132, hier S. 130 sowie U.S. Arms Control and Disarmament Agency (Hg.), World Military Expenditures and Arms Transfers 1996, Washington 1997, S. 14.

110 Aleksej Čistjakov, Rossijskij Bližnij Vostok, in: MŽ, 1995, Nr. 8, S. 52-56, hier S. 54 sowie World Military Expenditures and Arms Transfers 1996, U.S. Arms Control and Disarmament Agency (Hg.), Washington 1997, S. 14.

111 Partnerstvo s Irakom - delo dochodnoe, Segodnja 21.11.97; Segodnjašnjaja Rossijskaja i zavtrašnjij Irak, NG, 16.8.96.

112 Aleksej M. Vasil'ev, Buduščee rossijskoj politiki na Bližnem vostoce, in: Vestnik RAN, Jg. 68, 1998, Nr. 6, S. 493-504, hier S. 498. Siehe auch: Aleksandr Filonik, Rossijskoe oružie dlja arabskogo rynka, in: Rossijskij i musul'manskij mir, 1996, Nr. 5, (47), S. 98-101.

113 Naš vizit - eto bor'ba za ryniki v tom čisle za rynki vooruženij, Iz, 5.5.92.



dere Armeen der Region noch immer erheblich von Ersatzteilen für Militärtechnik oder direkt von Waffen aus Rußland abhängig. So bestehen die Ausrüstung und die Waffen der Streitkräfte Syriens, Iraks, Libyens, Jemens und Algeriens zwischen 50 und 90 Prozent aus ehemals sowjetischen Lieferungen. Eine Umrüstung ist angesichts der herrschenden finanziellen Begrenzungen nicht wahrscheinlich, so daß sich Rußland hier auf absehbare Zeit ein stabiles Potential ausrechnen kann.<sup>114</sup> Iran ist heute Rußlands wichtigster Kunde im Nahen Osten. Lieferungen an den Irak sind noch unterbunden. Vertreter von Rüstungsunternehmen und „Roswooruschenie“ verlangen daher die Aufhebung der Sanktionen, weil sie sich im Irak gute Absatzchancen ausrechnen. Auf westliche Kritik an dieser offensiven Rüstungsexportpolitik reagieren sie allergisch, weil sie darin Doppelstandards sehen. Dies räumen amerikanische Beobachter unumwunden ein: „Natürlich haben westliche Nationen, die enthusiastisch Waffen an Staaten im Nahen Osten verkaufen, kein Recht, selbstgerecht rußländische Waffenverkäufe zu kritisieren.“<sup>115</sup> Tatsächlich ist die westliche Kritik nicht frei von Heuchelei. Dahinter verbirgt sich reines ökonomisches Kalkül in einem schärfer werdenden Konkurrenzkampf. Andere Beobachter sehen im Rüstungswettlauf durchaus eine Gefahr für die Stabilität in der Region, wollen aber aufgrund der ökonomischen Lage nicht auf Rüstungsexporte verzichten. Statt dessen machen sie sich für ein Rüstungskontrollregime unter Einschluß der Vereinigten Staaten und Rußlands im Nahen Osten stark.<sup>116</sup>

Doch auf dauerhafte Rüstungsexporte in den Nahen Osten zu setzen oder gar von einer Ausweitung des Marktanteils auszugehen, ist aus zwei Gründen wenig seriös. Es berücksichtigt weder die labile Wirtschaftskraft der Staaten des Nahen Ostens, noch stellt es die internen Strukturprobleme des eigenen Rüstungssektors in Rechnung. Infolge der gefallen Ölpreise sank die Kaufkraft der nahöstlichen Rüstungsimporteure. So sanken die Rüstungsverkäufe alleine in die acht Anrainerstaaten des Persischen Golfes von 62,3 Mrd. US-Dollar von 1988-1991 auf 37,3 Mrd. in der Zeit von 1992-1995. Das ist ein Rückgang um über 40 Prozent.<sup>117</sup> Eine wachsende Anzahl von Ländern dürfte diese ökonomischen Restriktionen spüren, denn 1997 und 1998 hielt der Preisverfall auf dem Öl-Weltmarkt an. Hatte der Ölpreis im November 1997 noch 21 US-Dollar pro Barrel betragen, so wurden im November 1998 wegen Überkapazitäten nur noch knapp über 11 US-Dollar bezahlt.<sup>118</sup> Dies relativiert die optimistischen Erwartungen rußländischer Beobachter. Sie waren davon ausgegangen, daß in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ein Markt von 60-80 Mrd. US-Dollar im Nahen Osten existiere, der zu etwa 70 Prozent von Unternehmen aus den USA kontrolliert werden wird. Unabhängig davon, ob es sich dabei um einen befristeten oder dauerhaften und absoluten Rückgang handelt, bleibt eines klar: Solange der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern und den anderen arabischen Nachbarstaaten nicht geregelt ist, solange das komplexe Konfliktfeld Naher Osten nicht befriedet ist, wird die Nachfrage nach Waffen vergleichsweise hoch bleiben.<sup>119</sup>

114 Zu beiden Entwicklungen siehe: S.A. Vorob'ev, Rossijsko-arabskoe sotrudničestvo: Voennyj aspekt, in: Rossijska i arabskij mir. Sankt Peterburg 1994, S. 130-132.

115 Fred Wehling, Three Scenarios for Russia's Middle East Policy, in: Communist and Post-Communist Studies, Jg. 26, 1993, Nr. 2, S. 182-204, hier S. 192.

116 Vladimir Isaev, Reanimacija interesov Rossii, in: Azija i Afrika segodnja, 1997, Nr. 4, S. 29-31, hier S. 30.

117 Richard F. Grimmett, Conventional Arms Transfers to Developing Nations, 1988-1995, Washington 1996, S. 11.

118 Anhaltende Preisschwäche auf den Weltölmärkten, Handelsblatt, 10.11.98.

119 Siehe dazu: Aleksej Čistjakov, Rossijska i Bližnij Vostok, in: MŽ, 1995, Nr. 8, S. 52-56.



Aus Rußlands Perspektive auf die Ausweitung des Rüstungsexports zu setzen, ist dagegen gewagt. Hier handelt es sich um ein relativ enges Marktsegment, auf dem Rußland konkurrenzfähig ist. Die Rüstungswirtschaft spielt an der Wende zum 21. Jahrhundert innerhalb der Weltökonomie eine abnehmende Rolle. Bezogen auf die Rekordausgaben Mitte der 80er Jahre ist das Volumen des weltweiten Rüstungshandels auf ein Drittel gesunken. Auch die „Konkurrenzfähigkeit“ der Rüstungsgüter ist trügerisch. Ein Großteil der anzubietenden rußländischen Waffensysteme ist veraltet, eine Modernisierung aufgrund der finanziellen Restriktionen der Volkswirtschaft ausgeschlossen. Seit nahezu einem Jahrzehnt sind Investitionen in die Mehrzahl der Rüstungsbetriebe ausgeblieben. Da auch in den Bereichen Forschung und Entwicklung gespart wird, bewegt sich die Hoffnung, die der neue Vize-Premierminister unter Primakow und alte Ex-Vorsitzende der sowjetischen Planungsbehörde, Juri Masljukow, bei der Vorstellung seines vorläufigen Wirtschaftsprogramms zum Ausdruck brachte, über Rüstungsexporte den Rüstungssektor anzukurbeln, ihn wieder zu einer Kernindustrie und damit zum Modernisierungsmotor der Volkswirtschaft zu machen, am Rande des Selbstbetrugs.<sup>120</sup>

Die reale Entwicklung des Rüstungsexports spricht eine deutliche Sprache: 1996 belief sich das Volumen auf 3,5 Mrd. US-Dollar, 1997 auf ca. 2,5 Mrd. und für 1998 wird ein Exportvolumen von etwa zwei Mrd. US-Dollar erwartet.<sup>121</sup> Das sind keine Summen, die einen nachhaltigen Aufschwung des Rüstungssektors oder gar der Volkswirtschaft induzieren könnten. Der jahrelange Niedergang der Rüstungs- und Nuklearwirtschaft, die anhaltende Krise in Rußland und der Existenzkampf vieler Betriebe, denen die staatlichen Aufträge und Abnahmegarantien abhanden gekommen sind, haben eine Grauzone entstehen lassen. In ihr sind Geschäftspraktiken gediehen, die auch zur Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beitragen können.

## 6.2. Ökonomische Interessen als Proliferationsrisiko

Es waren Geschäfte mit dem Irak und Iran, welche die Vorwürfe laut werden ließen, daß Rußland zur Proliferation von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten unmittelbar beitrage. Tatsächlich sind diese Bedenken nicht aus der Luft gegriffen. Doch die Ursachen sind nicht eine systematische Politik Rußlands oder ausgefeilte Strategien, sondern die Schwächen des Staates, der Verlust an Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten und die fehlenden finanziellen Möglichkeiten, zuverlässige und leistungsfähige Exportkontrollen aufzubauen.

Den Auftakt machte der Deal des Ministeriums für Atomenergie (*Minatom*) mit Iran, der 1995 bekannt wurde. Es ging um die Fertigstellung eines Kernkraftwerkes in Buschir am Persischen Golf, das die Firma Siemens ursprünglich begonnen hatte, wegen der Islamischen Revolution 1979 aber abbrechen mußte. Dort errichtet *Minatom* einen 1000 MW-Druckwasserreaktor und liefert den dazugehörigen Brennstoff und die Reaktortechnik. In den USA weckte dieses Projekt den Verdacht, daß es Iran angesichts seiner reichen Öl- und Gasvorkommen nicht um eine Diversifizierung seiner Energieversorgung gehen könnte, sondern er nach Atomwaffen strebe und dazu den Umweg über die zivile Nutzung der Atomenergie wähle, um an sensible Nukle-

120 Das Wirtschaftsprogramm in: Programma pervoočerednych mer po vyvodu ekonomiki iz finansovobankovskogo krizisa (proekt), Kommersant-daily, 1.10.98.

121 Razrjadka v „Rosvooruzenii“, Kommersant-daily, 24.9.98. Siehe auch Stefanie Harter, Die russische Rüstungsindustrie: Eine Bestandsaufnahme, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 1998, Nr. 40.



artechnologie und waffenfähiges Material zu gelangen.<sup>122</sup> Formaljuristisch bewegt sich dieses Geschäft im Rahmen des Völkerrechts und des Nichtverbreitungsvertrages. Doch die Hintergründe waren geeignet, an der Integrität des Geschäfts zu zweifeln. Nach der Unterzeichnung des Vertrages tauchte ein geheimes Zusatzprotokoll auf, in dem *Minatom* die Lieferung von Ultrazentrifugen in Aussicht stellte. Diese können zu friedlichen Zwecken, aber auch zur Produktion waffentauglichen hochangereicherten Urans (HEU) verwendet werden - und genau dies soll das Nichtverbreitungsregime verhindern. Gleichzeitig wurde bekannt, daß der Vertrag zwischen *Minatom* und Iran wichtiger rußländischer rechtlicher Grundlagen entbehrte und *Minatom* weder eine Genehmigung der Regierung eingeholt hatte, noch das Außenhandelsministerium oder die Präsidialverwaltung einschaltet worden waren. *Minatom* als bürokratische Interessengruppe machte sich die Mängel des politischen Systems, die schwache Verankerung rechtlicher Prinzipien und formalisierter Verfahren zunutze, um seine ökonomischen Interessen durchzusetzen und zu sichern.<sup>123</sup>

Nach Intervention der USA sicherte Präsident Jelzin im Mai 1995 zu, daß auf die Lieferung aller militärisch einsetzbaren Komponenten verzichtet werde. Die Kooperation zwischen *Minatom* und Iran läuft seither. Im März 1998 haben die Partner das bestehende Nukleargeschäft ausgedehnt. Zum einen erhält *Minatom* mehr Einfluß beim Bau, weil es sich mit dem Fortgang der Arbeiten unter iranischer Leitung unzufrieden gezeigt hatte. Zum anderen haben sie sich darauf geeinigt, daß am selben Standort zwei weitere Reaktorblöcke entstehen sollen. Die Arbeiten sollen begonnen werden, wenn der erste Block im Jahr 2001 ans Netz gegangen sein wird.<sup>124</sup> Hier wird der internationalen Staatengemeinschaft nichts anderes übrigbleiben, als die Möglichkeiten der Überwachung auszuschöpfen, die der Nichtverbreitungsvertrag bietet.

Der zweite Vorwurf zielt darauf, daß Teheran Hilfestellung aus Rußland für den Bau der eigenen Mittelstreckenraketen Shabah-3 und Shabah-4 erhalten habe, die eine Weiterentwicklung der sowjetischen SS-4 darstellen. Dadurch habe Iran den Entwicklungszeitraum bis zur Fertigstellung von zehn Jahren auf zwei verkürzen können. In einer Anhörung vor dem Intelligence Committee des US-Senates am 28. Januar 1998 beschuldigte CIA-Direktor George Tenet die staatliche Rüstungsexportagentur „Roswooruschenie“, das „Bauman-Institut“, die Unternehmen „NPO- Trud“, das Raketentriebwerke herstellt, die Laser-Hersteller „Poljus“ und „Inor“ sowie die „Rußländische Weltraumagentur“, Expertisen oder Komponenten für Antriebs- und Lenksysteme sowie spezielle Materialien zur Verfügung gestellt zu haben.<sup>125</sup> Aus der Clinton-Administration wurden die Vorwürfe gegen die „Rußländische Weltraumagentur“ als inkorrekt zurückgewiesen. Auch für Exportvergehen der anderen Institutionen mangelt es bis heute an

---

122 Siehe Sharam Chubin, Does Iran Want Nuclear Weapons? In: Survival, Jg. 37, 1995, Nr. 1, S. 86-104; David Albright, An Iranian Bomb?, in: The Bulletin of the Atomic Scientists, Jg. 51, 1995, Nr. 4, S. 21-26.

123 Siehe David Oberhuber, Die politische Ökonomie *Minatoms*: Rußlands Nuklearsektor als Beispiel für die Rolle der „Interessenparteien“ im Transformationsprozeß, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 26, 1997, Nr. 3, S. 307-318; David Oberhuber, Rußlands Nuklearsektor zehn Jahre nach Tschernobyl. Kontinuität im Wandel, Untersuchungen des FKKS, Mannheim 1996, Nr. 10; Michael Mikhalka, The Russia-Iran-Nuclear Deal: Diplomacy of Several Doors, in: Transition, 1995, Nr. 17, S. 40-44.

124 Sdelka, in: MN, 1998, 3, 2.

125 Howard Diamond, Russia Issues New Export Decree to Stem Missile Transfers to Iran, in: Arms Control Today, Jg. 28, 1998, Nr. 1, S. 31 und S. 34.



Beweisen. Am Rande des zehnten Treffens der Gore-Tschernomyrdin-Kommission am 10./11. März 1998 bezeichnete Al Gore die rußländische Nonproliferationspolitik als korrekt.<sup>126</sup>

Tatsächlich erwies sich aber Rußlands Exportkontrollsystem als nicht perfekt. Nachdem aserbaidzische Grenzer in der Nähe Irans aufgrund von Diskrepanzen in den Zollpapieren im März 1998 den Versuch unterbunden hatten, 22 Tonnen eines speziellen Stahls nach Iran zu exportieren, der zum Raketenbau geeignet ist und unter die Exportkontrollen fällt, nahm der rußländische Geheimdienst FSB Anfang April 1998 drei „ausländische Staatsangehörige“ fest. Die Frage bleibt, warum dieser Stahl die rußländischen Grenzen passieren konnte.<sup>127</sup> Nicht zuletzt als Reaktion auf den aufgedeckten Export des Spezialstahls und die immer wieder kolportierten Verstöße rußländischer Unternehmen gegen die Exportkontrollbedingungen verabschiedete der US-Senat am 22. Mai 1998 einen „Iran Missile Proliferation Sanctions Act“, der sich insbesondere gegen Rußland richtet und zu einer spürbaren Verschlechterung der rußländisch-amerikanischen Beziehungen führte. Der damalige Außenminister Primakow wertete den Beschluß als Versuch, unter dem Deckmantel der Nonproliferation „legitime Handels- und Wirtschaftsverbindungen mit Iran zu behindern.“ Sollten die Vereinigten Staaten gegen rußländische Firmen Sanktionen verhängen, so werde die Ratifikation des START II-Vertrages noch weiter erschwert.<sup>128</sup>

Stärkere politische, moralische und sicherheitspolitische Sprengkraft als der Stahlschmuggel nach Iran hat der Verdacht, daß rußländische Unternehmen aus dem Rüstungssektor und der Chemischen Industrie unter flagranter Verletzung der geltenden Sanktionen noch in jüngster Zeit mit dem Irak kooperiert und Waffentechnik sowie Know-how geliefert haben. Drei Vorwürfe standen hier in der letzten Zeit im Raum. Erstens die Lieferung von Raketentriebwerken durch das „Wotkinski-Werk“ in der rußländischen Republik Udmurtien, die den Irak in die Lage versetzt haben sollen, aus sowjetischen Boden-Luft-Raketen vom Typ SA-2 nun Boden-Boden-Mittelstrecken-raketen zu machen. Zweitens die Lieferung von einzelligen Eiweißen, einem Grundstoff für biologische Waffen. Diese Vorwürfe konnten entweder entkräftet werden oder ließen sich nicht stichhaltig belegen. Zwar war der Irak 1995 tatsächlich mit dem Interesse am Erwerb und der Herstellung einzelliger Eiweiße an Moskau herangetreten. Obwohl bekannt ist, daß diese Stoffe auch für militärische Zwecke genutzt werden können, gingen die Verantwortlichen in Moskau von den irakischen Angaben aus, daß das Ziel Futtermittelherstellung sei und es sich somit um einen land- bzw. volkswirtschaftlichen Zweck handelte. Die nach Bagdad entsandte Delegation aus zivilen Experten brachte Mikroorganismen und technische Muster mit, doch weitergehende Verträge wurden nicht unterzeichnet. Auch konnte die Lieferung von größeren Mengen der Eiweiße nicht bestätigt werden.<sup>129</sup> Doch Grund zur Entwarnung ist das nicht. Es ist nicht mehr zu leugnen, daß Exportkontrollen unterlaufen wurden, der Irak Waffentechnik aus Rußland erhalten hat und daß damit der rußländischen Glaubwürdigkeit ein

- 
- 126 Howard Diamond, U.S. and Russia Take New Steps to Control Technology Transfers to Iran, in: Arms Control Today, Jg. 28, 1998, Nr. 2, S. 24.
  - 127 Howard Diamond, Russian Export Controls Fail to Stop Steel for Iranian Missile Program, in: Arms Control Today, Jg. 28, 1998, Nr. 3, S. 26.
  - 128 Howard Diamond, Senate Approves Sanctions Legislation Aimed at Russian-Iranian Missile Cooperation, in: Arms Control Today, Jg. 28, 1998, Nr. 4, S. 30-31.
  - 129 Siehe hierzu Anna Otkina/Ivan Sarančuk, Mesto Rossii v uregulirovanii situacii vokrug Iraka i puti kontrolja nad rossijskim kritičeskim eksportom v Irak, in: Jadernyj kontrol', 1998, Nr. 1 (37), S. 4-13 hier S. 7.



nachhaltiger Schaden zugefügt wurde.<sup>130</sup> Hier geht es um den dritten Vorwurf, die Lieferung von Raketenantriebskreisläufen, sogenannten Gyroskopen.

Nachdem Taucher von UNSCOM die Gyroskope am 9. Dezember 1995 vom Grund des Tigris geholt hatten, erklärte der Botschafter Rußlands in den USA, diese seien nicht rußländischer Herkunft. Im Februar 1996 räumte das Außenministerium ein, daß diese Aussage korrigiert werden müsse, doch daß staatliche Stellen dazu in keiner Beziehung ständen. Noch Anfang September 1997, als UNSCOM-Chef Richard Butler in Moskau die Hintergründe der Gyroskop-Lieferung aufklären wollte, wurde er von Berichten empfangen, die die Glaubwürdigkeit der Ermittlungen in Zweifel zogen. Es gehe Butler gar nicht, so der Tenor, um die Gyroskope, sondern um einen Versuch, mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, nämlich a) die Sanktionen zu verlängern, b) Moskau den Bruch des Exportverbotes nachzuweisen und schließlich c) damit einen Vorwand zu haben, um die Ölgeschäfte zwischen Firmen aus Rußland und dem Irak zu verhindern.<sup>131</sup>

Doch die Fakten sind über jeden Zweifel erhaben. Stichhaltige Beweise liegen vor, nach denen im Jahr 1995 aus Rußland Gyroskope in den Irak geliefert wurden. Gyroskope übernehmen eine wichtige Funktion im Steuerungssystem der Raketen. Ursprünglich waren sie in U-Boot-gestützten SS-N-18-Raketen montiert gewesen. Geliefert hat sie das „Wissenschaftliche Testinstitut für Chemischen Maschinenbau“, ein Unternehmen in Sergijew Possad in der Nähe Moskaus, das nach dem Abkommen über die Reduzierung strategischer Nuklearwaffen zwischen den USA und Rußland (START 1) mit der Demontage und Vernichtung der alten sowjetischen Raketen betraut ist. Umstritten bleibt lediglich, wieviele Gyroskope geliefert wurden.<sup>132</sup> Um den Transport abzuwickeln, wurden andere Firmen eingeschaltet, die Kreisel als „elektrotechnische Meßgeräte“ deklariert und mit diesen falschen Dokumenten versehen auf dem Luftweg nach Jordanien bzw. zu Lande über Österreich sowie Deutschland in den Irak gesandt.<sup>133</sup>

Den Schaden für Rußlands Glaubwürdigkeit durch den illegalen Gyroskopexport versuchten die Präsidialadministration und die Regierung durch große Betriebsamkeit zu begrenzen: Noch am 2. September 1997 erließ Präsident Jelzin einen Ukas zur Verschärfung der Exportkontrollen.<sup>134</sup> Dem folgte am 7. November 1997 die Regierungsverordnung 1403, die die Ausfuhr von zivil-militärisch ambivalenten Gütern regelt und den Titel trägt „Über die Kontrolle der Ausfuhr von dual use-Waren und Technologien sowie anderer Mittel, die unter die Geltung der ständigen internationalen Überwachungs- und Kontrollregime fallen“.<sup>135</sup> Durch diese Regie-

130 Siehe hierzu Anna Otkina/Ivan Sarančuk, *Mesto Rossii v uregulirovanii situacii vokrug Iraka i puti kontrolja nad rossijskim kritičeskim eksportom v Irak*, in: *Jadernyj kontrol'*, 1998, Nr. 1 (37), S. 4-13 und Astrid von Borcke, *Rußland und die Irak-Krise 1997/98*, Teil I: Eine Wende in der Weltpolitik? Berichte des BIOst, 1998, Nr. 37, hier S. 19-26 sowie dies., Teil II: Die Herausforderung durch Massenvernichtungswaffen, Berichte des BIOst, 1998, Nr. 38.

131 Maša Kacva, *Damoklov giroskop dlja Bagdada*, in: *Itogi*, 1997, Nr. 34, (2.9.), S. 26.

132 Otkina/Sarančuk a.a.O. sprechen von 30, nach anderen Daten auch von 115-120 Gyroskopen. Astrid von Borcke 1998, Nr. 37, S. 22 nennt unter Verweis auf westliche Zeitungsberichte 815 Stück. Wie diese große Diskrepanz aufzulösen ist, muß im vorliegenden Fall ungeklärt bleiben.

133 Siehe dazu näher: *Voprosy bezopasnosti*, 1997, Nr. 13, September, S. 4-8.

134 Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii, Nr. 972 vom 2.9.97, RG 3.9.97.

135 „O kontrole za vyvozom v Irak tovarov i tehnologij dvojnogo naznačenija i inych sredstv, popadajuščich pod dejstvie meždunarodnogo mehanizma postojannogo nabljudenija i kontrolja“, RG, 18.11.97.



rungsverordnung wurde ein paralleles Kontrollsystem eingeführt. Exporte müssen seither von rußländischen Behörden und Ministerien genehmigt werden. Darüber hinaus wird die Erteilung von Exportgenehmigungen von der Zustimmung der jeweils zuständigen internationalen Gremien abhängig gemacht. Zu Beginn des Jahres 1998 wurde nochmals nachgebessert. Am 22. Januar unterzeichnete der damalige Ministerpräsident Wiktor Tschernomyrdin den Entwurf einer Verordnung mit dem Titel „Über die Verstärkung der Kontrolle des Exports von Dual-use-Waren und Dienstleistungen, die Massenvernichtungswaffen und ihre Trägersysteme betreffen“, nach der auch in Rußland die Kontrollen nach dem in den USA geltenden Catch-all-Exportkontrollprinzip durchgeführt werden sollten. Dagegen regte sich zunächst Widerstand. Zahlreiche betroffene Behörden, insbesondere das Wirtschaftsministerium und einige Branchenministerien, intervenierten und versuchten die Verordnung zu entschärfen, da sie darin eine unverhältnismäßige Einschränkung ihrer Exportchancen sahen. Es vergingen vier Wochen, ehe dieser Widerstand überwunden war und die Verordnung in der Regierungszeitung „Rossijskaja gazeta“ veröffentlicht werden und in Kraft treten konnte.<sup>136</sup> Würde sie angewandt, wäre diese Regierungsverordnung ein relevanter Beitrag zur Stärkung der Exportkontrollen. Die Chancen illegaler Weiterverbreitung von Komponenten für Massenvernichtungswaffen aus Rußland würden damit sinken. In den USA wurde diese Verordnung aus dem gleichen Grund mit Zufriedenheit aufgenommen. Nach dem Skandal um den Stahlexport nach Iran unterzeichnete Präsident Jelzin Mitte Mai 1998 nochmals zwei Erlasse, die sich auf die Umsetzung der Regierungsverordnung vom November beziehen. Der erste macht die Einrichtung von speziellen Ausfuhrabteilungen in den Unternehmen, die Nuklear- oder Raketentechnologie herstellen, zur Pflicht. Der zweite überträgt der „Rußländischen Weltraum-agentur“ die Kontrolle und Verantwortung für Raketentechnologie und weist ihr die Kompetenzen zu, Exporte gegebenenfalls zu unterbinden.

Von dieser geradezu hektischen Betriebsamkeit auf eine tatsächliche Verschärfung der Exportkontrollen zu schließen, hieße die Realität in Rußland zu verkennen. De facto bleiben all diese Verordnungen und Erlasse bloße symbolische Politik, solange nicht Mittel zum Aufbau eines funktionsfähigen Exportkontrollregimes zur Verfügung gestellt werden. Ob Rußland unter den momentanen finanziellen Bedingungen und angesichts des nur mangelhaft ausgeprägten Bewußtseins über die Bedeutung schärferer Exportkontrollen, das die Branchenministerien unter Beweis gestellt haben, zu diesen Investitionen bereit und fähig ist, bleibt zweifelhaft.

Doch solange es dazu nicht kommt, wird immer wieder der Verdacht geäußert werden, daß sich Rußland der Komplizenschaft mit Regimen wie dem Irak oder Iran beim Aufbau von Potentialen an Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten schuldig macht - selbst wenn derartigen Kooperationen nicht staatliches Handeln, sondern „nur“ die kriminelle Energie einzelner Unternehmen zugrundeliegt.<sup>137</sup> Aus sicherheitspolitischen Gründen muß Rußland ein starkes Interesse haben, derartige Geschäfte zu unterbinden. Denn die Nähe der eigenen Grenzen im Nordkaukasus zum Nahen Osten macht sowohl das eigene Land als auch die Nachbarstaaten

---

136 „Ob usilenii kontrolja za eksportom tovarov i uslug dvojnogo naznačenija, imejuščich otnošenje k oružiju massovogo uničtoženija i raketnym sredstvami ego dostavki“, RG, 22.2.98. Dokumentiert auch in: *Jadernyj kontrol'*, 1998, Nr. 1 (37), S. 26. Siehe auch Howard Diamond, *Russia Issues New Export Decree To Stem Missile Transfers to Iran*, in: *Arms Control Today*, Jg. 28, 1998, Nr. 1, Januar, S. 31 und S. 34. Siehe zu den Hintergründen der Intervention: Anna Otkina/Ivan Sarančuk, *Mesto Rossii v uregulirovanii situacii vokrug Iraka i puti kontrolja nad rossijskim kritičeskim eksportom v Irak*, in: *Jadernyj kontrol'*, 1998, Nr. 1 (37), S. 4-13.

137 Moskva „ne zametila“ predostereženij Vašingtona, *Segodnja*, 27.2.98.



der GUS anfällig für die Folgen militärischer Auseinandersetzungen, in denen Massenvernichtungsstoffe freigesetzt würden. Dies zumindest ist eine der zu ziehenden Schlußfolgerungen aus den Szenarien, die auf dem Höhepunkt der Winterkrise zwischen den Vereinten Nationen und dem Irak 1997/98 veröffentlicht wurden, auch wenn die beabsichtigte Lesart darauf zielte, die Unverantwortlichkeit eines Militärschlags der USA zu demonstrieren. Rußlands „Föderaler Dienst für Hydrometeorologie und Umweltüberwachung“ stellte Berechnungen an, welche Folgen der Nahe Osten und die GUS-Staaten von einer Bombardierung irakischer Lagerstätten zu erwarten hätte, in denen Massenvernichtungswaffen untergebracht sind. Ausgehend von einem unterstellten Angriff auf ein Waffenlager mit 10.000 Tonnen gelagerten Giftstoffen in Bagdad untersuchte der Dienst, welche Auswirkungen bei den Wetterlagen der vorangegangenen Tage zu erwarten gewesen wären. Das Ergebnis war deutlich: Innerhalb von drei Tagen wäre das Leben in Gebieten im Umkreis von 600-700 km, also in Syrien, Jordanien, Israel und in Teilen der Türkei, aber auch in GUS-Staaten wie Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan gefährdet gewesen.<sup>138</sup>

Der Proliferationsgefahr nicht entschieden entgegenzuwirken hieße aber auch, die eigenen politischen Ansprüche zu unterminieren, allen ökonomischen Restriktionen zum Trotz im Süden Rußlands außen- und sicherheitspolitisch möglichst stabile Bedingungen herzustellen sowie eine konstruktive Rolle im Nahen Osten bei der Konfliktregelung spielen zu wollen und spielen zu können.

## 7. Rußlands politische und sicherheitspolitische Interessen im Nahen Osten

Sieht man von den offensichtlichen direkten ökonomischen Interessen auf dem Öl- und Rüstungsmarkt ab, so ist Rußlands breiter gefaßte Interessenlage im Nahen Osten zwar schwierig zu bestimmen, doch keineswegs so diffus, wie die kryptischen Äußerungen des Stellvertretenden Außenministers Wiktor Possuwaljuk vermuten lassen: „Unsere Interessen im Nahen Osten umfassen die gesamte Amplitude der geistigen, militärischen und politischen Beziehungen. Ich bin überzeugt davon, daß wir uns zum Ziel setzen sollten, großangelegte Kontakte entlang aller Azimute zu entfalten.“<sup>139</sup> Insbesondere bei der „Entfaltung“ der militärischen und politischen Beziehungen werden die Grenzen der außenpolitischen Gestaltungskraft Rußlands sichtbar. Aufgrund der ökonomischen Schwäche fehlen der Diplomatie wichtige Instrumente zur Einflußnahme. Und anders als in der Irak-Krise ist der Ständige Sitz im UN-Sicherheitsrat als Rußlands wichtigste verbliebene Machtbasis in der Regel irrelevant. Dies wird besonders an Rußlands beschränktem Einfluß auf den israelisch-palästinensischen Friedensprozeß deutlich.

Rußländische Politiker, Diplomaten und Publizisten postulieren, daß Rußland eine wichtigere Rolle in der Sicherheitspolitik der Region spielen sollte. Wieder sind die USA Dreh- und Angelpunkt jeglicher Überlegungen. Idealtypisch lassen sich zwei Motivlagen unterscheiden. Er-

138 Udar po Iraku mozet obernut'sja chimičeskoj katastrofoj, Iz, 12.2.98; Esli by Saddama ne bylo, ego nužno bylo by pridumat', Segodnja, 11.2.98.

139 Rossii prinadležit estestvennoe i solidnoe mesto na Bližnem Vostoke. Zamestitel' ministra inostrannyh del RF Viktor Posuvaljuk otvečacet na voprosy žurnalista Jurija Gluchova, in: Vek, 1996, Nr. 18, (13.-16.5.).



stens handelt es sich um den seit 1995 immer deutlicher artikulierten Wunsch Moskaus, bei der Konfliktlösung in verschiedenen Teilen der Welt beteiligt zu sein und zwar in der symbolträchtigen Rolle eines von den USA oder dem Westen unabhängigen Akteurs. Das Konfliktpotential des Nahen Ostens, so etwa die Überzeugung des Stellvertretenden Direktors des Orientinstituts der Rußländischen Akademie der Wissenschaften, Wladimir Issajew, mache die Region zu einem „Laboratorium“ für Rußlands Zusammenarbeit mit den USA und der EU bei der Konfliktlösung.<sup>140</sup> Daß es ihm dabei nicht nur um einen Beitrag zur regionalen Konfliktregulierung oder um mehr Sicherheit geht, verhehlt er nicht. Wie im Sicherheitsrat in der Irak-Krise sollte Rußland auch im regionalen sicherheitspolitischen Kontext des Nahen Ostens eine Gegenmacht zu den USA bilden. „Rußland ist nicht nur fähig, sondern soll der arabischen Welt eine konkrete Alternative zum Westen vorschlagen. Das ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Rückkehr auf verlorene Positionen.“ Diese Rückkehr, so seine Überzeugung, werde durch vier Faktoren erleichtert.

„Eine Reihe arabischer Staaten sieht in der rußländischen Anwesenheit ein Gegengewicht zum amerikanisch-westlichen Einfluß und die Chance, ein Kräftegleichgewicht in der Region zu bilden; Rußland spielt nach wie vor eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung von Sicherheit im Nahen Osten; Rußland genießt das Image eines ehrlichen Freundes und Verbündeten der Araber, das zu sowjetischen Zeiten entstanden ist; Rußland hat - wie in der Vergangenheit so auch in der Gegenwart - keine hegemonialen Bestrebungen, die sich gegen die arabischen Völker richten.“<sup>141</sup>

Überdies wird diese Position mit einer besonderen sicherheitspolitischen Begründung verbrämt, die ähnlich wie die Debatte über die Osterweiterung der NATO der Logik von Einflußsphären und Bedrohungskapazitäten verpflichtet ist. Wie schmerzhaft einige Angehörige des außenpolitischen Establishments, vor allem die der älteren Generation, den Abstieg des eigenen Staates und die nun um so deutlichere Dominanz der USA empfinden, illustrieren die Äußerungen der Führungstroika des Orientinstituts: „Die NATO“, so Anatoli Jegorin, „erweitert ihre Einflußsphäre nicht nur nach Osten, sondern auch nach Süden. Die Faust der Nordatlantischen Allianz hängt über dem Nahen Osten. Und den einzigen Verteidiger ihrer Interessen können die Araber lediglich im Osten, in Gestalt Rußlands finden.“<sup>142</sup> Ein Jahr später wies sein Kollege Issajew auf die Nähe der Region zu Rußland hin. Diese erfordere „eine Politik, die jegliche, auch nur potentielle, Bedrohung aus dem Süden verhindert. Aus diesem Grund kann Rußland die Präsenz ausländischer Truppen, insbesondere solcher, die über nukleare Trägersysteme verfügen, die das rußländische Territorium erreichen können, im Nahen Osten nicht akzeptieren.“ Nahezu in den gleichen Worten behauptet Wassiljew: „Die Existenz von Nuklearwaffen der USA in dieser Region und von Trägersystemen, welche die südlichen Gebiete Rußlands

140 Vladimir Isaev, Reanimacija interesov Rossii, in: Azija i Afrika segodnja, 1997, Nr. 4, S. 29-31. Zum Streben nach Beteiligung an der internationalen Konfliktlösung siehe Olga Alexandrova, Die 'Dritte Welt' in der russischen Außenpolitik, in: Klaus Fritzsche (Hg.), Rußland und die Dritte Welt. Auf der Suche nach dem verlorenen Imperium? Baden-Baden (Nomos) 1996, S. 17-34.

141 Vladimir Isaev, Reanimacija interesov Rossii, in: Azija i Afrika segodnja, 1997, Nr. 4, S. 29-31, hier S. 31. Ähnlich: Aleksandr Zotov, Potencial sotrudničestva, in: Azija i Afrika segodnja, 1993, Nr. 5, S. 28-29.

142 Sergej Babkin, Rossija i arabskij mir: dialog v postsovetskiju epochu, in: Rossija i musul'manskij mir, 1996, Nr. 5, (47), S. 94-98, hier S. 95.



erreichen, löst in Moskau ähnlich wie die NATO-Osterweiterung keineswegs positive Empfindungen aus.“<sup>143</sup>

Andere Beobachter verweisen auf direkte Sicherheitsinteressen als zweites Motiv, weshalb sich Rußland stärker im Nahen Osten engagieren sollte. In einem programmatischen Beitrag im Hausorgan des Außenministeriums formulierte Alexei Tschistjakow, Stellvertretender Leiter der Abteilung Naher Osten und Nordafrika: „Unter den neuen geopolitischen und geoökonomischen Realitäten könnte sich der Nahe Osten für uns als wichtiger herausstellen als während des Kalten Krieges. [...] Eine ganze Reihe von Faktoren [...] macht es erforderlich, diese Region zu denen zu zählen, wo Rußland nationale Interessen einschließlich nationaler Sicherheitsinteressen hat.“<sup>144</sup> Die Sorge der meisten Beobachter richtet sich aber nicht auf die Präsenz der USA auf der arabischen Halbinsel, sondern auf jene „Bedrohung aus dem Süden“, die aus dem Risiko-Gemenge aus umstrittenen Grenzen, fragilen politischen Systemen und militanten Strömungen eines politisierten Islams resultieren könnte. Bereits heute steht der Vorwurf im Raum, daß Kräfte in der Türkei und in Saudi-Arabien die Unruhen im Kaukasus finanziell unterstützen und durch Rüstungslieferungen anheizen sowie solche aus Pakistan und Afghanistan im Bürgerkrieg in Tadschikistan eine gefährliche Rolle spielen.<sup>145</sup> Auch in Bedrohungsanalysen aus dem Umfeld des Generalstabs wird der Sorge Ausdruck verliehen, daß „eine Stärkung des Einflusses des islamischen Fundamentalismus“ in „Klein-Asien, im Nahen und Mittleren Osten“ zu beobachten sei. Die Versuche, einen „echten Islam“ zu schaffen, strahlten über die Grenzen aus und könnten für Rußland ein Problem darstellen.<sup>146</sup> Alexei Arbatow sieht in den genannten Ländern eine größere potentielle sicherheitspolitische Bedrohung für Rußland und die gesamte Region als in Iran. Eine verantwortliche Politik müsse deshalb versuchen, daran mitzuwirken, die Ursachen der Instabilität im Süden Rußlands zu beseitigen, weil diese auf das multiethnische und multikonfessionelle Rußland ausstrahlen könne.

Im Zentrum dieser Instabilität steht für diese Beobachter die Regelung des israelisch-arabischen Konflikts. Nach dem Amtsantritt von Primakow bemühte sich die rußländische Diplomatie, der eher symbolischen Präsenz, die Rußland bei der Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts seit 1992 gespielt hatte, mehr Substanz zu verleihen. Insbesondere versuchte Moskau seit Herbst 1996, als der Friedensprozeß zwischen den Palästinensern und Israel in eine Sackgasse geraten war, ihn durch eigene Vermittlungstätigkeiten zu beleben.

---

143 Vladimir A. Isaev, Die Rolle des neuen Rußland im Nahen Osten, in: Internationale Politik, Jg. 50, 1995, Nr. 7, S. 25-30. Und Aleksej M. Vasil'ev, Budušćee rossijskoj politiki na Bližnem vostoce, in: Vestnik RAN, Jg. 68, 1998, Nr. 6, S. 493-504, hier S. 495.

144 Aleksej Čistjakov, Rossija i Bližnij Vostok, in: MŽ, 1995, Nr. 8, S. 52-56, hier S. 56. Ähnlich auch das Fazit bei Anatolij V. Kasatkin, Stanet li Bližnij Vostok Rossijskim prioritetom? In: MŽ, 1994, Nr. 4, S. 68-74, hier S. 74

145 Aleksej Arbatov, Nacional'naja ideja i nacional'naja bezopasnost', Teil 1, in: MEiMO, 1998, Nr. 5, S. 5-21, hier S. 20. A. Umnov, Ugroza s juga, in: Azija i Afrika segodnja, 1997, Nr. 4, S. 10-12. Die gegenteilige Position sieht gerade in der „eurasischen“ Tradition Rußlands sowie seiner Multiethnizität und -konfessionalität eine Immunisierung gegen islamistisches Denken. Folglich werden solche Bedrohungsperzeptionen verworfen. Siehe Islamskij sindrom, Rossijskie vesti, 29.9.94.

146 V.L. Manilov, Ugrozy nacional'noj bezopasnosti Rossii, in: Voennaja mysl', 1996, Nr. 1, S. 7-17, hier S. 10.



Zwar konzedierten die Palästinenser, daß Primakow zur Entspannung der zugespitzten Lage beigetragen habe, doch einen substantiellen Erfolg zeitigten seine Initiativen nicht.<sup>147</sup>

Gleichzeitig begann er die Idee eines regionalen Systems kollektiver Sicherheit für den Nahen Osten zu verbreiten. Seitdem bemüht sich Rußland auf unterschiedlichen Feldern, Unterstützung für diesen Gedanken zu finden. Die „Monopolisierung der Friedensbemühungen durch die USA“ im Friedensprozeß böte keine Perspektive, klagte Primakow in Kairo, wo er im Oktober 1997 einen zwölf Punkte umfassenden „Kodex für Frieden und Sicherheit im Nahen Osten“ vorstellte. Grundgedanke dieses Kodex' ist die Wiederaufnahme der zentralen Überzeugungen aus der Phase des „Neuen Denkens“: Ohne eine umfassende politische Regelung aller Konflikte sei in der gesamten Region weder Sicherheit für alle Staaten noch Stabilität zu erreichen. Die nationale Sicherheit jedes beliebigen Staates könne weder auf militärische Weise erlangt werden, noch dadurch, daß ein Mehr an Sicherheit für das eine Land zulasten der Sicherheit eines anderen gehe. Mit diesem Kodex nahm Rußland wieder den Vorschlag auf, im Nahen Osten eine ABC-waffenfreie Zone zu errichten, die der ägyptische Präsident Hosni Mubarak bereits 1991 unterbreitet hatte. Letztlich zielte Primakows Vorschlag darauf, einen Prozeß anzustoßen, an dessen Ende eine „Sicherheitscharta für den Nahen Osten“ und eine regionale Struktur für Sicherheit und Zusammenarbeit nach dem Vorbild der OSZE stehen sollten.<sup>148</sup> Denselben Gedanken verbreiteten seine Diplomaten auch in einem anderen Zusammenhang: Die Irak-Krise habe die Notwendigkeit gezeigt, ein System für Sicherheit und Stabilität in der Region zu erarbeiten. Sowohl Primakow als auch seine Ex-Mitarbeiter aus dem Außenministerium wurden nicht müde zu erklären, daß es einen Zusammenhang gebe zwischen der Regelung des israelisch-arabischen-Konflikts, der Nonproliferationspolitik und den Chancen, Massenvernichtungswaffen aus dem Nahen Osten zu bannen. Als Auftakt für eine regionale Sicherheitsstruktur sollte mit der Rüstungskontrolle begonnen werden. In die entsprechenden Verhandlungen sollten sowohl die Anrainerstaaten des Mittelmeers und des Schwarzen Meers als auch die „Großmächte“ und Ex-Ko-Sponsoren des Friedensprozesses Amerika und Rußland einbezogen werden.<sup>149</sup> Es besteht kein Zweifel, daß es neben Sicherheitsproblemen und Rüstungsfragen für

---

147 So der Gesandte der palästinensischen Autonomiebehörde in Moskau, Hairi Abd al-Fattah ar-Raidi. Siehe V. I. Gusarov, Bližnevostočnoe uregulirovanie: problemy i perspektivy, in: Vostok, 1998, Nr. 2, S. 175-178, hier S. 176. Ursache der Spannungen waren das Abrücken der neugewählten israelischen Regierung von dem mit den Palästinensern 1993 vertraglich vereinbarten Abzug der israelischen Armee aus Hebron sowie die Öffnung eines Fußgängertunnels unter dem Jerusalemer Tempelberg durch die israelischen Behörden. Danach kam es in Jerusalem und in den palästinensischen Autonomiegebieten zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften.

148 ITAR-TASS 21.10.97. Den zwölf Punkte umfassenden Kodex paraphrasiert: Andrej Baklanov, Bližnevostočnyj perekrestok, in: MŽ, 1998, Nr. 4, S. 79-85, hier S. 83/84. Siehe dazu auch die „Gemeinsame Rußländisch-Ägyptische Deklaration“, die wenige Wochen zuvor in Moskau ausgehandelt worden war: Rossija-Egipt. Vizit Ch. Mubarak v Moskvu, in: Diplomaticeskij Vestnik, 1997, Nr. 10, S. 15-18. Zu den Vorschlägen einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen Osten: Ian Prawitz/James F. Leonhard (Hg.), A Zone Free of Weapons of Mass Destruction in the Middle East, New York-Geneva (United Nations) 1996.

149 Andrej Baklanov, Bližnevostočnyj perekrestok, in: MŽ, 1998, Nr. 4, S. 79-85. Ähnliche Überlegungen, welche Lehren aus der KSZE für den Nahen Osten gezogen werden können, haben auch deutsche Politiker, Diplomaten und Wissenschaftler bereits angestellt. Als Überblick siehe: Götz von Groll/Berthold Meyer, Noch eine Chance für den Verhandlungsfrieden. Lehren aus der KSZE über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten, HSKF-Report, 1996, Nr. 7 und Volker Perthes, Die Rüstungsdynamik im Nahen und Mittleren Osten, in: Veronika Büttner/Joachim Krause (Hg.), Rüstung statt Entwicklung?



eine derartige „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten“ wichtige Verhandlungsfelder gäbe: Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Wasser- und Umweltprobleme, Menschenrechte und Demokratie müßten auf diese Agenda gesetzt werden.

All dies bleibt bloßes Postulat. Dies unter anderem deshalb, weil der Friedensprozeß zwischen Israel und den palästinensischen und arabischen Nachbarn noch immer am seidenen Faden hängt, der jederzeit von daran interessierten politischen Kräften durchtrennt werden kann. Doch der Friedensschluß zwischen den Arabern und Israel ist die *conditio sine qua non* aller weiteren Überlegungen und Schritte. Er hätte von seiner Bedeutung die gleiche Qualität wie die wechselseitige Anerkennung der beiden Blöcke zu Beginn des KSZE-Prozesses. Weder Israel noch die USA als wichtigster externer Akteur im Nahen Osten haben sich bislang zu derartigen Initiativen geäußert. Rußland fehlt es an den politischen Instrumenten und Möglichkeiten, diese Vorstöße aus dem Bereich symbolischer Politik in konkretes Handeln zu überführen. Der Einfluß auf die arabischen Staaten mag größer sein als der auf Israel. Dieser bleibt völlig marginal, auch wenn das einige Beobachter nicht wahrhaben wollen. Der nahöstliche Friedensprozeß sei, so ist zu lesen, eine der letzten Bastionen, „wo die Autorität und das Gewicht Rußlands mit der amerikanischen vergleichbar bleiben.“<sup>150</sup> Dies ist bloßes Wunschdenken! Und das, obwohl sich im vergangenen Jahrzehnt die Beziehungen zwischen Rußland und Israel derart verbessert haben, daß Israel heute - ohne daß dies die Weltöffentlichkeit bereits registriert hätte - als einer der wichtigsten Partner Rußlands im Nahen Osten gelten muß. Da liegt die Annahme nahe, daß damit größere Möglichkeiten der Einflußnahme existierten als je zuvor. Ein Grund ist die veränderte Bevölkerungsstruktur Israels. Israel ist russischer geworden. Bei einer Bevölkerung von ca. 5,9 Millionen Anfang 1998 sind fast 15 Prozent der Bevölkerung russischsprachige Immigranten. Seit 1980 emigrierten über 846.000 Menschen aus der UdSSR und ihren Nachfolgestaaten nach Israel, davon allein zwischen 1989 und Ende 1997 über 720.000!<sup>151</sup> Nicht nur dieser demographische Wandel ist bedeutsam. Noch wichtiger sind die ökonomischen und politischen Konsequenzen. Die russischsprachigen Immigranten unterhalten weiterhin Kontakt in die Nachfolgestaaten ihrer ehemaligen sowjetischen Heimat.<sup>152</sup> Das sind vor allem die Ukraine und natürlich Rußland. Infolgedessen ist allen ökonomischen und politischen Krisen in Rußland zum Trotz das Handelsvolumen seit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen stetig gestiegen. 1992 waren erste Memoranden über die Zusammenarbeit auf dem Agrarsektor und im Außenhandel unterzeichnet worden. 1993 hatten die beiden Staaten noch Güter im Wert von 307,6 Mio. US-Dollar getauscht. 1996 waren es bereits Güter über 840 Mio. US-Dollar. Zur gleichen Zeit betrug der Außenhandel mit Iran, dem internatio-

---

Sicherheitspolitik, Militärausgaben und Rüstungskontrolle in der Dritten Welt, Baden-Baden (Nomos) 1995, S. 287-309, hier S. 305-308.

150 So Ivan Sergeev, *Posle buri Moskva vozvraščajetsja v pustynju*, in: Kommersant, 1996, Nr. 30, (13.8.), S. 26-28, hier S. 28.

151 Siehe dazu: Israel: Immigration Down, in: Migration News, Jg. 5, 1998, Nr. 3, März; Russia: Emigration?, in: Migration News, Jg. 5, 1998, Nr. 10, Oktober. Beide sind zu finden unter: <http://migration.ucdavis.edu>; siehe auch: <http://www.refugees.org/world>. Für die Zeit bis 1994 auch Robert O. Freedman, *Israeli-Russian Relations Since the Collapse of the Soviet Union*, in: Middle East Journal, Jg. 49, 1995, Nr. 2, S. 233-247, hier S. 236. Die Bevölkerungszahl (Stand 9.1.1998) basiert auf Angaben des Israelischen Zentralbüros für Statistik: *Israel's Population Expected to Hit 6 Million During 1998*, January 9, 1998; unter <http://shamash.org>.

152 Die besonderen Herausforderungen, vor denen dadurch Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Israel durch die Einwanderungswelle stehen, behandelt Dina Siegel, *The Great Immigration, Jews in Israel*, Oxford (Oxford University Press) 1998.



nal im Zusammenhang mit dem Atomgeschäft viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde, weniger als die Hälfte (1996: 416,5 Mio US-Dollar).<sup>153</sup> Israel ist dadurch heute zum wichtigsten Handelspartner Rußlands im Nahen Osten geworden. Innenpolitisch hat sich das Israel-Bild in der rußländischen Öffentlichkeit geändert. An die Stelle der offiziellen antizionistischen und antiisraelischen Stereotypen aus Sowjetzeiten ist eine differenzierte Wahrnehmung der israelischen Realität getreten. Antisemitismus ist heute in Rußland nicht mehr regierungsamtliche Politik, sondern auf extreme Strömungen innerhalb des kommunistischen und des nationalpatriotischen Spektrums begrenzt.

In Israel gibt es unter Vorsitz des ehemaligen sowjetischen Dissidenten Natan Scharanski eine eigene Partei der russischsprachigen Immigranten, die „Israel b'Alija“, die im März 1996 gegründet wurde und sich insbesondere der Interessenvertretung der Emigranten aus der Ex-UdSSR bzw. ihren Nachfolgestaaten anzunehmen versprach. Bei den letzten Wahlen zur Knesset im Mai 1996 errang sie sieben Mandate und trat als Koalitionspartner in die Regierung von Benjamin Netanjahu ein. Dort wirken Scharanski als Industrie- und Handelsminister sowie Juri Edelschtein als „Absorptionsminister“, verantwortlich für die Integration der Immigranten.<sup>154</sup> Obwohl jüngst in einen Korruptionsskandal verwickelt und an der Grenze zur Spaltung, wurde die Partei zu einem echten Machtfaktor in Israel, denn andere Parteien vertreten nicht in gleichem Ausmaß die Interessen der russischsprachigen Immigranten. Und Scharanski artikuliert, daß es Ziel seiner Partei sei, eine „strategische Partnerschaft“ Israels mit Rußland aufzubauen, die über die Pflege ökonomischer und kultureller Beziehungen hinausgehe. 1998 gelang es erstmals, 50 Millionen US-Dollar bereitzustellen, um Exporte nach Rußland staatlich abzusichern.<sup>155</sup> Ungeachtet all dieser wichtigen Veränderungen gilt: Rußlands Einfluß auf den nahöstlichen Friedensprozeß hat sich nicht vergrößert. Er bleibt minimal. Das hängt unmittelbar mit der *special relationship* zwischen Israel und den Vereinigten Staaten zusammen, die bemerkenswerterweise ohne einen Gründungsakt in den vergangenen Jahrzehnten gewachsen und auf allen Ebenen greifbar ist.<sup>156</sup> Ein Drittel aller israelischen Exporte mit einem Gegenwert von über sechs Mrd. US-Dollar geht in die USA, 19 Prozent aller Importe kommen aus den USA. Damit sind die Vereinigten Staaten der mit Abstand größte Handelspartner. Seit dem israelisch-ägyptischen Friedensvertrag leisten die USA Israel jährlich eine Wirtschaftsunterstützung von 1,2 Mrd. US-Dollar und Militärhilfe in einer Gesamtsumme über 1,8 Mrd. US-

---

153 Vgl. Gosudarstvennyj komitet RF po statistike (Hg.), Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskva 1997, hier 577-578; Gosudarstvennyj komitet RF po statistike/Ministerstvo vnešnih ekonomičeskich svjazej RF (Hg.), Vnešnie ekonomičeskie svjazi Rossijskoj Federacii v 1993 g.: statističeskij sbornik, Moskva 1994, Nr. 3, S. 7-8.

154 Kak nam reorganizovat' Izrail', in: MN, 1998, 30.

155 Natan Šaranskij: My gotovy vyrabotat' platformu dlja strategičeskogo partnerstva s Rossiej, in: Azija i Afrika segodnja 1998, Nr. 5, S. 54-57, hier 57. Die Zeitschrift „Meždunarodnaja Žizn“ widmet nahezu das gesamte Heft 10/1998 den Beziehungen zwischen Rußland und Israel.

156 Siehe hierzu die Ausführungen von Georgij Mirskij, Bližnij Vostok i politika SŠA, in: SŠA, 1998, Nr. 3, S. 30-43, hier S. 36-38. Diese „besondere Beziehung“ speist sich danach unter anderem aus der amerikanischen Wahrnehmung, daß es sich bei den Völkern Amerikas und Israels um zwei „Bibelvölker“ handle. Der Holocaust habe Israel in den USA zum Synonym für die Wiederherstellung historischer Gerechtigkeit werden lassen. Die große jüdische Diaspora in den USA garantiere hohe Aufmerksamkeit und verfüge über eine durchsetzungsfähige Lobby. Aus machtpolitischen Gründen hätten die USA insbesondere während des Ost-West-Konflikts Israel als Verbündeten sowie als militärischen und politischen Vorposten in der Region gebraucht. Die Sicherheit Israels zu garantieren, sei parteienübergreifender Konsens in den USA.



Dollar.<sup>157</sup> Die USA bieten Israel zudem Sicherheitsgarantien. Und trotz der vorübergehenden Abkühlung des Verhältnisses zwischen der israelischen Regierung unter Netanjahu und der Clinton-Administration von Mitte 1996 bis zur amerikanischen Nahost-Initiative von Wye im Oktober 1998 besteht kein Zweifel, daß die USA für Israel unverzichtbarer Partner und Makler bleiben. Solange diese als der eigentliche Hegemon im Nahen Osten nicht zur Zugmaschine solcher Initiativen wie der zum Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems werden, haben solche Pläne kaum Aussicht auf Erfolg.

Rußlands Rolle im israelisch-arabischen Friedensprozeß ist der Lackmustest des eigenen Gestaltungspotentials in der Nahostpolitik. An diesem erweist sich, welche Substanz die fortwährend artikulierten Großmachtambitionen Rußlands haben und wie es mit der Durchsetzungsfähigkeit eigener politischer oder sicherheitspolitischer Interessen bestellt ist. Es spricht Bände, wenn etwa der Stellvertretende Außenminister Possuwaljuk darüber klagt, daß weder Israel noch die USA Interesse an „guten Diensten“ Rußlands bei der Vermittlung zwischen den Konfliktparteien hätten.<sup>158</sup> Die Hilflosigkeit solcher Erklärungsversuche der eigenen Randständigkeit mag Bedauern auslösen. Sie verstellen jedoch den Blick auf das Wesentliche: Rußland mangelt es an adäquaten finanziellen und politischen Mitteln, um im Nahen Osten gestaltend oder strukturbildend agieren zu können. Hier ist Rußlands Schwäche eine Restriktion.

Mitunter kann diese Machtschwäche jedoch auch zum Vorteil für die rußländische Diplomatie werden. Sie nutzt ihn, um politische und gesellschaftliche Stimmungen und Bedürfnisse in einigen Staaten des Nahen Ostens aufzugreifen und zu bündeln - sei es die Kritik an der Dominanz der USA nach dem Golfkrieg, sei es die als doppelbödig empfundene Rolle Amerikas in der Irak-Krise und im israelisch-arabischen Friedensprozeß. Moskau gelingt es, „sich als Macht darzustellen, die gegen die hegemonialen Ansprüche der verbliebenen Supermacht eintritt, anders als die USA auf die friedliche Lösung von Konflikten setzt und stärker die Interessen der 'schwächeren Seite' zur Geltung bringen will.“<sup>159</sup> Hier nutzt Moskau die Chance, sich als Gegenmacht zu den USA zu profilieren und damit auch die „Multipolarität“ der internationalen Beziehungen zu dokumentieren. Es handelt sich um eine Politik, die vor allem innenpolitisch Wirkung hat: Sie befriedigt das Bedürfnis nicht nur des außenpolitischen Establishments, sondern auch breiter Kreise des politischen Spektrums in Rußland, indem sie den Abstieg der einstigen Großmacht Sowjetunion vergessen macht. Wie gut das Jewgeni Primakow gelungen ist, beweist die parteiübergreifende breite Unterstützung, die er bei seiner Bestätigung als Ministerpräsident durch die Staatsduma im September 1998 fand. Derartige Gegenmachtbildung ist auf Dauer eine Politik des Potemkinschen Dorfes. Auf den ersten Blick ist sie kostenlos. Aber längerfristig ist es gefährlich, nur Kulissen zu errichten. Sie rauben zwar die direkte Sicht auf den wachsenden Berg an Problemen und Beschränkungen. Doch die objektiv existierenden ökonomischen Strukturschwächen und Restriktionen politischer Durchsetzungsfähigkeit verschwinden so nicht.

---

157 Die Zahlen beziehen sich auf 1997. Siehe Fischer-Weltalmanach 1999, Frankfurt/M. (Fischer) 1998, Sp. 368.

158 Sergej Strokan', Bližnij Vostok - delo topkoe, in: Itogi, 1997, Nr. 44 (11.11.), S. 30-32, hier S. 32.

159 Klaus Fritsche, Rußland und die Dritte Welt: Vom Rückzug zum Reengagement? in: Klaus Fritsche (Hg.), Rußland und die Dritte Welt. Auf der Suche nach dem verlorenen Imperium? Baden-Baden (Nomos) 1996, S. 1-16, hier S. 15.



Selbst ein Beobachter wie Alexei Wassiljew, der sonst keine Gelegenheit ausläßt, die Politik der USA im Nahen Osten zu geißeln und die Gegenmachtbildung zu propagieren,<sup>160</sup> urteilt in dieser Hinsicht sehr realistisch:

„Es ist davon auszugehen, daß sich, wenn auch sehr langsam, die Schwächung der ohnehin schon schwachen Position Rußlands im Nahen Osten fortsetzen wird. Seine echte Rückkehr in diese Region wird davon abhängen, wann und in welchen Zeiträumen es sich aus der Krise befreien wird, einen ökonomischen Aufstieg beginnen kann, um sozial-politische Stabilität zu erreichen. Bis dahin ist Rußland verurteilt, in der Region eine zweitrangige Rolle zu spielen und die vor Ort vorhandene nostalgische Erinnerung an seine frühere Größe zu nutzen.“<sup>161</sup>

Erst wenn es gelingt, die ökonomischen und politischen Strukturprobleme in Rußland zu lösen, wird sich die wachsende Diskrepanz zwischen den rußländischen außenpolitischen Intentionen und Initiativen einerseits sowie den objektiven Möglichkeiten andererseits verringern lassen. In der Irak-Politik mag diese Diskrepanz kaum auffallen. Dies ist der Ausnahmesituation geschuldet, daß der Irak-Konflikt durch die Einschaltung der UNO bzw. des Sicherheitsrates in einem Rahmen institutionalisiert ist, in dem Rußlands politische Möglichkeiten noch groß sind. In Konflikten wie dem israelisch-palästinensischen oder auf anderen Politikfeldern des Nahen Ostens, die nicht auf der Ebene des Sicherheitsrates institutionalisiert sind, bleiben dagegen Rußlands momentane Chancen gering, den Verlauf der Dinge zu beeinflussen, selbst wenn die Ausgangsbedingungen so gut sind wie im Falle der israelisch-rußländischen Beziehungen. Es ist also die Institutionalisierung von Politikfeldern im Sicherheitsrat, die über die Gleichzeitigkeit von „Machtstärke“ und „Machtschwäche“ entscheidet. Wenn Rußland eine dauerhafte Regionalpolitik im Nahen Osten betreiben will, die darauf zielt, die politische Entwicklung zu beeinflussen, die wirtschaftliche Kooperation auszubauen und die sicherheitspolitische Stabilität im Süden Rußlands zu fördern, benötigt das Land mehr ökonomische und politische Instrumente als heute. Die rußländischen Eliten aus Politik und Wirtschaft haben es in der Hand, die Weichen für Rußlands zukünftigen Kurs im Nahen Osten zu stellen. Wie nahezu jede Außenpolitik ist auch Rußlands Politik im Nahen Osten in diesem Sinne zuerst Innenpolitik.

---

160 Vgl. seinen Artikel: Uroki irakskogo krizisa, NG, 25.3.98. Dieser löste eine Replik des Nahost-Spezialisten Georgij Mirskij aus. Bezeichnenderweise gab er ihr die Überschrift „Über postsowjetischen Antiamerikanismus“. Mirskij warf Vasil'ev vor, antiamerikanischen Sterotypen verhaftet zu sein und die Ursache sowie das zentrale Problem der Irak-Krise, die Aggression gegen Kuwait, die bewiesene Existenz von Massenvernichtungswaffen in der Hand des Bagdader Regimes und die Weigerung, sich den UNSCOM-Inspektionen zu unterwerfen, nicht angemessen zu behandeln und so Ursache und Folge zu vertauschen: O postsovetskom antiamerikanizme, NG, 10.4.98.

161 Aleksej M. Vasil'ev, Budušćee rossijskoj politiki na Bližnem vostoce, in: Vestnik RAN, Jg. 68, 1998, Nr. 6, S. 493-504, hier S. 500.



## HSFK-Publikationen 1997/98 (Auszug\*)

---

### HSFK-Reports (jeweils DM 12,--)

Berthold Meyer

**In der Endlosschleife? Die OSZE-Langzeitmissionen auf dem Prüfstand**

HSFK-Report 3/1998

Hans-Joachim Spanger

**Globalisierung, Geoökonomie und der EURO**

HSFK-Report 4/1998

Christian Büttner

**Schule ohne Gewalt? Konfliktberatung im pädagogischen Arbeitsfeld Schule**

HSFK-Report 5/1998

Annette Schaper und Katja Frank

**Ist eine kernwaffenfreie Welt verifizierbar?**

HSFK-Report 6/1998

Bernhard Moltmann

**Nordirland: Vom Wagnis eines neuen Gesellschafts- und Herrschaftsvertrages  
oder Wie Thomas Hobbes und John Locke jüngst Stormont Castle besuchten**

HSFK-Report 7/1998

Peter Schlotter

**Freihandel + Demokratisierung = Entwicklung?**

**Zur Maghrebpolitik der Europäischen Union**

HSFK-Report 8/1998

Katja Frank

**Antreiber der Abrüstung oder Spielbälle der Mächte?**

**Zur Rolle Internationaler Organisationen in Rüstungskontrolle, Abrüstung und  
Nichtverbreitung**

HSFK-Report 9/1998

### PRIF-Reports (jeweils DM 20,--)

Christian Büttner / Elke Kronenberger / Elisabeth Stahl

**'Talk to *Them*? No Way!' Models of Dispute Settlement in  
Multicultural Urban Societies**

Published together with

Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main

PRIF-Report No. 49



Alexander Kelle

**Security in a Nuclear Weapons Free World - How to Cope with the  
Nuclear, Biological and Chemical Weapons Threat**

PRIF-Report No. 50

Harald Müller

**The Nuclear Weapons Register - A Good Idea Whose Time Has Come**

PRIF-Report No. 51

**HSFK-StandPunkte** (Bezug kostenlos)

Sonderdruck

**Dokumentation - Verleihung des Hessischen Friedenspreises 1997 an Hans Koschnick**

HSFK-StandPunkte Nr. 6/1997

Lothar Brock

**Globaler Wandel und Staatenpolitik. Plädoyer für Multilateralismus**

HSFK-StandPunkte Nr. 7/1997

Änné Ostermann

**Zivilcourage - eine demokratische Tugend: Test für die  
Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft**

HSFK-StandPunkte Nr. 1/1998

Lothar Brock

**Die USA und die UN: Reform oder Abbau der Weltorganisation?**

HSFK-StandPunkte Nr. 2/1998

Harald Müller

**Weltpolitische Wasserscheide: Atomtests in Südasien und die Folgen**

HSFK-StandPunkte Nr. 3/1998

Dokumentation

**Verleihung des Hessischen Friedenspreises 1998 an Alexander Lebed**

HSFK-StandPunkte Nr. 4/1998

Harald Müller

**Der Kampf der Kulturen findet nicht statt**

HSFK-StandPunkte Nr. 5/1998

Berthold Meyer

**Der nahöstliche Frieden - verbaut oder noch zu retten?**

HSFK-StandPunkte Nr. 6/1998

---

\*) Sie erhalten von uns auf Wunsch jederzeit die komplette Liste unserer Publikationen.



ISBN 3-933293-12-X